

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf.
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgrößte Zeile 20 Pf.,
 für die übrigen 10 Pf. für politische und
 gewerkschaftliche Vereine und
 Berammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
 gebundene) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. März 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Saarabische Zustände.

Vor elf Jahren wurde die Welt durch die Kunde aus dem Saar-Kohlen-Gebiet überrascht, es seien dort zehntausende fiskalischer Bergleute wegen einer neuen „Arbeitsordnung“ in den Streik eingetreten. Geschicht hatte die fiskalische Verwaltung bis zum Bergwerksminister hinauf es verstanden, die weiteste Öffentlichkeit über die tatsächlichen Zustände im Saargebiet im Unklaren zu halten. Die meisten Leute glaubten den offiziellen Erzählungen von der „Zufriedenheit“ und „Loyalität“ der „aufstrebenden“ Staats-Bergleute an der Saar, bis die gewaltige Streikbewegung 1889 auch ihre Schatten in das königreich Stumm warf. Einem umfassenden Streik beugte damals die fiskalische Verwaltung vor, indem sie, klug genug, Lohnaufbesserungen und eine Stunde Schichtverkürzung einführte. Das beruhigte die Bergleute; sie zogen aber die richtige Lehre aus ihren Erlebnissen und schlossen sich in dem „Rechtsschutzverein“ zusammen, der es bis 1892 auf über 20 000 Mitglieder brachte, ohne allerdings über brauchbares Führermaterial und disziplinierte Truppen zu verfügen. Dieser Mangel verschuldete den unglücklichen Streik von 1893, der seinen Ausgang von der neuen „Arbeitsordnung“ nahm und mit einer völligen Niederlage der Streikenden und der Zerstörung ihrer Organisation endete. Das: Wehe den Besiegten! haben die Saar-Bergleute damals bitter kosten müssen, der Fiskus maßregelte — im Winter — an 2500 Bergleute!

Seitdem ist das Saargebiet „ruhig“, nur wenn politische Wahlen stattfinden, merkt man an den leidenschaftlichen Kämpfen zwischen Centrum und National-Liberalen, daß die Gärung in der Arbeitermasse nach Ausdruck drängt. Im Saargebiet ist die Regierungspartei Centrum noch starr oppositionell, es geißelt in seinen Organen die Wirtschaft auf den fiskalischen Gruben, und deshalb wählen die Bergarbeitermassen das Centrum. Der Nationalliberalismus ist dort völlig gleichbedeutend mit der rücksichtslosen Vertretung der kapitalistischen Interessen, ohne den leisesten sozialpolitischen Schimmer.

Aus diesem eigentümlichen Verhältnis heraus erklären sich die wüsten Szenen bei der letzten Reichstagswahl im Saargebiet, die ihr Nachspiel fanden in den Prozessen des Hauptangeklagten, Geh. Bergrats Hilger, Direktor der Fiskalgruben, gegen den Centrumsredakteur Lehnen. Was da an gegenseitigem Wahlterrorismus und persönlicher Beschimpfung des Gegners zum Vorschein kam, sucht man vergeblich in einem Wahlkreise, wo die Sozialdemokratie den Wahlkampf beherrscht. „Wir Wilden sind doch bessere Menschen.“

Allmählich dämmert den aufgeweckteren Elementen unter den Saar-Bergleuten aber doch die Erkenntnis, daß sie eine wirtschaftliche Organisation brauchen, wenn sie ihre soziale Lage aufbessern wollen. Immer existieren noch eine kleine Anzahl Anhänger des Deutschen Bergarbeiterverbandes im Saargebiet, allein sie durften sich nicht offen bekennen. Vor zwei Jahren fanden in einigen Saarorten auch Besprechungen von sozialpolitischen Centrumsleuten statt zu dem Zwecke, zu beraten, ob es angebracht sei, eine christliche Gewerkschaft zu gründen. Geistliche und „Laien“ rieten aber ab davon, da ihnen zweifellos schien, daß der Fiskus genau so scharf gegen die „ultramontane Gewerkschaft“ vorgehen würde wie gegen eine „sozialdemokratische“.

Das Bedürfnis nach einer Organisation war aber so stark, daß es sich wohl auch den Grubenbeamten bemerkbar gemacht haben muß, denn selbst der Berghauptmann v. Belken sagte im vorigen Jahr im preussischen Landtage, er habe im Saargebiet „die Klänge des Niedes zu vernehmen“ geglaubt: „Man der Arbeit, aufgewacht!“ Das läßt gewiß „tief blicken“ in die Zufriedenheit der Saar-Bergleute. Die Werkleute spitzten scharfer die Ohren; der Ton wurde scharfer.

Als nun im Oktober v. J. in St. Ingbert, auf bayerischem Gebiete, aber dicht am preussischen Saargebiet, eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung stattfand, verbot man den Bergleuten „einfach“ den Besuch der Versammlung! Zwei Bergleute, die trotzdem ihr Staatsbürgerrecht ausübten und zur Versammlung gingen, wurden deshalb entlassen. Das ist saarabisches Bürgerrecht.

Seitens eines der Gemahregelten ist nun der Entschluß gefaßt worden, seine Kameraden über ihre Staatsbürgerrechte aufzuklären durch Flugblätter. Allein das erste wurde auf Antrag der fiskalischen Verwaltung konfisziert, ein zweites, das die Konfiskation besprach und wörtliche Citate aus den Verhandlungen des Landtages über die saarabischen Zustände brachte, ist nun auch beschlagnahmt worden! Beide Flugblätter liegen uns vor, wir müssen gestehen, die Konfiskation ist unfers Erachtens eine überraschende Bestätigung dessen, was im Landtage über die saarabischen Zustände mitgeteilt wurde. Ähnliche Flugblätter, aber viel scharfer nach Form und Inhalt, sind unbestimmt in anderen Industrieteilen Deutschlands verbreitet worden.

Die Flugblätter konstatieren lässig bekannte Vorgänge im Saargebiet; wo an scharfen Ausdrücken gebraucht wird, ist den stenographischen Berichten des Parlaments entnommen; bekanntlich ist deren Nachdruck strafbar. Es handelt sich hier also auch um eine Aktion, die parlamentarische Rechte berührt.

Von bedeutender sozialpolitischer Tragweite sind aber die in den Flugblättern aufgedeckten Thatsachen über die

Handlungsweise des Fiskus als Kohlengrubenbesitzer und Arbeitgeber. Man erinnert sich wohl noch lebhaft der Kohlenwucher-Debatten im Reichstage. Damals haben Regierungsvertreter anerkannt, daß ein schwerer Mißbrauch mit dem „Prot der Industrie“, der Kohle und dem Coaks getrieben sei. Offizielle Blätter suchten die Erregung des bewucherten Volkes auf die „Händler“ abzulenkten. Aber auch konservative Redner anerkannten, daß der preussische Fiskus als größter Kohlenproduzent einen maßgebenden Einfluß auf die vernünftige Gestaltung der Kohlenpreise hätte ausüben können. Von Regierungsseite wurde damals versichert, der Fiskus habe diesen Einfluß ausgeübt. Im Lichte der Thatsachen sieht die Geschichte aber anders aus. Es betrogen im fiskalischen Saargebiet:

Jahr	Jahresleistung pro Bergmann Tonnen	Ueberschuß pro Tonne Mark	Mittlerer Jahresverdienst eines Arbeiters Mark
1891	224	7 589 034	1,184
1892	204	6 707 005	1,113
1893	218	5 914 495	0,859
1894	216	6 323 215	0,954
1895	230	8 474 314	1,189
1896	234	9 324 086	1,196
1897	242	12 308 457	1,436
1898	240	12 352 262	1,403
1899	236	15 945 316	1,739
1900	229	25 493 527	2,711
1901	221	24 087 739	2,600
1902	228	19 020 264	1,900

Durch diese amtlichen Angaben wird bewiesen, daß der Fiskus seit 1894 unangeseht seine Preise erhöhte bis 1901, wie die steigenden Ueberschüsse pro Tonne zeigen. In dem größten Kohlen-Jahre, 1900, stieg der Ueberschuß pro Tonne am kolossalsten, also hat doch der Fiskus an der Kohlenpreisschraubung intensiv teilgenommen! Auch noch 1901, als die stärkste Krise die Industrie heimsuchte, schlug der Fiskus einen viel höheren Ueberschuß heraus als in der Hochkonjunktur 1898 und 1899. Wenn so der „Vater Staat“ wirtschaftet mit dem nötigen Brennstoff, so darf man sich über die Bucherpreise der Privaten nicht wundern.

Welche Folgen hat die fiskalische Preistreiberie für die kohlenverbrauchende Industrie gehabt? Darüber befehrt uns eine von dem Scharfmachersekretär Dr. Alexander Tille, jetzt Handelskammer-Syndikus im Saargebiet, herausgegebene Denkschrift über: Die Kanalisierung der Saar von Drebach bis Konz. Dieser doch sicherlich nicht „vaterlandslöse“ Herr konstatiert, daß von 1893 bis 1902 die fiskalischen Saarkohlenpreise um 34,5 Proz. höher standen als die Preise des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats. Der Coakspreis der Saargruben war sogar um 54,5 Proz. höher wie der der westfälischen! Alle Gesuche um mäßigere Preise seien erfolglos geblieben. Tille spricht von der „übertriebenen fiskalischen Preispolitik der königlich preussischen Saarkohlengruben“, von der „drückenden Last der Kohlenpreise“ der Saargruben und sagt, wenn den Hüttenwerken im Saargebiet keine Vergünstigungen durch mäßigeren Kohlenpreise und Kanalisierung der Saar zukämen, so würde die Eisenindustrie „nach dem außerpreussischen Gebiete der Mosel“ verlegt, „aus der preussischen Heimat vertrieben“; die „Vorbereitungen“ sind „bereits getroffen“.

Auch wenn wir diese Ausmalungen des Interessenten nur cum grano salis gertehen, bleibt doch soviel übrig, um zu einer Verurteilung der fiskalischen Grubenvirtschaft zu gelangen. Zweifellos hat sie nicht zur Milderung der Krise beigetragen.

Eine gewisse Ausgleichung wäre aber doch geschaffen worden, wenn der Saarfiskus wenigstens von seiner Preisschraubung die Bergarbeitermasse entsprechend profitieren ließ, um so die Kaufkraft der Bevölkerung und damit den Absatz im Inlande zu erhöhen. Aber was ist geschehen auf den „Musteranstalten“ für die rund 43 000 Köpfe zählende Arbeiterschaft? Auf den fiskalischen Saargruben haben betragen:

Jahr	Leistung pro Arbeiter pro Tonne	Erlös pro Tonne	Ueberschuß pro Arbeiter	Durchschnittl. Jahresverdienst
1901	224	10,30 Mk.	270 Mk.	3,89 Mk.
1902	228	11,54 „	440 „	3,67 „

Auch diese Zahlen sind amtlichen Ursprunges, sie bedürfen keines Kommentars, sondern wirken in ihrer Richtigkeit so aufreizend, daß man wohl verstehen kann, wie unangenehm es den Bergleuten ist, daß in zehntausenden Flugblättern „ihren“ Arbeitern mitgeteilt wird, was sie leisten und was sie dafür bekommen. Freilich ist schwer anzunehmen, die Konfiskationen seien deshalb erfolgt, um den Arbeitern diese aufreizenden Zahlen zu entziehen, es werden wohl die Randbemerkungen des Flugblattausgebers entscheidend gewesen sein. Aber ist es denn nicht verständlich, daß ein Arbeiter, der selbst jahrelang auf den Saargruben anfuhr und darum Kenntnis erhielt von dem dortigen Paradies, in bitteren Worten seiner Entrüstung Luft macht?

Diesen steigigen und genügsamen Leuten ist nunmehr schon seit über zehn Jahren eine solche Furcht vor Mäßregulierung überkommen, daß sie sich scheuen, von ihren verfassungsgemäßen Rechten Gebrauch zu machen! Gewerkschaftliche Versammlungen ihrer Berufsgeossen sollen sie

nicht besuchen, selbst Centrumsversammlungen sind in Aberacht gethan, Centrumsblätter werden boykottiert, ein Heer von Spionen überwacht die Arbeiter, wie im Landtage konstatiert ist. Kommen „gefährliche Fremde“ nach Saarabien, dann sind sie nicht sicher durch Geheimpolizisten überwacht zu werden; wenn solches schon unabhängigen Personen passiert, kann man sich denken, wie die abhängigen Bergleute überwacht werden. In scharfen Strichen zeichnen die Flugblätter diese saarabischen Zustände, deren Vorhandensein in einem Staate, wo doch eine Verfassung für alle Bürger gelten soll, unglücklich wären, wüßte man nicht seit Jahrzehnten, wie im Saargebiet der nichtbesitzende Bürger behandelt wird.

Jeder Bergmann und Fabrikarbeiter, der die später konfiszierten Flugblätter gelesen und dann von der Beschlagnahme hört, wird sich sagen, es müsse doch „nicht so ganz richtig sein“ im zufriedenen Saarabien, wenn nicht einmal Druckschriften verteilt werden können, die beileibe nicht zum Anschluß an die „vaterlandslöse Rote“, sondern nur zum energischen Gebrauch der Staatsbürgerrechte auffordern. Wer sich das überlegt, nimmt in sich auf ein Samentorn, aus dem schließlich die sozialdemokratische Frucht erwächst — auch in Saarabien.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. März.

Rationale Gesinnung gegen Verzählung.

Bei überaus schwacher Besetzung — der größte Teil der Abgeordneten hat bereits Ferien gemacht — beriet das Abgeordnetenhaus am Mittwoch den Kultusetat weiter. Wieder ließ das Centrum lebhaftest Klagen über Inparität erklingen, wieder forderte die konservativ-liberale Mehrheit die geistliche Schulinspektion und jammerte über die Verwässerung der Schule. In fortwährendem Einerlei wiederholten sich diese Klagen bei den verschiedensten Positionen des Kapitels „Elementarunterrichtswesen“.

Eine Abwechslung in die Diskussion brachte nur die Veratung der Ostmarkenzulage für Lehrer. In den Etat sind zwei Posten zur Bekämpfung der großpolnischen Agitation eingestellt: 1 Million zu widerruflichen persönlichen Zulagen an im Dienste befindliche und pensionierte Volksschullehrer und Lehrerinnen in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen behufs besonderer Förderung des deutschen Volksschulwesens, und 200 000 Mk. zu Remunerationen an Volksschullehrer und Lehrerinnen behufs besonderer Förderung des deutschen Volksschulwesens in den Landesteilen mit gemischt deutscher und polnischer Sprache. Den ersten Fonds beantragte Abg. Kreth (L.) auch auf Ostpreußen und Oberschlesien ausgedehnt, den letzteren beantragte Abg. Zedlitz (fr.) auf 700 000 Mk. zu erhöhen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch derartige Zulagen, deren Bewilligung von der Gnade der Regierung abhängt, die Lehrer zu Heudlern erzogen werden sollen, und es ist charakteristisch, daß von 370 Lehrern, denen die Ostmarkenzulage nicht gewährt ist, nach dem Eingeständnis des Kultusministers Studt 130 sie deshalb nicht erhalten haben, weil sie ihren nationalen Standpunkt nicht genügend bewahrt haben, mit andren Worten, weil sie sich nicht als willenslose Werkzeuge der herrschenden Gewalten gebrauchen ließen. Der Pole v. Jazdzewski behauptete sogar, daß die mangelhafte nationale Gesinnung der bestrafte Lehrer zum Teil darin bestanden habe, daß sie polnische Frauen geheiratet hätten. Trotzdem ist es nach dem Verlauf der Debatte höchst wahrscheinlich, daß die Budgetkommission, der beide Anträge überwiesen wurden, der Erhöhung des Korruptionsfonds zustimmen und daß das Haus und die Regierung einem solchen Beschlusse beitreten werden. Befüge man im offiziellen Preußen noch ein Gefühl für die Ehre eines Charakters, so würde die Zuerkennung der Prämie als eine Beleidigung, die Verweigerung als eine Anerkennung empfunden werden. Denn giebt es etwas Verlethenderes, als daß sich die Lehrer für das, was ihnen heilig sein sollte, für die nationale Gesinnung, bezahlen lassen? Wo steht denn der Deutsche Lehrerverein, der gegen diese entwürdigende Zumutung eines Trübsalpatristismus Protest erhebt und seinen Mitgliedern zur Ehrenpflicht macht, diese mit dem Beruf eines Volkserziehers unvereinbaren Gesinnungsprämien zurückzuweisen?

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet erst am 12. April statt. Obgleich also der Etat nicht rechtzeitig verabschiedet ist, sieht der Landtag doch von einem Notgesetz ab; er begnügt sich damit, der Regierung nachträglich Indemnität zu erteilen.

Liberaler Schamlosigkeit.

Es stellt sich nunmehr heraus, daß die gestern von uns mitgeteilten Anträge zum preussischen Wahlsystem nicht allein von den Nationalliberalen ausgehen, sondern gemeinsam mit den Freisinnigen gestellt sind. Damit ist zum erstmaligen der Traum von der „großen Linken“ Wahrheit, die Phantastie einer liberalen Gesamttaktion Wirklichkeit geworden. Nur ist diese erste Erfüllung die Wirklichkeit eines — völligen Verzichts auf jedes liberale Prinzip. Die verschiedenen liberalen Fraktionen haben sich gefunden, indem sie sich ungefähr auf dem Boden der — freikonserativen Partei des Herrn v. Zedlitz vereinigt haben.

Die Haupt-Kennzeichen dieser Reformvorschläge des „Gesamtliberalismus“ im Geiste industrieller Scharmacher sind die folgenden:
Erstens: Man hat die einzige Verbesserung des Wahlrechts, die unter den heutigen Mehrheitsverhältnissen des Abgeordnetenhauses durchzuführen wäre, gerade deshalb nicht gefordert: der von den Herren Sobrecht (natl.), Fischel (fr. Sp.) und Brummel (fr. Sp. — auch die Vorkämpfer thun mit!) gebrachte Antrag des Gesamtliberalismus fordert nämlich nicht geheime Wahl. Da das Centrum für das Prinzip der geheimen Wahl auch im Abgeordnetenhause zu haben ist, wäre bei einem Zusammengehen der gesamten Linken und des Centrums eine Mehrheit für geheime Wahl durchzuführen. Darum verzichtet der Gesamtliberalismus auf die geheime Wahl!

Zweitens: Dafür fordern die Gesamtliberalen eine Verbesserung, deren Bewilligung aus geschlossenen ist, indem sie verlangen, daß: „eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen erheblichen Vermehrung der Bevölkerung herbeigeführt, die Gesamtzahl der Abgeordneten und die Wahlorte neu bestimmt werden.“

Soll das bedeuten, daß die Wahlkreise gleich sein sollen, so sind gegen diese Verschiebung der Wahlverhältnisse zu Gunsten der Städte auf Kosten des flachen Landes Konserwativen und Centrum unter keinen Umständen zu haben. Das höchste, was die Mehrheit und die Regierung bewilligen würde, wäre der Wunsch des Antrags Zedlitz nach „Teilung übermäßig großer Wahlbezirke“. Ein paar große Wahlkreise zu teilen, darauf würde man sich als eine gänzlich unwesentliche Änderung einlassen. Dagegen würde eine gleiche Einteilung der Wahlkreise unter Aufrechterhaltung der drei Klassen die Herrschaft der städtischen Plutokratie herbeiführen, und das läßt sich das Zentrum und das Centrum natürlich niemals gefallen.

Drittens: Vermeidet der Gesamtliberalismus Verbesserungs-vorschläge, die möglich sind, und stellt er Verbesserungs-forderungen, die aussichtslos sind, so ist er aber bereit, Verschlechterungen, die angenommen werden, zu verlangen. Eine solche außerordentliche Verschlechterung, die im Abgeordnetenhause eine Mehrheit finden dürfte, ist der Antrag, statt der Drittelung in den Urwahlbezirken — nach dem Muster der Stadtverordnetenwahlen — die Zwölftelung für den ganzen Kreis einzuführen. Die Abteilungen sollen in der Art gebildet werden, daß von der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler des ganzen Wahlkreises $\frac{2}{12}$ auf die erste Abteilung, $\frac{4}{12}$ auf die zweite Abteilung und $\frac{6}{12}$ auf die dritte Abteilung entfallen.

Ist die Zwölftelung gegenüber der Drittelung eine kleine Abschwächung des plutokratischen Charakters, so wird diese Milderung nicht nur wieder aufgehoben, sondern auch der Einfluß des Vermögens absolut gewaltig gesteigert dadurch, daß künftig nicht in jedem Urwahlbezirk, sondern im ganzen Kreis einheitlich die Abteilungs-bildung vorgenommen werden soll. Das bedeutet, daß es künftig unmöglich ist, daß Arbeiter in die zweite und erste Abteilung eintreten. Während nach dem bisherigen System in Berlin in manchen Bezirken schon ein Steuerjah von 18 und 20 M. bei den Landtagswahlen zur ersten Klasse berechtigt, schließt bei den Gemeindevahlen, wo der Durchschnitt des ganzen Kreises genommen wird, die zweite Abteilung nach unten mit mehr als 1000 M. Steuern ab! Der freisinnig-liberale Antrag bedeutet also die Befreiung der letzten Möglichkeit für das Proletariat, aus eigener Kraft ein Mandat zu erringen! Der Freisinn will sich mit diesem Antrag vor der Gefahr retten, daß Berlin III bei den nächsten Landtagswahlen den Sozialdemokraten verfallt.

Prüft man dergestalt den Inhalt und die Tendenz der gesamtliberalen Anträge, so erweist man den frechen und schamlosen Schwindel, mit dem liberale Organe zu entschuldigen suchen, daß man nicht — liberale Forderungen aufgestellt. So liegt z. B. die „National-Zeitung“:

„Die drei liberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses, die sich hier in hoherfreudlicher Weise zu einem gemeinsamen parlamentarischen Vorgehen zusammengefunden haben, verzichten nur in Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse des Hauses darauf, jetzt einen selbständigen, vorläufig völlig aussichtslosen, ihren Anschauungen entsprechenden Wahlreform-Antrag einzubringen. Sie beschränken sich darauf, durch ihren Abänderungsvorschlag zum Antrag der Reichspartei, das zur Zeit überhaupt Erreichbare anzustreben.“

Damit ist jede hässliche Polemik gegen den „zweifelhaften Liberalismus“ der National-Liberalen des Abgeordnetenhauses, die in der national-socialen und socialdemokratischen Presse bereits einsetzt, vollkommen hinfällig geworden. Die vereinigten Liberalen des Abgeordnetenhauses werden, frei von jeder dogmatischen Prinzipientreue, sicherlich auch künftig gemeinsam in praktischer Arbeit vorgehen, wenn sie die Zeit für gekommen erachten, in der größere Erfolge im Kampfe um ein freierliches Wahlrecht in Preußen einigermassen erreichbar erscheinen.“

Niemals ist nichtnütziger die Wahrheit vergetwortet worden. Wir haben gezeigt, daß die „Taktik“ des Gesamtliberalismus genau entgegengesetzt derjenigen ist, die er zu befolgen vorgibt: Man hat nicht auf weiter gehende Verbesserungen verzichtet, weil sie zur Zeit nicht erreichbar waren, sondern man hat im Gegenteil auf Verbesserungen verzichtet, die und weil sie erreichbar waren. Andererseits hat man, dort wo es dem Geldliberalismus frommte, auch sich keineswegs gescheut, unerreichbare Forderungen aufzustellen. Und endlich hat man, um das Proletariat völlig zu entrechten, eine plutokratische Verschärfung beantragt!

Gegenüber dieser verbrecherischen Verhöhnung auch des bescheidensten Liberalismus durch die „Gesamtliberalen“ wird es notwendig, daß die preussische Arbeitererschaft eine Agitation zur Erringung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen entfaltet. Das freisinnig-liberale Schwindelgeschäft muß öffentlich gedrandmarkt werden und das Proletariat sein Recht heißen! Nach Dingen werden die Anträge beraten werden. Arbeiter wirt!

Deutsches Reich.

Die Flottentreiber

arbeiten ohne Unterlaß und eifrig an der Propaganda für neue Kriegsschiffvermehrungen. Das Flottengesetz von 1900, das die außerordentlichste Umwälzung der bis dahin geltenden Anschauungen über das Maß des Erforderlichen brachte, das aber wenigstens auf 17 Jahre hinaus Stetigkeit in die Flottenbaupläne bringen sollte, gilt längst wieder als veraltet und man eifert an neuen, „höheren“ Aufgaben. Wir haben die Meldung des „Centralblattes der Wasserwerke“ mitgeteilt, nach der die Regierung wiederum ein ganzes Doppelgeschwader, 16 große Panzerschiffe, und eine Besatzung des Hauptes vom Reichstage zu fordern beabsichtigt. Die „Allgemeine Marine- und Handelskorrespondenz“, ein Agitationsblatt der Flotteninteressenten, meint zwar, die nächste Reichstagsession sei für die Forderungen der Seeresverwaltung „reserviert“ und „vorausichtlich“ erst 1906 werden die neuen Marineforderungen kommen. Sonst aber zeigt der Artikel dieses Organs, zu welchen Zielen die Flottentreiber streben. Sowohl finanzpolitisch als aus allgemeinen Gründen sind die Ideen dieser Seeresellen unglücklich phantastisch, aber man weiß, daß im „größeren Deutschland“ nichts zu phantastisch ist, um nicht wirklich zu werden.

Die „Allgemeine Marine- und Handelskorrespondenz“ führt unter anderem aus:

„Wir werden dahin kommen müssen, für den Auslandsdienst sowohl Panzerkreuzer und soviel kleine Kreuzer zu bauen, daß für Ostamerika, Westamerika, Afrika, Südsee und Ostasien die erforderlichen Verbände (je drei kleine Kreuzer und ein Panzerkreuzer) formiert werden können. Das werden 24 Kreuzer nebst den erforderlichen Reserven, also 30 Kreuzer sein, von denen etwa 10-12 Panzerkreuzer, der Rest kleine Kreuzer sind. Von dieser Ziffer kommen selbstverständlich die jetzt schon für den Auslandsdienst vorhandenen Kreuzer in Abzug.“

Für die Stärke der Heimatflotte, wie wir die Schlachtflotte lieber benennen wollen, darf als Minimalgrenze die Bestimmung des jetzigen Flottengesetzes, als Maximalgrenze auf absehbare Zeit die Verdoppelung gelten, also in Summe vier Doppelgeschwader mit den erforderlichen Reserven. Das würden, das Doppelgeschwader einschließlich Reserven zu zwanzig Schiffen (ohne Flottenslaggsschiff) gerechnet 80 Linienschiffe — also noch 40 neu zu bewilligende sein. Aber diese gewaltige Ziffer zu erreichen, ist die Aufgabe einer späteren Generation. Wir wollen sehr zufrieden sein, wenn wir binnen längstens zehn Jahren das dritte Doppelgeschwader im Wasser haben. Erbaut könnten diese zehn Schiffe allerdings „inner sechs Jahren“ werden; unsere Fabriken und Werften können erheblich mehr leisten als jetzt von ihnen verlangt wird. Gleichzeitig mit dem dritten Doppelgeschwader wird aber auch der Rest der Auslandsflotte zu bauen sein, so daß unsere Werften auf ein Jahrzehnt hinaus reichlich Beschäftigung haben würden. Gehören doch auch zu 20 Linienschiffen noch 20 Kreuzer und 4-5 Torpedoboots-Divisionen.“

Es ist äußerst gemüthvoll, daß die Flotteninteressenten der „späteren Generation“ einige Schiffe zu bauen übrig lassen wollen. Würden die verantwortlichen Stellen im Reich auch nur entfernt die wilden Wünsche dieser Leute befriedigen, so würden diese natürlich auch bald erklären, daß man einer späteren Generation keinesfalls überlassen darf, was schon jetzt „sehr nötig“ sei. Es würde sich stets dasselbe wiederholen, was sich in diesem Augenblick zuträgt. Da die Flottenvermehrung, die nach dem Gesetz von 1900 bis 1920 zureichen sollte, bereits für 1905 oder 1906 als vollständig unzureichend hingestellt wird, jetzt ist man schon dreist genug, für den Zeitpunkt, der dem Ablauf des Flottenprogramms um eine Reihe von Jahren vorausliegt, die Vollendung einer nochmaligen ebenso großen Flottenvermehrung zu fordern, wie sie im Jahre 1900 gefordert und leider vom Reichstage bewilligt worden ist.

Es ist nötig, die tollkühnen Treiber der Marinegeschäftsleute mit aller Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Neunfundentag in bayerischen Staatswerkstätten.

Der bayerische Verkehrsminister gab, wie uns ein Privattelegramm meldet, im Landtagsauschusse Erklärungen über die Arbeitszeit in den Werkstätten seines Ressorts. Er teilte mit, es seien mit der bisherigen neunehnfünftägigen Arbeitszeit so günstige Erfahrungen gemacht worden, daß die neunstündige Arbeitszeit unbedingt eingeführt werden könne. Er wolle sich mit den übrigen Ministern verständigen, damit die neunstündige Arbeitszeit in allen Staatswerkstätten eingeführt werde.

Was für Bayern in diesem Punkte möglich ist, müßte auch für Preußen möglich sein. Die Nachwirkungen über die Dauer der Arbeitszeit z. B. in den staatlichen Eisenbahn-Werkstätten geben ja leider keine genaue Auskunft, ob und in welchem Umfang Arbeiter weniger als zehn Stunden beschäftigt werden. Es wird nur angegeben, wie viel Arbeiter neun bis zehn Stunden arbeiten. Das sind so gut wie sämtliche Arbeiter. Es wäre für die preussischen Staatsarbeiter sehr erwünscht, wenn Preußen die bayerischen Erfahrungen gleichfalls im Interesse der Arbeiter nutzbar machte. Wir sind auch überzeugt, daß man bei Fortsetzung der Prüfung über die Wirkungen der Arbeitszeit-Verkürzung bald die Erfahrung machen wird, daß auch eine weitere Herabsetzung auf acht Stunden nur günstig wirken wird.

Konservativer Blutglaube. Das „Eldersche Volk“ widmet dem einflussigen „Kreuz-Zeitungs“-Freunde v. Hammerstein einen Nachruf, in dem einiges Interessantes erzählt wird. Das „Volk“ kennzeichnet die Stellung des edlen Freiherren und Führers der konservativen Partei zur Socialdemokratie durch dieses hübsige Wort: „Er glaubte an die Lösung durch die Gewalt; er sah einen Aderlaß des Volkes für notwendig an und wartete auf das unausbleibliche Blutvergießen.“

Das ist das politische Abo der konservativen Reaktion bis auf den heutigen Tag und es ist der größte Stummer der Aderlaß-Verenden, daß die Socialdemokratie die Erfüllung der blutigen Wünsche stets vereitelt.

Der Umsturz des Eigentumsrechtes. Die Kommission des preussischen Herrenhauses, das ein Staatsreich geschaffen, hat nunmehr das die Grundrechte des Staates und des Reiches brechende Princip der neuen Ansiedelungs-Kobelle beschlossen. Es thut nichts zur Sache, daß die Umbrüche ins Reichrecht sich Fitzgeralden angeeignet haben, um kein allzu lautes Geräusch zu machen, es mündet auch nicht die Ungefährlichkeit, daß sie bei dem Einbruch etwas weniger Leute mitgenommen haben, als ursprünglich beabsichtigt worden ist.

Es bleibt bestehen, daß entgegen der preussischen Verfassung, der Reichsverfassung, dem Freizügigkeits-Gesetz und dem Bürgerlichen Gesetzbuch, künftig den Polen der Erwerb von Grundeigentum unmöglich gemacht werden soll. Nur soll zum Schiedsrichter über die Erlaubnis zur Ansiedelung nicht der Präsident der Ansiedelungskommission, wie der ursprüngliche Entwurf vorschlug, sondern der Regierungspräsident gemacht werden, gegen dessen Entscheidungen es nur noch eine Berufungsinstante giebt, nämlich den Oberpräsidenten. Es ist selbstverständlich, daß durch diese veränderte Verhältnisse der Parteilichkeit — der Ansiedelungskommission war ja direkt Richter in eigener Sache — nichts geändert wird.

Verstärkt ist die Vorlage noch insofern, als sie nicht nur für den eigentlichen Bezirk des polnischen Ansiedelungsgebietes, sondern auch für Schlesien und Sibirien sowie die Regierungsbezirke Frankfurt a. O., Stettin und Köslin „sinngemäße Anwendung“ finden soll.

Kleine Milderungen, welche von der Kommission vorgenommen worden sind, bestehen darin: Erstens soll die Ansiedelungserlaubnis nicht notwendig sein, wenn es sich um Aufteilung von Grundstücken zwischen geschlichen Erben oder um Ueberlassung einzelner Teile von Grundstücken seitens der Eltern an ihre Kinder handelt.“ Zweitens ist der § 13a gestrichen:

„Die Ansiedelungsgenehmigung ist ferner in allen Fällen erforderlich, wenn innerhalb einer im Zusammenhange gebauten Dörfschaft infolge oder zum Zwecke der Aufteilung eines Landgutes oder eines Teiles eines solchen in mehrere ländliche Stellen ein Wohnhaus errichtet oder ein vorhandenes Gebäude zum Wohnhaus eingerichtet werden soll.“

Die Erlaubnis ist demnach nur bei Ansiedelungen außerhalb geschlossener Dörfschaften nachzusuchen. Aber diese Abschwächungen in der Anwendung und Ausdehnung der Vorlage schwächen das umstürzlerische Princip selbst nicht ab, das für einen bestimmten Kreis von Staatsbürgern das gewährleistete Eigentumsrecht aufhebt. Die Socialdemokratie wird sich einmal auf diesen Vorgang berufen, wenn sie einmal die Expropriation vornimmt, die allerdings nicht den Charakter eines Ausnahmegesetzes haben wird, sondern zum Segen aller die Herrschaft einiger Renepolitiken des nationalen Reichthums beseitigen wird.

Papierförde mit Besinnungsfieb. Die Regierung Budde hat wieder ein Mittel eronnen, um Unfälle auf der Eisenbahn zu verhindern, und zwar Unfälle, die gefährlicher sind als bloß der Ver-

lust von Leib und Leben. Herr Budde will, daß die Eisenbahn keine feelischen Entgleisungen verurteilt:

Durch eisenbahnamtlichen Hinweis ist dem Zugbegleitpersonal anbefohlen worden, die von den Reisenden in den Abteilen jurid-gelassenen Zeitungen und Zeitschriften, sofern sie noch gut erhalten, nicht fortzuwerfen. Die Lektüre soll vielmehr an den Endstationen eingesammelt und dem Vorsteher abgeliefert werden. Von diesem ist das herentloste Gut zu sichten und nach Ausscheldung social-demokratischer oder verwandter Erzeugnisse in geeigneter Weise den Kranken-, Armen-, Pflanz- und Stedenhäusern oder dem Gemeinde-vorstand zur weiteren Verfügung zu überweisen.

Das ist gewiß sehr löblich, daß die glücklichen Vorsteher mit der ehrenvollen Aufgabe betraut werden, als eine Art Papierförde mit selbstthätigem Besinnungsfieb sich zu bewähren. Aber damit ist doch die Gefahr, daß die Eisenbahn zum Schauplatz socialdemokratischer und verwandter Entgleisungen wird, nicht beseitigt. Ist es nicht möglich, daß während desfahrens ein verurteilter Socialdemokrat den „Vorwärts“ oder Verwandtes neben sich hinlegt und daß ein königsreiner Budde-Mann ihn arglos liest oder ihn gar an sich nimmt und heimischlept und so die Pest verbreitet? Es wird also gefordert werden müssen, daß in jedem Coupé ein Eisenbahn-Schumann ständig postiert wird, der solche Creuel beaufsichtigt und — wenn notwendig unter Anwendung der Rothreife — verhindert. Hilft das noch nichts, so wird man die Lektüre socialdemokratischer und verwandter Schriften in der Eisenbahn bei Strafe verbieten, dagegen den Liebhabern Budde'scher Herrenhausreden unter Voraussetzung unablässiger Lektüre Fahrpreisermäßigung gewähren müssen. Verjagt auch dieses Mittel, um so wird Herr Budde „Socialdemokraten und Verwandten“ überhaupt nicht mehr gestatten, die Eisenbahn zu benutzen. Wenn schon, denn schon!

Die Stichwahl im 20. sächsischen Wahlkreise Marienberg-Bischopau ist bereits auf den 25. d. M. angelegt.

Zum Herero-Krieg.

Neues Anlagematerial gegen die Kolonialmilitar-schaft in Südwestafrika enthält eine Rede, die der Missionar Meyer, der 20 Jahre lang unter den Hereros wirkte, vor einigen Tagen in Dönnabrid gehalten hat. Nach dem Bericht der regierungs-freundlichen „Dönnabr. Ztg.“ machte Missionar Meyer folgende Aus-führungen:

„Am hatten die Hereros (deren Friedensliebe und Gutartigkeit der Redner vorher geschildert hatte. Red.) von jeher die Gewohnheit, nur einen Teil bar zu bezahlen, den Rest aber schuldig zu bleiben. Die Händler ließen nun soviel zusammenkommen, bis es ihnen genug war, und dann nahmen sie den Hereros ein Stück Land ab, denselben Leuten, die oft 4 bis 6mal bezahlen mußten, da sie sich keine Quittungen geben ließen, außerdem wurden ihnen viele Hundert Prozent Zinsen abgenommen. In alledem kam, daß die Hereros, deren Sprache für Spirituosen keinen Namen hatte, mit geistigen Getränken vertraut gemacht wurden. In wenigen Jahren führte man so viel Sänaps ins Land, daß auf jeden Weihen, Kind wie Weis, 5000 Liter kamen! Rahm man nun den Hereros ein Stück Land nach dem andren ab — arm ins Land gekommene Händler brachten es in kurzer Zeit zu einer Farm — so dachte man doch seitens der Regierung nicht an die Errichtung von Reservaten. Verhandlungen darüber zerschlugen sich, es gelang Leutwein auch nicht, das Vorgehen zu beseitigen, da die Händler zu mächtig waren. Die Händler aber belamen infolge der Versuche des Gouverneurs Angst und trieben rücksichtslos ihre Forderungen ein. Die Hereros, die sonst an ihren Herden hingen, ließen das Vieh jetzt ruhig fortstreifen, ein schlimmes Zeichen!

Nun kam der Groll dann zum Ausbruch und der Krieg tobte im Lande.

Auf eine Anfrage erwiderte Herr Meyer, daß den Einwanderern gegenüber die Hereros fast schutzlos waren. Der Weise konnte in die Hütte eindringen und auch der Frau gegenüber sich verhalten, wie er wollte!“

Husland.

Belgien.

Die Urheber des Lütticher Bomben-Attentats sollen nunmehr fest-genommen worden sein und bereits ein Geständnis abgelegt haben. Es sind, so meldet „B. Z.“, zwei französische Anarchisten mit Namen Lambin, genannt Beaumanois, 1883 in St. Gilles-les-Reines (Marne) geboren, und P. R. Gubefin, gebürtig aus Paris 1881. Lambin hat schon in Frankreich verschiedent-liche Vorstrafen wegen Beschädigung öffent-licher Denkmäler (!) erlitten. Er war auch an dem im vorigen Jahre verübten Bombenanstöße in Belleville beteiligt. In derselben Angelegenheit hat die Verfassung eines gewissen Robeste Voulet aus Jemappe-les-Bidge stattgefunden. Voulet hat den beiden Anarchisten Unterkunft gewährt; bei ihm wurden auch die Bomben angefertigt. Nach den Angaben der beiden wollen sie nach Lüttich gekommen, um Arbeit zu suchen. Das Attentat waren sie begangen haben, um Rache für die Ausweisung von Anarchisten aus Belgien zu nehmen.

Man wird die Verhandlung gegen die Attentäter abzuwarten haben, bevor man sich ein Urteil über diese „Anarchisten“ und die Urheberschaft des Attentats zu bilden vermag.

Italien.

Unterlagen eines Unterrichtsministers.

Das „Giornale d'Italia“ veröffentlicht den Bericht des vom Budgetauschuss beauftragten Abgeordneten Saporta über den Fall des früheren Unterrichtsministers Rasi. Der Bericht bringt die amtlichen Dokumente für die unglückliche Mißwirtschaft im Unterrichtsministerium unter Rasi bei. Die mehrere Stunden beanspruchende Lektüre des Berichts, so wird dem „B. Z.“ gemeldet, wirft ein geradezu erschreckendes Licht auf die Zustände, die unter Rasi im Unterrichtsministerium herrschten. Die verschleuderten Summen gingen hoch in die Hundert-tausende. Wir greifen nur einige Perlen aus dieser schönen Samm-lung heraus.

Der gesamte Fonds für die Verbreitung der Elementarbildung in Höhe von über 213 000 Lire verschwand, nur 3 Lire 10 Centimes blieben in der Kasse. Die Summe ging an alle möglichen Parasiten und Korporationen, für die sich der Minister aus irgend welchen Gründen interessierte, namentlich an die Wählervereine in seinem Wahlkreise Trapani. Für die Reisen, die der Minister mit seinem getreuen Sekretär Lombardo machte, sind 73 000 Lire angekreidet, und dabei saßen Exzellenzen und ihre Faktoten auf der Bahn gratis! Die Postspesen des Kabinetts betragen 28 000 Lire.

Gewaltige Summen gab der Minister indessen als Unterstützung von Lehrerwitwen und -Waisen aus. Nämlich über 212 000 Lire, nur schade, daß laut Bericht diese Waisengelder größtenteils in die Taschen apokrypher Personlichkeiten wanderten oder solcher, die nie-mals etwas mit der Volksschule oder dem Unterrichtswesen zu thun gehabt haben. Weitere 110 000 Lire kamen auf die „Ermutigung des Agrarunterrichts“ unter den Benefizianten fest man ebenfalls sehr merkwürdige Namen, die dem hohen Ideale der Volkserziehung so fern stehen, wie die Erde dem Monde.

Amüsant macht sich ein Posten von 15 000 Lire für das Einbinden von Büchern. Der Minister ließ nämlich sämtliche Professoren und Dozenten um Exemplare ihrer Werke für die Bibliothek des Ministeriums bitten. 5000 Werke wurden nun geandt, aber nie-mals gebunden, trotzdem wurden obige Ausgaben für Einbände ver-rechnet.

Das Sündenregister des Ministers Rasi enthält noch eine Reihe anderer Posten ähnlicher Art. Da werden Kunstwerke, Bronzen, photographische Apparate, Wohnungseinrichtungen, Buffets, Koffer, englische Schloffer, Gemälde, Theaterlogen, Krustgelder, Toiletten-

ische zu verrechnen, von denen heute keine Spur mehr im Ministerium zu entdecken ist, und dergleichen Scherze mehr.

Es ist kein Zweifel, daß die Kammer heute die schärfste Enquete gegen eine solche Wirtshaft verfügen wird. —

Port Arthur abermals bombardiert.

Ein amtliches Telegramm des Statthalters Alejejew an den Kaiser aus Mulden vom 22. März besagt: Der Kommandant der Flotte berichtet heute aus Port Arthur: Um Mitternacht näherten sich zwei feindliche Torpedoboote der äußeren Reede, wurden aber durch die Scheinwerfer der Batterien entdeckt und mit Feuer von den Batterien und drei Kanonenbooten empfangen. Die Japaner zogen sich infolgedessen wieder zurück. Um 4 Uhr früh wurde ein zweiter von drei feindlichen Torpedoboote unternommener Angriff ebenfalls zurückgewiesen. Bei Tagesanbruch näherten sich von allen Seiten kommend drei feindliche Detachements, nämlich sechs Panzer, sechs Panzerkreuzer, sechs Kreuzer zweiter und dritter Klasse und acht Torpedoboote. Um 7 Uhr früh begann unser Kreuzergeschwader die Innenreede zu verlassen, als erster der Kreuzer „Aoloid“ mit meiner Flagge. Die feindlichen Panzer näherten sich Sigitischan und feuerten etwa hundert Schuß auf Port Arthur und etwa die gleiche Zahl auf die Umgegend ab. Unsere Schiffe fielen trotz der Entfernung sehr gut ein. Gegen zehn Uhr früh traf eine Granate einen japanischen Kreuzer, der sich entfernte. Nachdem das Bombardement gegen 11 Uhr vorüber war, entfernten sich die feindlichen Schiffe, ohne unser Geschwader anzugreifen. Nach einem weiteren Bericht des Generals Stöffel bestand das feindliche Geschwader, das vor Port Arthur erschien, aus sechs Panzern und zwölf Kreuzern. Gegen 9 Uhr früh teilte sich das Geschwader. Die Panzer und Torpedoboote nahmen Stellung zwischen Viantsichan und der Solobinabucht, während die Kreuzer in zwei Gruppen nach dem Süden und Südosten von Port Arthur gingen. Um 9 Uhr 20 Minuten eröffnete der „Retowian“ das Feuer über Viantsichan hinweg gegen die feindlichen Kreuzer, welche antworteten und auf die Stadt zielten. Inzwischen ging das russische Geschwader auf die Außenreede und formierte sich in Linie. Gegen 11 Uhr schwächte sich das Feuer ab. Das japanische Geschwader vereinigte sich und dampfte langsam dahin ab. Um Mittag war es verschwunden. Fünf russische Soldaten wurden während der Beschießung getötet, neun verwundet, einer leicht verletzt.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

18. (außerordentliche) Sitzung vom Mittwoch, 23. März, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 1/6 Uhr. Die heutige außerordentliche Sitzung ist der Fortsetzung der Etatsberatung gewidmet. Für die etwa unerledigt bleibenden Spezialentscheidungen soll eventuell die Geschäftsordnungs-Vorschrift in Kraft treten, wonach Beschlußfähigkeit in der neuen Sitzung, auf die sie vertiefen werden müssen, nicht vorhanden zu sein braucht.

Ueber den Hochbauat berichtet Stadtd. Liebenow (A. 2.). Im Ausschuss hat sich das Mißvergnügen eines Teiles der Weichheit gegen den „teuren und langamen“ Stadtbaurat Hoffmann, diesmal unter der Firma der Notwendigkeit seiner Entlastung, wiederum kräftig Luft gemacht. Man hat zwar die beantragte Veranlagung von Privatbaunternehmern abgelehnt, aber doch folgende Resolution beschlossen:

den Magistrat zu ersuchen, die allgemeine Instruktion für die Verwaltung des städtischen Bauwesens einer Revision zu unterziehen.

Nachträglich sollen ferner 10000 M. als Kosten der Anlage einer Entleerungsleitung vom Schwimmbassin der Volkshalle an der Bärwalderstraße zum Urbanhafen in den Etat eingestellt werden.

Die Resolution wird ohne Debatte angenommen, desgleichen die übrigen Ausschussanträge nach unerheblicher Diskussion.

Zum

Etat des städtischen Obdach

war im Etatsausschuss wiederum die Resolution gestellt:

den Magistrat zu ersuchen, für schnelle Entfernung der Station für Geschlechtskranke aus dem städtischen Obdach Sorge zu tragen.

Die Weichheit hat die Resolution abgelehnt; sie liegt als Antrag Antrag dem Plenum wieder vor.

Stadtd. Hoffmann (Soz.): Das städtische Obdach, besonders das nächste Obdach wird solange das Objekt von Klagen bleiben, bis es einstmals gelingen wird, für Groß-Berlin die Sache zu regeln. Die Gehälter des Personals sind nicht einmal so gestellt, wie sie das Kuratorium gewünscht hat. Das nächste Obdach ist nur mit fünf Kassehern versehen von abends 6 Uhr ab, obwohl dort vierzig Säle sind, die samt den Korridoren zuweilen voll gepflropft sind. Das ist eine sehr schlimme Ueberbürdung der Kasseher, deren Zahl verdoppelt werden müßte. Die Mißstände im Obdach selbst betreffend ist ein Fortschritt insofern zu verzeichnen, als man vom Abstreifen zum Zugelassen gekommen ist. Man geht schon zu, daß Mißstände vorhanden sind, man verpricht sogar schon, ihnen abzuhelfen.

Es giebt draußen auch eine ganze Reihe von Hospitaliten, welche längst nicht mehr dahin gehörten. Die Beamten haben keinen Leisten Posten und müssen so gut wie möglich gestellt werden. Demos herrschen dort seit Jahren Zustände, die manchmal jeder Beschreibung spotten. Es geht wie ein roter Faden durch die Obdachsgeschichte die Prügelei der Obdachlosen.

Werkwürdigerweise geraten in die Gefahr, gehauen zu werden, niemals die „alten Kunden“, die da so quasi bloß geduldet sind, die alle Ursache haben, mit der Polizei nicht in Konflikt zu kommen, sondern die Keullinge, die die Art der Behandlung sich nicht gefallen lassen wollen. Schon vor Jahren ist durch Stadthagen im Kuratorium behauptet worden, daß mit Gummischläuchen geprügelt werde; man hat sich darüber entrüstet, die Gummischläuche wurden nicht gefunden. Damals erklärte Stadtrat Mamroth, seine Beamten thäten so etwas nicht und dem Geständnis könne man nicht glauben. Nicht Augustin, sondern ein anderer Genosse hat damals mit mir zusammen festgestellt, daß es doch wahr war, daß Gummischläuche vorhanden waren, zwar nicht in den Betten der Hausdiener, sondern in den Hofenbeinen derselben. (Heiterkeit.) In vier oder fünf Sälen sollte jeden Abend dort rüchichtslos geprügelt werden, so war mir berichtet; ich hatte die Abficht, wenn es sein mußte, acht Tage hinauszufragen, um die Prügel abzuwaschen. Wir Socialdemokraten haben ein Schweineglück; gleich am ersten Tage fanden wir die Sache bestätigt. Wie haben damals die Wälder gelogen! Selbst einem Beamten hatte man eingebläut, was er ausfragen sollte; als er aber eiblich vernommen werden sollte, klappte er um, und nun kamen alle die Sachen zum Vorschein, welche freilich nicht in die bürgerlichen Wälder gelangt sind. Eine Reihe Beamten wurden entlassen und es wurde ausdrücklich festgestellt, daß unsere Behauptungen voll zu treffen. Das Kasseherwesen, dieses schlimme Schmarotcherwesen, weil die Kasseher aus den Ählylisten genommen werden und gegen die Obdachlosen noch gemeiner werden als die Beamten selbst, sollte abgeschafft werden. Ich kam damals ins Kuratorium und Herr Mamroth sagte bei meiner Einführung, den Mitgliedern sei Tag und Nacht der Zutritt ins Obdach gestattet, nur sollten sie dem Inspektor ihre Ankunft melden. Es sind eine Reihe Verbesserungen eingeführt; so zum Beispiel Brausebäder, Handtücher werden jetzt gegeben während sie früher nur dem Namen nach da hingen, sog. Löffel; dem Ungeziefer ist man zu Leibe gegangen, aber man hat es nicht geschafft. Vorher wurde auch

das abgestritten. Die Matten, die das Brot der Leute auffraßen, die sich unter die Kopfkissen wagen, wollte man ablenken, bis es gerade meinem Kollegen Schulz passierte, daß ihm in Gegenwart eines Kassehers eine Matte vorbeischiebte, die jedenfalls von socialdemokratischer Seite eingeschmuggelt war. (Heiterkeit.) Die Wägen aus den Holzprüfchen hat man heute noch nicht beseitigt. Die Verbesserungen sind gekommen durch eine Anzahl unvermuteter Revisionen. Es stellte sich heraus, daß man den Ählylisten das Brot vorenthielt; es wurde auch festgestellt, daß Leute ein ganzes Jahrzehnt, allerdings als Kasseher, draußen waren; selbst 1 1/2 Jahrzehnte war einer da, so hat Herr Friederici festgestellt. Prügeleien finden auch heute noch statt, so ein Fall vom 29. Dezember. Kniffe, Püffe, Stöße sind quasi Subrot. Diese Prügeleien gehen aber nicht etwa im geheimen, sondern auch neben der Wohnung des Inspektors und neben dem Bureau vor sich. Es muß da eine richtige Leitung hineinkommen; unter der Leitung von Vandemer sind die Beschwerden doch nicht in demselben Maße gekommen. Sollte ich Ihnen alle Einzelheiten vortragen, so müßten Sie wohl einen Notetat annehmen. (Heiterkeit.) Im Kuratorium werden unsere Beschwerden fast unmöglich gemacht, weil man sich sofort in den Verdacht bringt, gegen die Musteranstalten Verlin vorgehen zu wollen. Der Magistrat muß der Ueberlastung ein Ende machen, sonst ist überhaupt keine Remedur möglich. Damit komme ich wieder auf unsern Antrag. Die Geschlechtskranke und die Hospitaliten gehören nicht in die Anstalt hinein. Die Herren Keimer und Hinz, die Ihnen gewiß unverdächtig sind, haben seiner Zeit bestätigt, daß Schwerverrannte durch Krankenwagen dort eingeliefert werden, die absolut nicht dahin, sondern in die Krankenhäuser gehören. Auch direkt aus den Krankenhäusern werden Kranke nach dem Obdach geschickt! Die Geschlechtskranke-Station begann seiner Zeit mit 20 Betten, ist aber seitdem mehr gewachsen wie das Familienobdach; das Provisorium dauert schon 12 Jahre! Vor 10 Jahren wurde beschlossen, die Station hinauszubringen, das wurde einstimmig im Kuratorium beschlossen, aber es ist bis heute nichts getan, die Station vielmehr immer mehr vergrößert worden und die Fürsorge-Abteilung noch hinzugekommen, aus der und auch die wunderbaren Dinge entgegenzuwirken. Merkwürdig 420 Betten für Geschlechtskranke sollten vorhanden sein; im Etat stehen 320. Sind die 100 Betten wieder abgeschafft? Und das, obwohl man fast immer Geschlechtskranke abweisen muß? Hat man sich vielleicht damals verzählt? Um Abhilfe zu schaffen, schlug ich vor, das alte Kummelsburger Gefängnis für die Geschlechtskranke zu nehmen; es ging aber nicht, weil die Baulichkeiten besetzt waren und die Gemeinde Kummelsburg den Platz angekauft hatte. In der letzten Kuratoriumssitzung meinte nun Herr Fischbed, gerade Herr Hoffmann sei Schuld, daß noch keine Baracken aufgestellt seien für die Geschlechtskranke, weil er die Aufmerksamkeit auf Kummelsburg gelenkt habe. Wenn Baracken aufgestellt werden sollen, dann müssen sie aufgestellt werden für Obdachlose, nicht für Geschlechtskranke. Weiter kam das Merkwürdige, daß wir den Platz, wo die Baracken aufgestellt werden sollten, sofort räumen mußten, die Straße sollte reguliert werden, es kam auch schon jemand, der eine Jahre Lehm abladen wollte. Also, wenn die Baracken aufgestellt wären, hätte man sie wieder beseitigen müssen! So hoffte man sich wieder einmal durch den Sommer durchzuwürgen. Mit dem Georgen-Hospital, welches für die Station gepachtet werden sollte, ist auch wieder nichts; die schöne Hilfsstation wird der Nachbarschaft dauernd erhalten bleiben, wir werden sie auch nicht loswerden, wenn das Bismarck-Krankenhaus befestigt ist. Unmöglich aber ist die Abhilfe nicht; kann man nicht eigne Häuser bauen, dann soll man solche mieten. Die Unsauberkeit in der Station ist auch erwiesen; meinte doch Herr Professor Verend, was sei dabei, wenn von Syphilistichen das Essen verteilt würde? Die Ueberfüllung der Station ist ebenfalls erwiesen. Der Gewerkschaftenverein schreibt, daß Hunderte von Kranken dieser Art keine Aufnahme finden konnten; gleiches berichtet die Orts-Krankenkasse der Gastwirte. Trotz der großen Infektionsgefahr sind geschlechtskranke Kellner abgewiesen worden; ebenso Kräfteleute. (Zurufe.) Ich wünsche nur, daß Ihnen solche Kellner des Donnerstags Abend im Rathauskeller die Erdeine fertieren würden (Große Heiterkeit), dann würden Sie Abhilfe schaffen. Darum sollten Sie unsern Antrag aufnehmen. Das nächste Obdach ist gleichfalls überfüllt, auch das Familienobdach, wenn auch natürlich Zeiten kommen, wo es abflaut. Diese Ueberfüllung ist nicht jüngsten Datums, sondern seit Jahren im Winter an der Tagesordnung, wo man das Doppelte durchgeföhrt hat, nämlich das Belegen zwischen den Reihen in den vollständig gefüllten Sälen. Ein Obdachloser, dem man wohl ansehen konnte, daß es kein angehender „alter Kunde“ war, kam am Freitag, den 5. Februar, zu mir (Zwischenruf); ja, ich fahre das an; Sie streiten nachher ab, wenn es der letzte war; das wäre nicht das erste Mal. (Vorsteher Langerhans: Sie meinen doch nicht, daß es absichtlich geschieht?) Ich bewahre! (Große Heiterkeit.) Unsere Kollegen sind über solchen Verdacht erhaben. Auf die Mitteilungen des Mannes ging Augustin mit mir hinaus; wir haben keine Revision abgehalten, sondern haben uns die Säle aufschließen lassen. Da habe ich Feind gesehen, wie in meinem Leben noch nicht. Wie die Leute zusammengepackt werden, wie sie beschmutzt werden, wie später noch Prügeleien sich entwickelten, weil die Nachbarschaft sich dagegen wehrte, war schauderhaft. Unsern Artikel „Ein Notkrei des Massenelends“ hat damals die ganze bürgerliche Presse mit einer lobenswerten Ausnahme tolgeschwiegen. Abhilfe war möglich; man brauchte nur das Obdach seinem eigentlichen Zweck zurückzugeben. Sollten wir nach diesen Erfahrungen die Sache wieder ruhen lassen, oder mit einem Beschluß beenden, der doch nichts nützt? Da hielten wir für notwendig, die Deffentlichkeit anzurufen. (Zurufe.) Ja, diese Deffentlichkeit, da sind Sie richtig, tödlich empfindlich. Ich will Ihnen nicht die Einzelheiten mitteilen, um Ihnen nicht den Appetit zum Abendbrot zu verderben. Gehen Sie doch hin und sehen Sie sich die Sache an, dann werden Sie nicht frivole Wege darüber machen. (Stadtd. Wallach: Herr Augustin Schmied's ja noch!) Kein Wort ist dementiert worden, alles ist festgestellt in Gegenwart der Beamten. Nur eine Folge hatte die Sache: der Oberpräsident soll im Asyl gewesen sein. (Rufe: Als Obdachloser? Heiterkeit.) Nein, davor wird er sich hüten; möchte ich ihm auch nicht raten. Das Bad soll er gelobt haben, weiter ist nichts mitgeteilt, und das wäre doch gekommen als Antwort auf unsern Artikel. Die Dinge sind eben gewesen, wie wir sie geschildert haben. Herr Fischbed meinte, die Beschwerden müßten an die Leitung kommen, dann würden sie geprüft und auf die Tagesordnung der Deputationsitzung gesetzt. Die Postkarte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Einmal finden die Sitzungen sehr spät statt. Ueber eine Revision vom 8. Januar 1904 hatten Keimer, Augustin und ich Bericht erstattet; wir hatten einige zwanzig Pfund Fleisch gefunden, welche beiseite geschafft waren und womit ein schamhafter Handel getrieben wurde. Auf der nächsten Tagesordnung standen die Revisionsberichte für Dezember und Januar, aber man gab uns für die Arbeiten nur fünf Minuten Zeit wegen einer gleichzeitigen Monatsitzung; auf der nächsten Tagesordnung aber standen die Berichte überhaupt nicht mehr. (Hört! hört!) Solche Verschleppungen bringen uns um jede Beweismöglichkeit. Was sollen Revisionen, die im Dezember stattfinden und deren Ergebnis noch nicht mal im März zur Verhandlung kommt? Wenn schon nicht aus socialempfinden, so doch aus polizeilichen Sicherheitsgründen sollte man draußen Zustände schaffen, daß die Obdachlosen auch sich dahin zu gehen getrauen. Es haben ja schon Minister die Flucht in die Deffentlichkeit unternommen, warum sollten wir es nicht auch? Wir wollten nicht länger schweigen, denn das hieß, sich zum Mitschuldigen solcher Zustände machen. Nun werden Sie in Zukunft wahrscheinlich keine Klage mehr über die Anstalt hören; Stadtrat Fischbed hat das Mittel dazu entdeckt, nämlich indem man jenen, die die Mißstände aufgedeckt haben, den Zutritt zu den Anstalten verbietet. (Rufe bei den Socialdemokraten: Pfui! Pfui! Unruhe.) Der Vorsitzende der Deputation soll dazu ein Recht haben, aber man mußte zu diesem Zweck erst eine Verordnung von 1834 ausgraben! Für mich als Richtjuristen

hat es genügt, daß ein freisinniger Stadtrat sich auf eine normarische Verordnung berief. (Sehr gut!) Ich meine, das Kuratorium hat nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht zu revidieren. Querst sprach Herr Fischbed bloß von den außerordentlichen Revisionen, er teilte mit, daß er diese uns verboten und die Beamten entsprechend angewiesen habe; ob er uns zu den ordentlichen zulassen wolle, werde er sich noch überlegen. (Rufe bei den Socialdemokraten: Unerschöpflich!) Also das soll von unserm Wohlverhalten abhängen. Ich erklärte, daß ich gleichwohl die Zustände weiter untersuchen würde, selbst auf die Gefahr hin, daß ich dann wieder mit den Beamten in körperliche Verührung käme. Da sagte Stadtrat Münsterberg, ja, das könnte ich, aber wenn ich als Stadterordneter hinginge, dürfte ich nichts darüber in den Zeitungen veröffentlichen. Dieser „Massenelends-Notkrei“ war es also, der dem Topf den Boden ausschlug. Herr Fischbed aber meinte, auch das würde er unterlassen, daß ich als Ählylist verkleidet hinginge, und er würde eventuell vom Strafgesetzbuch Gebrauch machen. (Große Bewegung und Heiterkeit. Zurufe: Darf denn Fischbed selbst hinein? Heiterkeit.) Er könnte dann vielleicht auf Überlegung der politischen Ehrenrechte klagen, weil ich als Ählylist Unterföhung aus öffentlichen Mitteln kommen hätte. (Heiterkeit.) Aber machen Sie, was Sie wollen, ob ich oder andre, die Mißstände da draußen werden festgestellt werden! (Rufe: Huh! Huh! Gelächter und große Unruhe.) Gestern Abend hat die „Freisinnige Zeitung“, die heutige „Deutsche Freie Presse“ einen Artikel gebracht, wo von dem „pflichtwidrigen Verhalten“ von Mitgliedern der Verwaltungs-Deputation die Rede ist und gefragt wird, was wir zu unserer Verteidigung sagen würden. Zu unserer Verteidigung haben wir gar nichts vorzubringen, wir klagen die Verwaltung und die Versammlung an, daß sie bisher nicht ihre Pflicht gehörig getan haben. (Stürmischer Beifall bei den Socialdemokraten.) Lesen Sie doch, was Ihre Wälder, was die „Berliner Zeitung“ dazu sagt? (Große Unruhe.) Ist Ihnen auch die schon unangenehm? (Große Heiterkeit.) Da wird gefragt, was es denn für ungeheure Pflichtwidrigkeiten sind, welche einen solchen Ausschluß moralisch rechtfertigen konnten. Auch das von Ihnen am meisten gelebte Blatt, der „Lokal-Anzeiger“ (Heiterkeit.) enthält sich vollständig jeder Kritik. Die „Vollz- Zeitung“ will ich Ihnen nicht vorlesen, das war einmal Ihr Organ, jetzt wird es von Ihnen beinahe so verkehrt, wie das socialdemokratische Organ. Wir haben die Sache gerade nicht in die Presse gebracht, um uns vorher darüber hier auszusprechen; mit der Notiz in der „Freisinnigen“ hat man aber wohl Stimmung machen wollen. Wie haben den Ruhm davon: so oder so, den Ruhm hat immer die Socialdemokratie. Die Mißhandlungen und Ausschreitungen etc., alles dies ist nur durch die außerordentlichen Revisionen festgestellt worden. Seit Herr Fischbed das Kuratorium leitete, ist es dort eher rückwärts gegangen. Finden wir hier kein Verständnis, dann müssen wir an die Deffentlichkeit gehen. Alle reaktionären Drohungen werden Ihnen nichts nützen. Es wird Mittel und Wege geben, das uns genommene Recht zu erzwängen. Es handelt sich um Ihr Recht, nicht um das unsrige; wollen Sie es fortgeben gutwillig, uns launs gleichgültig sein, Sie fügen den Akt ab, auf dem Sie sitzen. Sie geben Ihre liberalen Grundzüge auf, wo Sie Ihre Rechnung dabei nicht finden. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtrat Fischbed: Im Nachtdienst sind nicht 5, sondern 9 Kasseher. Es handelt sich auch nicht um die Zahl der Betten, sondern der Kranken; die Zahl ist zurückgegangen, daher die niedrigere Zahl im Etat. Die Absonderung der jugendlichen Ählylisten wäre verkehrt; die größten Notdies sind die jugendlichen. Der Einzelfall mit dem 1 1/2 Jahre im Asyl Befindlichen betrifft einen Hospitaliten. Die von mir getroffene Anordnung bezüglich der Revisionen hat ihr Vorbild in der Handhabung derselben in den Irrenanstalten, sie sollte Ordnung in diese Handhabung beim Obdach und Arbeitshaus bringen. Herr Stadtrat Mamroth hat eine Aeußerung wie die von Herrn Hoffmann citierte nach meiner Information nicht so getan, sondern betont, daß wild durch einander Revisionen abgehalten keiner das Recht habe. Ich bin nun keineswegs gegen diese Revisionen, den Beschwerden ist immer nachgegangen worden, Altenberge sind darüber geschrieben. Die Herren Augustin und Hoffmann haben aber trotzdem Revisionen abgehalten, Untersuchungen und Verhöre vorgenommen usw. (Zurufe.) Da habe ich erklärt, daß das nicht angehe. Ich habe auch vorher gewarnt. Aus den Deputationen soll auch nichts in die Deffentlichkeit gebracht werden, das liegt in dem Amtskarakter der Mitglieder. Im „Vorwärts“ erfolgte ein Angriff auf den ärztlichen Leiter, und das Personal wurde gegen ihn aufgehetzt. Ich sprach dagegen in der Deputation; da sagte Herr Augustin, es sei doch sehr zweckmäßig, daß die städtischen Arbeiter erfahren, wie ihre Vorgesetzten über sie denken. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ein anderer Artikel griff mich persönlich an; ich protestierte wiederum. Die Herren wollen mit ihrer Tätigkeit nicht dem Wohl der Stadt dienen, sondern die Massen in Bewegung setzen, um agitatorisch zu wirken, um zu beugen. (Stürmische Unterbrechungen. Beifall Rufe: Unerschöpflich! Der Vorsteher ruft die Rufe zur Ordnung und verbittet sich das Schimpfen, als eine Reihe von Mitgliedern sich zu diesem Zwischenrufe bekennen.) Im „Vorwärts“ steht am 2. März ein Artikel, der die Krankenhandsdisciplin in rührseliger Weise bespricht; es ist da von einem braven Familienvater die Rede, der ungerecht behandelt worden sein soll und aus einem Krankenhaus ausgewiesen wurde. Der Mann hatte dem Direktor, als dieser ihm Vorhaltungen machte, gesagt: Stehen Sie auf, wenn Sie mit mir reden, wissen Sie, wer ich bin? (Heiterkeit.) Andern Tags meldete sich ein Kriminalpolizist, der den Mann suchte, weil er in der Nacht vorher bei einer Prostituierten Betteln gestohlen hatte. Das ist die Klientel des „Vorwärts“ und der Socialdemokratie. (Große Heiterkeit.) Und über solche Zustände müssen Vögel über Bogen geschrieben werden! Herr Hoffmann erwähnte einen Fall, wo ein Kranke nach dem Obdach geschafft war. Es handelte sich um einen Säuer, der höchstens in einem Trinkerahyl noch hätte untergebracht werden können; der Staatsanwalt interessierte sich sehr für ihn. Einen der Kellner suchten wir, konnten aber den Mann nicht finden; jetzt weiß der Staatsanwalt in Moabit seine Adresse. (Heiterkeit.) Bei den unteren Organen der Beamtenschaft bildete sich der Glaube an eine Neben- oder Sonder-Regierung der Herren Hoffmann und Augustin aus; die Beamten wandten sich an den großen und starken Mann Herrn Hoffmann (Heiterkeit), ja Herrn Stadtrat Münsterberg ist es schon passiert, von Beamten für Herrn Hoffmann gehalten zu werden. (Heiterkeit.) Zu jener besonderen Betrügnahme in späterer Abendstunde hatte Herr Hoffmann jedenfalls nicht das Recht, noch den Kollegen Verneinen mitzunehmen. Auf den Artikel „Notkrei des Massenelends“ ist zu erwidern, daß wir allerdings nicht gleich einen Erweiterungsbau beantragen, wenn an einem Abend eine Ueberfüllung konstatiert wird. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten.) Wenn Herr Hoffmann Abhilfe wollte, hätte er das in der nächsten Kuratoriumssitzung anregen sollen. Organische Erwägungen jeder Art über die Mißstände, die uns ja bekannt sind, finden statt, aber Kommunalpolitik nach Art des Herrn Hoffmann kann auch der letzte Hausdiener im Obdach treiben. Für die jüngsten Unbändigkeiten aller Art im Obdach ist gerade Herr Hoffmann durch sein Auftreten und sind diese „Vorwärts“-Artikel mitverantwortlich. (Rebhafter Zustimmung bei der Mehrheit.) Auf den Oberpräsidenten hat die Revision einen ganz andern Eindruck gemacht als Herr Hoffmann annimmt. Was die Herren unternommen haben, diese Revisionen usw., geschah nicht, um der Allgemeinheit zu dienen, sondern in der Hoffnung und mit dem Wunsch, etwas zu finden, was Sensation machen kann, was dann im „Vorwärts“ aufgebaut wird, was geeignet ist, der bestehenden Gesellschaft etwas anzuhängen. Das war der Zweck. Stehen einem Vorsitzenden Rechte zu, so erwachen ihm daraus auch Pflichten. Das ist auch keine Herabsetzung der Rechte der Versammlung, sondern die Wahrung der berechtigten Interessen der Stadt Berlin. (Stürmische Beifallsbezeugungen und anbauendes Handklatschen der Mehrheit; Bisher bei den Socialdemokraten.)

Stadt. Augustin (Soc.): Ich konstatiere, daß Herr Stadtrat Fischbeck erklärt hat, die Zustände seien ihm bekannt gewesen; es ist möglich, das festzustellen, weil wir immer der Uebertreibung beschuldigt werden. Der Oberbürgermeister führte uns gegenüber bittere Klagen darüber, daß nur fünf Aufseher da wären bei solchem Andrang, über 9000, im Hfl. Thatsächlich sind heute über zehn Jahre dort gewesen, nicht als Hospitalisten, sondern als Kalesfaktoren und Schreiber, darunter ein ehemaliger Buchhalter. Wenn man es mit den Revisionen machte wie die bürgerlichen Kollegen, die vormittags 10 oder 11 Uhr hinausgehen, wo niemand da ist, dann findet man auch nichts. Es kommt doch darauf an, wie man die Sache anfängt. Jede Beschwerde soll erledigt werden. Wir fanden 95 Stiefel Brot unter der Bettdecke versteckt, wir fanden eine Anzahl Käse mit Fleisch, welches den Händlingen vorenthalten war. Nichts ist bekannt geworden, ob darüber Nachforschungen gefordert wurde. Die soll man es nun machen? Wenn wir nicht einmal nach Thatsachen und Zuständen fragen können, was bedeutet dann eine Untersuchung? Das Essen, was uns als das Essen der Händlinge bezeichnet wurde, war nicht so wie das in den Kässen für die Händlinge befindliche; solche Täuschungen kommen also vor! Wenn wir pflichtgemäß bei Nachtzeit dorthin gehen, so macht man heute daraus eine Hege. Sie brauchen ja bloß den Arbeitern gegenüber sich wohlwollend zu verhalten, dann bedarf es doch für Sie keiner Geheimnisträgerei. Wir haben nicht nötig, nach dem Obdach zu gehen, um zu agitieren. Sie sorgen schon ganz von selbst für Material.

Oberbürgermeister Kirchner: Nach dem gegenwärtigen Rechtszustand besteht eine Berechtigung für ein einzelnes Mitglied nicht, wie sie die Herren in Anspruch genommen haben. Nach der Geschäftsordnung für den Magistrat hat der Vorsitzende einer Deputation dieselben Rechte gegenüber den Mitgliedern wie der Oberbürgermeister gegenüber den Magistratsmitgliedern. Diese rechtliche Situation kann man ohne jede Aufregung feststellen. Es würde jede Verwaltung aufhören, wenn Mitglieder eines Kollegiums selbständig ohne Mitwirkung des Vorsitzenden Rechte ausüben. Das greift auch nicht in die Rechte der Versammlung ein, die bloß geübt werden können im Rahmen einer geordneten Verwaltung. Wir haben uns bei dieser Praxis auch durchaus wohl befunden. An der Revision durch den Oberpräsidenten habe ich teil genommen und kann bestätigen, daß derselbe sich über den Zustand durchaus anerkennend geäußert hat, nur die Vorrichtung für Waschlagenheiten soll vergrößert werden. Er hat sich von der peinlichen Kleinlichkeit auch auf der Geschlechtskranken-Station überzeugt. Großes Elend herrscht im Obdach natürlich. Aber hat die Verwaltung das verschuldet, wenn Leute in solchem Zustande hinkommen? Es ist ein Unrecht, es öffentlich so darzustellen, als könnte die Verwaltung das befehlen. (Sehr richtig!) Uebelstände müssen zur Sprache gebracht werden, aber alle Beschwerden sind gewissenhaft untersucht worden. Herrn Hoffmann und Herrn Augustin darüber Bericht zu erstatten, sind wir nicht verpflichtet, denn eine über uns stehende Instanz sind die Herren heute noch nicht. (Sehr gut!) Die Fortschaffung der Geschlechtskranken-Station ist auch nicht Abwehrmittel. Wir können nicht für den andern Tag Wandel schaffen. Es ist immer bloß unverständliche Kritik, ohne irgendwie zu helfen, die wir hören. Ich bedaure im Interesse Ihrer Partei, daß Ihre Mitglieder so auftreten. — Aus allen Teilen Deutschlands strömen Leute in Berlin zusammen, die ins Obdach gehen, um Geld für die Unterkunft zu sparen. Herrn Hoffmann spreche ich den guten Willen nicht ab, aber es fehlen ihm die Eigenschaften, um in einer solchen Verwaltung segensreich zu wirken. Darum war der Vorsitzende im Recht, wenn er ihn nicht mehr mit Revisionen betraute; ich kann das nur bestätigen. Ich soll mit Herrn Fischbeck keine glatte Hand gehabt haben; aber mit welchen Personen hat er zu arbeiten? Wenn ich dieser Erwägung Platz greifen lasse, scheint er mir gerade doch der richtige Mann zu sein. (Großer Lärm bei den Socialdemokraten, Beifall bei der Mehrheit.)

Stadt. Ballach (A. L.) beantragt den Schluß der Debatte.
Stadt. Singer (Soc.) weist auf das höchst ungewöhnliche dieses Schlußantrages hin und findet die Verweigerung der Abwehr nach den Reden vom Magistratsstische unerhört, beantragt auch namentliche Abstimmung über den Schlußantrag.
In namentlicher Abstimmung wird der Schlußantrag abgelehnt.

Stadt. Singer (Soc.): Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters hat er dem Stadtrat Fischbeck also das Dezernat gegeben, weil er ihn quasi als den starken Mann ansieht (Heiterkeit), der auch mit den Personen fertig werden könne, mit denen er zu thun hat. Ich gratuliere Herrn Fischbeck zu der Auffassung, welche dahin geführt hat, ihm einen Auftrag zu geben, welchen man sonst nur recht untergeordneten Personen zuweist. (Heiterkeit.) Herr Fischbeck ist auf die wesentliche Frage gar nicht eingegangen, das stelle ich fest. Den Artikel „Kocherei des Massenelends“ hat er nicht widerlegt, er hat daran vorbeigeredet. Wenn er sich aber hier zum Kritiker und Censor meiner Partei aufspielen wollte, muß ich mir das aufs entschiedenste verbitten. Wir stehen nicht unter seiner Jurisdiktion, ebenso wenig wie unter der des Herrn Oberbürgermeisters für unsere außerstädtische Thätigkeit. Die Entlastung auf meinen Bänken verstehe ich sehr wohl, und der Vorsieher würde, hätte er die Worte des Herrn Fischbeck gehört, seinen Ordnungsruf an eine andre Stelle gerichtet haben. Nach Herrn Fischbeck sollen wir nicht die Interessen der Stadt vertreten, sondern bloß aufreizend, hehend, agitatorisch, kommunale Thätigkeit entwickeln. Ich würde mich für zu gut halten, mich dagegen noch besonders zu wehren, aber Herr Fischbeck hat als Magistratsmitglied gesprochen und das zeugt von einer maßlosen Ueberhebung. Der Magistrat versucht ja jetzt überhaupt und zu erziehen; das zeugt von lobenswerter Gefinnung, aber auch von mangelndem sachlichen Verständnis. Das ist ja überhaupt jetzt das beliebte Kampfmittel gegen meine Partei. Aus einem ganz andern Artikel des „Vorwärts“, zu dem Herr Hoffmann in gar keiner Beziehung steht, bemüht sich Herr Fischbeck, irgend welche falschen Angaben zu debuzieren, um das für den hier zur Verhandlung stehenden Fall zu verwerten. Das verrät nur die Schwäche Ihrer Position. Ist es denn ein Verbrechen, an der Verwaltung Berlins etwas zu kritisieren? Qui s'excuse, s'accuse. Unter Herrn Mamroth sind die Zustände tausendmal besser gewesen, als unter Herrn Fischbeck. Des letzteren heutige Darstellung könnte in Konkurrenz mit dem ersten besten Polizeiwachmeister treten. (Sehr richtig!) Die städtische Verwaltung kann unmöglich nach so auf die Spitze getriebenen polizeibürokratischen Gesichtspunkten geführt werden. Herr Hoffmann soll die Leute aufheben. Wie stimmt das mit der Aeusserung, daß die Zustände im allgemeinen erfreulich sind, daß der Oberpräsident Ruhe und Ordnung fand? Wenn die Leute human und anständig behandelt werden, sind sie auch anständig. Wenn man die Behandlung in die Hände ehemaliger Interoffiziere legt, dann kommt es anders, der Hauptsache ist die fehlende Kontrolle der Personen, unter denen das Obdach steht. Mit Redensarten wie „Gefindel“ kommt man nicht weit. Ritz die behauptete Aufhebung ist nicht der geringste Beweis vorhanden. Glaubte der Oberbürgermeister, es gäbe solche Leute gar nicht, die ohne Geld von außerhalb nach Berlin kommen, so irt er. Es müßte neben dem Obdach eine kommunale Herberge errichtet werden, wo die Leute für 5 oder 10 Pf. unterkämen. Dem unbefangenen Zuhörer muß klar geworden sein, daß an den heute laut gewordenen Beschwerden sehr viel Wahres ist. Sie bestreiten ja das auch nicht, namentlich hat der Oberbürgermeister, dessen Ton wohlthuend von dem des Herrn Fischbeck abfiel, vieles zugegeben, aber was Sie nicht wollten, das ist die Öffentlichkeit. Damit verurteilen Sie sich selbst. Unsere Kollegen haben sich von den Dingen überzeugt, ehe sie sie in die Öffentlichkeit brachten. Die wahrheitsgemäße Veröffentlichung der Zustände unserer Anstalten liegt in unserer Wesenheit und Pflicht. Wir brauchen auch in Berlins Gemeindeverwaltung wirklich nicht immer nach Pharisaerart nur auf andre zu zeigen. Wir sind nicht in diesem Saale, um Ihnen zu gefallen, sondern um unsere Auffassung zu vertreten. Der höhere Richter ist für uns nicht der Vorsitzende einer Verwaltungsdeputation, sondern die

Bürgerchaft. Heute früh brachte der Monitor des Magistrats die Notiz, daß Herr Fischbeck ein paar pflichtwidrige Stadtverordnete als Exekutor zurückgewiesen hatte. Ich möchte den Stempel setzen, den Sie im entsprechenden Falle machen würden, aber gegen Socialdemokraten kann man sich das ruhig erlauben. Da wird aufmerksam gemacht: Paßt auf, heute abend geht's los, da werden zwei Socialdemokraten exekutiert. (Heiterkeit.) Bei der jetzigen Schwarzmachermethode will Berlin nicht fehlen, man überbietet die Kröcher und Oldenburg, um zu zeigen, daß man auch da ist. Man beruft sich auf das Regulativ von 1894. In § 18 des selben wird aber ungefähr das Gegenteil von dem gesagt, was die beiden Herren da herauslesen, danach wird das, was die Herren Hoffmann und Augustin gethan haben, ihnen geradezu zur Pflicht gemacht. In Konsequenz der Aufassung des Oberbürgermeisters würden ja alle Stadtverordneten von der Verwaltung fern gehalten werden, soweit es den Vorsitzenden der Deputationen gelfällt! Der Vorsitzende kann wohl bestimmte Aufträge an bestimmte Mitglieder erteilen, aber deren Thätigkeit so einzuschränken, das ist ein Zustand, der nicht einmal in Aussicht existiert. (Sehr richtig!) Für alle Missethände wird dann der Vorsitzende allein verantwortlich. Wie schlägt man damit der Selbstverwaltung ins Gesicht! Wenn der Magistrat und der Vorsitzende solche Rechtsstellung usurpieren, dann hört es auf mit den Rechten der Versammlung, wie der Selbstverwaltung. Des Befalls einer gewissen Kategorie können Sie ja immer sicher sein. Da wird gestattet, als ob Sie eben eine Specialität auf einem Varietätstheater gesehen haben. (Gr. Heiterkeit.) Der § 76 der Städteordnung regelt das Verfahren, wenn es geboten erscheint, Mitglieder aus den Kuratorien u. zu entfernen. Gehen Sie diesen öffentlichen Weg. Aber der administrative Weg der Verschickung ist Berlin nicht würdig, das ist russisch. Es würde an bestimmten Personen nur ein Nachseht sein, wenn die Verfügung bestehen bliebe. Wäre es eine generelle Verfügung, so ließe sich vielleicht noch darüber reden, aber aus Anlaß eines ganz bestimmten Vorganges ein Exempel zu statuieren, das ist ein Verfahren, welches ich als Magistratsmitglied im Interesse dieses Kollegiums aufs tiefste bedauern würde. Deswegen bitte ich den Oberbürgermeister bringen, seine Rechtsauffassung zu korrigieren, und die Versammlung dieser Rechtsauffassung nicht beizutreten. Wir behalten uns bestimmte Anträge vor. Wenn Sie glauben, durch diesen Vorstoß unser Verhalten und unsre pflichtgemäße Auffassung zu ändern, so haben Sie sich sehr geirrt. Einzelnen können Sie es vielleicht verzeihen, unter der Leitung des Herrn Fischbeck weiter zu arbeiten, aber über unsre persönlichen Empfindungen hinaus geht unsre Pflicht, hier unseren Standpunkt zu vertreten. (Beifälliger Beifall bei den Socialdemokraten.)

Oberbürgermeister Kirchner kann nicht eine Korrektur seiner Rechtsanschauung in Aussicht stellen. Herrn Hoffmann sollten nur bestimmte Funktionen nicht mehr anvertraut werden. Herr Hoffmann habe sich amtliche Rechte genommen, die er nicht beziehe. Wenn der Magistrat von § 76 St.-O. keinen Gebrauch mache, so sollte man doch dankbar sein. (Anrufe bei den Socialdemokraten.) Die Kritik müsse sachlich sein, aber die neueste Kritik des „Vorwärts“ könne als solche nicht anerkannt werden. (Lärm.) Die Würde des Magistrats werde von einer andern Stelle gewahrt als vom Stadt. Singer.

Stadt. Stadthagen (Soc.): Herr Stadtrat Fischbeck hat vieles gesagt, was auf den verstorbenen Stadtrat Mamroth ein ungünstiges Licht fallen lassen müßte. Herr Fischbeck stellt sich hier hin und sagt, in den Akten finde nichts von Ueberfüllung des Obdaches! Zwölf Revisionsberichte und zwölf Beschlüsse darüber stehen in den Akten! Herr Fischbeck spricht von einem verwilderten Zustand bei den Obdachrevisionen unter Herrn Mamroth! Dieser hatte stets den höchsten Willen, zu helfen. Herr Fischbeck spricht von Staatsanwalt und so weiter wie der reinste Polizeibürokrat, während sogar aus der Rede des Oberbürgermeisters noch Mittel für die Obdachlosen zu erkennen war! In 24 Stunden war bei Mamroth eine Beschwerde erledigt. Ich hatte auch damals lebhaft Klagen gegen die Verwaltung; ich hatte zeitweilig das Dezernat und während der Zeit kam keine Beschwerde. Jetzt kommen die Beschwerden wieder und schuld daran ist der Vorsitzende mit der Art, wie er sein Amt ausübt. Bei Mamroth war leinewegs Regellosigkeit in den Revisionen, und es existiert ein Beschluß, welcher Hoffmann zu seinen Revisionen berechtigt. Der Beschluß ist unter Mamroth gefaßt worden, nur sollte der Betreffende durch den Haupteingang kommen und sich möglichst beim Inspektor melden. Obder Beschluß protokolliert ist, weiß ich nicht. Liegt aber die Sache so, dann hätte Hoffmann seine Pflicht verletzt, wenn er sein Recht nicht wahrgenommen hätte. Die Entziehungsmahregel ist das Gegenteil der Selbstverwaltung. Hier ist schwer gefehlt worden. Was würde Herr Fischbeck sagen, wenn man ihm sagte, er nehme nicht die Interessen der Stadt wahr, sondern wolle bloß sein Gehalt behalten? Wie kann man so abgrundtief gemein sein? würde Herr Fischbeck sagen. Er demunziert den andern als Socialdemokraten, um sich zu exzulieren. Richter pflegen diejenigen, die es so machen, doppelt und dreifach zu bestrafen. Herr Fischbeck scheut die Kritik. Nicht nur in der Sache, auch in der Person scheint manches faul zu sein in der Obdachverwaltung. Hoffmann hat den Artikel in gutem Glauben verfaßt, den möchten Sie ihm absprechen, weil irgendwo daneben gehoben ist. Die Kritik muß frei sein und rücksichtslos; Herr Fischbeck will nur kritisieren, aber nicht kritisieren sein. Zur Trodenlegung Hoffmanns hat Herr Fischbeck kein Recht. Die Missethände werden durch mehr oder weniger wichtige Reden nicht gebessert. Herr Fischbeck hat aber nicht Unternehmung eintreten lassen, sondern zieht gegen den Socialdemokraten los. Da müssen wir uns später über die Frage im Prinzip unterhalten, ob Herr Fischbeck im Rechte war und die Deputationen bloß noch Schatten und Schemen sein sollen. — Seit 1894 wird die Entfernung der Hflstation verlangt; zehn Jahre lang ist nichts geschehen.

Stadt. Nathan (Soc.-fortsch.) hält den Ausschluß der Betreffenden auch von den ordentlichen Revisionen für unbedeutend. Er verweist auf ein Oberverwaltungsgericht's Erkenntnis und warnt vor solchen Disciplinierungen. Der Liberalismus, der nur noch kleine Dosen beherrsche, dürfe nicht von einem solchen Geiste angefaßt erscheinen. Ein Stadtrat könne auch schlagreifen mit solcher Wesignis. Der Oberbürgermeister solle die schon sehr verfahrenen Verhältnisse wieder einzurenken versuchen, seinem Takte werde das gelingen.

Oberbürgermeister Kirchner: Um eine Disciplinarmahregel handelt es sich nicht (Widerpruch), sondern um die Wahrung des Rechtes des Vorsitzenden, die Geschäfte nach seinem Ermessen zu verteilen. Etwas andres hat auch Herr Fischbeck nicht gesagt. Gegen Mißbrauch des Rechtes besteht der Beschwerdeweg. Das Recht ist ein unbedeutendes; wenn ich nicht mehr nach den Fähigkeiten der Einzelnen die Geschäfte verteilen kann, wo soll es dann mit der Verwaltung hin?

Stadt. Hoffmann: Dann nimmt also der Oberbürgermeister die Prüfung über die Fähigkeiten ab! Außer meinem Artikel ist kein Wort vor der Versammlung innerhalb der Verwaltung in die Presse gekommen. Die andern Artikel, die Herr Fischbeck anzog, habe ich erst aus der Presse kennen gelernt. Nicht eine Silbe von dem Artikel hat bestritten werden können. Der Oberbürgermeister erklärt den Inhalt des Artikels für zu allgemein. Am Tage nach unserm Erscheinen waren 778 Personen mehr da als Holpritschen, also dieselbe Ueberfüllung. Revidieren können wir, aber Missethände sollen wir nicht feststellen! An jenem Abend aber haben wir nur Thatsachen festgestellt. Die Anbringung von Beschwerden bei mir liegt daran, daß der Heiligthum Hornig, den ich damals auch beinahe herausgebracht hätte, — ich konnte ihm bloß nicht nachweisen, daß er gehauen hatte — jedem im Obdach, der nur irgend Miene macht, etwas zu sagen, zuruft: Gehen Sie damit doch zu Hoffmann! (Stürmische Heiterkeit.) Die erwähnten Leute sollen Trinker und Verbrecher sein. Der angebliche Trinker ist wegen Gelenkrheumatismus im Urban aufgenommen gewesen. Schließen Sie uns aus vor der Revision, die Beschwerden gehen uns doch zu, dafür sorgen Sie selbst.

Herr Bernstein ist mit Zustimmung des Inspektors ins Obdach mit hineingegangen. Wir werden die Zustände weiter aufdecken, und wenn Sie Krakehl machen, wissen wir, wir sind im Recht!

Stadt. Bamberg (A. L.): Von den ordentlichen Revisionen sollen die Herren nicht ausgeschlossen werden. (Widerpruch.) Das Vorgehen des Stadtrats Fischbeck ist durchaus gesetzlich berechtigt, wir sind damit vollständig einverstanden, und unser Vertrauen besitz Herr Fischbeck nach wie vor.

Stadt. Liebknecht (Soc.): Ich weiß nicht, ob ich den Oberbürgermeister noch nach seinen heutigen Ausführungen für einen Juristen halten kann. (Lachen. Ruf: Junger Herr!) Von einer Verteilung der Funktionen kann mit Rücksicht auf diese Revisionen nicht wohl gesprochen werden. Den sämtlichen Mitgliedern bleibt das Recht, die Revisionen auszuüben, den zwei Socialdemokraten nimmt man das Recht. Das ist eine teilweise Entziehung dieser beiden. Entweder ist einer Deputationsmitglied, dann hat er alle Rechte derselben, es giebt nicht Mitglieder minderen Rechts. Man kann nicht den beiden dieses Recht entziehen und noch dazu aus Notizen, die ganz außerhalb der Sache liegen. Es ist ihnen ja verboten, das Obdach zu betreten! Das ist ein Ausnahmefall gegen die beiden Socialdemokraten. Und das ist publiziert worden im amtlichen Publikationsorgan des Herrn Fischbeck, der „Freisinnigen Zeitung“. Fahren Sie fort mit solchen Ausnahmemaßregeln, uns kann es nur angenehm sein!

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution wird abgelehnt, der Etat genehmigt.

Zum Etat der Park- und Gartenverwaltung hat der Ausschuss folgende Resolution angenommen:

Den Magistrat zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Bestimmungen über die Einrichtung und Thätigkeit des bei dieser Verwaltung eingerichteten Arbeiterausschusses nach demselben Grundsatze geregelt werden, wie bei den andern städtischen Betrieben.

Stadt. Schaubert (Soc.): Der Ausübung des Koalitionsrechtes seitens der städtischen Arbeiter stellen die unteren Gemeindeverwaltungsorgane oft Schwierigkeiten entgegen. Die Parlarbeiter und Gärtner werden von ihnen aneinander noch zum Gefinde gerechnet. Der Oberbürgermeister sollte hier einmal mit einer Verfügung durchgreifen. Zahlreiche Parlarbeiter stehen noch nicht im Genusse des Mindestlohnes von 3,50 Mark. Dieser Lohn ist heute an sich schon nicht ausreichend; wie soll ein Arbeiter damit eine Familie ernähren? Der Magistrat selbst hat das in seiner Eingabe gegen die Getreidezölle ausgeführt. Um so mehr muß verlangt werden, daß wenigstens diese 3,50 M. jedem Arbeiter zukommen!

Stadt. Ballach: Es scheint System darin zu liegen, daß die Herren uns im Etat nicht vorwärts kommen lassen wollen. (Beifälliger Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Es handelt sich hier um Leute, die anderweit bezahlte Beschäftigung überhaupt nicht mehr erhalten würden.

Die Resolution und der Etat werden angenommen.

Die Vorlage betreffend Aenderung des Dienst-einkommens verschiedener Beamten hat der Ausschuss unbedeutend angenommen, desgleichen die Vorlage betreffend die Vermehrung der Stellenzahl einiger Beamtenkategorien. Außerdem wird folgende Resolution vorgeschlagen:

Der Magistrat möge in Erwägung ziehen, ob das System der Steuerzahlung nicht sehr bald umgewandelt werden kann und statt einer Hof- eine Bringssteuer eingeführt wird.

Referent für diese Vorlagen sowie für die Etats-Gehälter der Magistratsmitglieder und „Personalbesoldung“ ist Stadt. Dr. Gelpke (Fr. Fr.). Mit 7 gegen 5 Stimmen ist ein „Verwaltungsdirektor“ beim neuen Vorkoch-Krankenhaus ein „Direktor“ mit 9000 M. eingesetzt, um freie Hand darüber zu behalten, ob an die Spitze des Krankenhauses ein ärztlicher Direktor oder ein akademisch gebildeter Verwaltungsdirektor gestellt werden soll.

Ein Antrag Antrid fordert den Magistrat auf, wegen der Anstellung dieses Verwaltungsdirektors eine besondere Vorlage zu machen.

Vom Stadt. Landau wird die Beratung dieser Frage in gemischter Deputation beantragt und dieser Antrag nach längerer Diskussion, an welcher sich auch die Stadt. Sachs, Dr. Weyl (Soc.) Oberbürgermeister Kirchner und Stadt. Cassel beteiligen, angenommen, nachdem der Antrag Antrid zurückgezogen war.

Stadt. Gwald (Soc.) tritt für die Position der Steuererheber ein, daß denselben für minderwertige Goldstücke keine Abzüge gemacht werden sollen.

Kämmerer Naas äußert sich zu der Frage in längerer Ausführung, woraus die zuletzt erwähnten Vorlagen und Etats angenommen werden.

Darauf wird um 1/12 Uhr Vertagung auf morgen 5 Uhr beschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 23. März. (B. L. Z.) Infolge zahlreicher Verschleppungsanträge, welche die Rechte in Bezug auf Artikel 8 des Gesetzes über Aufhebung des Kongregationsunterrichts heute einbrachte, beantragte der Ministerpräsident, um 7 Uhr die Sitzung zu schließen und auf 9 Uhr eine Nachsitzung anzuberaumen. Der Antrag wurde angenommen.

Unterhaus.

London, 23. März. (B. L. Z.) Trevelhan (liberal) fragt an, ob die Tibetmission im Begriff sei, vorzurücken oder ob man Widerstand zu erwarten habe. Brodrick (Staatssekretär für Indien) antwortet: Wir ist nichts von einer Aenderung in der Sachlage bekannt; die Tibetmission wird in kurzen weitergehen, und es hat immer die Absicht bestanden, daß sie bis Gyangtse vorrücken soll, um dort den chinesischen Kommissar zu treffen. Es hat sich nichts ereignet, was den Vormarsch hindern könnte. Lyttelton (Staatssekretär für die Kolonien) antwortet auf eine Frage bezüglich des Ausbruchs der Pest in Johannesburg und führt Telegramme von Lord Milner an, die besagen, die Krankheit beschränke sich auf das asiatische Viertel und es bestehe begründete Hoffnung, daß einer weiteren Ausbreitung der Krankheit energisch Einhalt gethan werde. Die Rinnegegend sei bis jetzt noch nicht berührt.

Im Dienste des Jaren.

Stockholm, 23. März. (B. L. Z.) Die Behörden haben das Verfahren gegen die Zeitung „Ugens Abheter“ eingeleitet wegen eines Artikels, betitelt: „Die Gefühle des Volkes“. Der Artikel enthielt mehrere Beleidigungen gegen den Kaiser von Rußland und mehrere hochgestellte russische Persönlichkeiten. Die betreffende Nummer war auf Seidenpapier gedruckt worden, um sie besser in Finnland einschmuggeln zu können.

Sturmopfer.

Dronheim, 23. März. (B. L. Z.) Bei Dergaues ist bei dem heutigen Sturm ein Boot untergegangen. Die aus fünf Mann bestehende Besatzung ertrank. Ein Haus, worin sich drei Personen befanden, wurde ins Meer geschleudert, die Insassen ertranken. Durch Schneesturm wurde ein Haus, in welchem sich mehrere Kinder befanden, zertrümmert. Ein Kind wurde getötet, die andern kamen mit dem Leben davon.

Die Pest in Pretoria.

Pretoria, 23. März. (B. L. Z.) Hier ist heute ein Kaffer an der Pest gestorben.

Abgeordnetenhaus.

49. Sitzung vom 23. März 1904, vormittags 11 Uhr. Am Ministertische: Dr. Studt.

Die zweite Beratung des Kultus Etats wird fortgesetzt beim Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“.

Abg. Schwarze-Lippstadt (C.) beklagt sich über die mangelnde Parität zwischen evangelischen und katholischen Kreis- und Schulinspektoren...

Minister Dr. Studt: Gerade in den gemischt-sprachigen Landesteilen ist es für die Unterrichtsverwaltung besonders schwer...

Abg. Stank (C.) bringt ähnliche Klagen vor wie Abg. Schwarze-Lippstadt, aber mit Bezugnahme auf die oberschlesischen Verhältnisse...

Ministerialdirektor Schwarzkopf: Die Staatsregierung ist durchaus nicht abgeneigt, in allen Fällen, wo es angängig ist, katholischen Geistlichen in Oberschlesien die Orts-Schulinspektion zu übertragen...

Abg. Graß (fr. Vg.) wirt einzelnen Kreis- und Schulinspektoren des Ostens schlechte Behandlung der Lehrer und Beeinträchtigung von Lehrern bei den Wahlen vor.

Ministerialdirektor Schwarzkopf: Von solchen Beeinträchtigungen ist der Regierung nichts bekannt.

Abg. Dr. Gailgalat (Litauer, Hospitant der Konservativen): Die litauischen Schulkinder müssen natürlich Deutsch lernen, aber man sollte doch auch die litauische Sprache nicht ganz vernachlässigen...

Minister Studt: Ich erkenne die loyalen und patriotischen Worte des Vorredners gerne an. Die Litauer haben niemals zu Klagen Anlaß gegeben.

Abg. v. Kraun (L.): Meine politischen Freunde wünschen die geistliche Kreis- und Schulinspektion im Redament beibehalten zu sehen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wir sind keine prinzipiellen Gegner der geistlichen Schulinspektion. Aber in erster Linie sind an die Kreis- und Schulinspektoren pädagogische Anforderungen zu stellen.

In Lit. 37 fordert die Regierung zu widerruflichen persönlichen Zulagen an Volksschullehrer und -Lehrerinnen in Posen und in den gemischt-sprachigen Kreisen Westpreußens eine Million Mark.

Abg. Kreth (L.) beantragt, die persönlichen Zulagen auch auf die gemischt-sprachigen Teile der Provinzen Ostpreußen und Schlesien auszu dehnen.

Abg. Frhr. Zedlitz (fr. Vg.) beantragt, die Remunerationen statt auf 200 000 M. auf 700 000 M. zu bemessen. Die beiden Anträge seien der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. v. Kraun (L.) hat Bedenken gegen den Antrag Kreth. Eine Ausdehnung des Geltungsbereiches der „Dismarkenzulagen“ würde auch bei anderen Beamtenkategorien zu erhöhten Ansprüchen führen.

Abg. Graß (fr. Vg.) erklärt, seine Stellungnahme zu den Anträgen noch nicht fixieren zu können, da seine Fraktion noch nicht darüber verhandelt habe.

Abg. Hirschberg (C.) erklärt, seine Freunde seien prinzipiell gegen widerrufliche Zulagen mit politischem Beigeschmack; sie würden dagegen unwiderrufliche Zulagen an alle Lehrer in den gemischt-sprachigen Landesteilen angestrebt.

Abg. Jagdzewski (Pole): Einer Anzahl von Lehrern sind die Dismarkenzulagen nicht bewilligt, weil sie ihre „nationale Pflicht“ nicht erfüllt hätten.

Minister Studt: Auf die Polenfrage gehe ich heute nicht ein. Der Kampf ist der Regierung aufgedrängt worden.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Die Dismarkenzulagen sind im Kampfe gegen das Polenium notwendig. Gegen den Antrag Kreth haben wir Bedenken, weil er über die Grenzen der Polenpo... hinausgeht.

Abg. Rogalla v. Bieberstein (L.) weist hin auf den Einbruch der großpolnischen Agitation in die ostpreussischen Kreise Semsburg und Orlensburg...

Ein Regierungskommissar erklärt, die Ausdehnung der Dismarkenzulagen auf Ostpreußen sei prinzipiell nicht angängig.

Abg. Goldschmidt (fr. Vg.): Meine politischen Freunde haben den dringenden Wunsch, daß die polnisch sprechenden Preußen gute Deutsche werden...

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Anträge Kreth und Zedlitz werden der Budgetkommission überwiesen.

Der Rest des Kapitels „Elementar-Unterrichtswesen“ wird ohne wesentliche Debatte erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag, 12. April 1904, 11 Uhr (Kultus-Stat: Universitäten und höhere Lehranstalten.) Schluß 5 Uhr.

Taktische Erörterungen.

Entgegnung.

In Nummer 64 des „Vorwärts“ wird in Bezug auf meinen Aufsatz über die Eroberung der politischen Macht in den „Socialistischen Monatsheften“ behauptet, ich hätte die Behauptungen Kautskys und anderer über die drohende politische Revolution so gedeutet...

Das ist eine Unterstellung, die ich auf das entschiedenste zurückweisen muß. Ich habe nirgends behauptet, daß die betreffenden Genossen eine Katastrophe wünschten oder gar anstrebten.

„Unsere „Socialrevolutionäre“ verstanden heute die Lehre von einem nahen großen politischen Konflikt. Nicht, daß sie ihn herbeizuführen beabsichtigen; nicht, daß sie auf den kindlichen Standpunkt einer Revolutionsmache zurückgefallen wären.“

„Dafür führe ich unter andren Belegstücken auch die bekannte Stelle aus der Rede Kautskys auf dem Dresdener Parteitag an, wo er erklärt, daß unsere seitherige Taktik die Erweiternng des Gegensatzes zu den herrschenden Klassen, wachsende Erbitterung, Furchteinflößung und immer schärfere Jähzornung der Konflikte zur unvermeidlichen Folge habe.“

Gegen diese Behauptung, daß die politische Revolution die zwar nicht gewollte, aber unentrinnbare Konsequenz unserer Politik sei, wende ich mich in dem vom „Vorwärts“ zitierten Satz: „Die socialdemokratische Partei treibt keine Politik der Erbitterung und Furchteinflößung...“

Den Kernpunkt des ganzen taktischen Streites, der uns seit Jahren beschäftigt, sehe ich darin, daß die einen die uns aufgezwungene Revolution als eherne Notwendigkeit vor sich sehen, während die andern an der Möglichkeit einer friedlichen Lösung festhalten.

Die friedliche Lösung für möglich halten, heißt aber nicht, wie der „Vorwärts“ interpretiert, „den unerschütterlichen Glauben an eine endlose friedliche Entwidlung“ haben.

Ich fasse darum auch die Eventualität staatsreiterischer Gewaltakte ins Auge, mit denen „starke Männer“ verfahren könnten, und den friedlichen Weg zur Eroberung der politischen Macht zu verlegen.

„Regime der Gewalt“ scheint übrigens Kautsky gleicher Meinung zu sein. Er erklärt es für ausgeschlossen, daß ein solches Regime dort, wo die Massen socialdemokratisch denken, zu einer bewaffneten Erhebung des Volkes führt.“

Der Verfasser des „Vorwärts“-Artikels sieht in dieser Debitte eine Beschloßklärung des Proletariats, eine Empfehlung des „absoluten Stillhaltens“. Sie ist nichts weniger als dies.

„Eroberung der politischen Macht heißt Gewinnung der entscheidenden Mehrheit des Volkes. Unsere derzeitige Minderheit in eine Mehrheit zu verwandeln, ist die erste und letzte Aufgabe, die unserer Taktik gestellt ist.“

„Eroberung der politischen Macht heißt Gewinnung der entscheidenden Mehrheit des Volkes. Unsere derzeitige Minderheit in eine Mehrheit zu verwandeln, ist die erste und letzte Aufgabe, die unserer Taktik gestellt ist.“

die gestellte Aufgabe zu lösen. Mag man gegen und versuchen was man will, wir gehen ruhig unsere Sache weiter, getragen von dem Bewußtsein, daß in der Gerechtigkeit, Sachrichtigkeit und Zweckmäßigkeit unserer Forderungen die Garantie ihrer siegreichen Durchsetzung liegt.

Das sind die leitenden Gedanken meines Aufsatzes. „Kautsmacherei“ soll das sein? — Ich dachte im Gegenteil, die von mir angeführten Erwägungen wären in hohem Maße geeignet, das Selbstvertrauen der Partei allen Eventualitäten gegenüber zu wappnen.

Wenn Genosse David nicht sagen wollte, daß es Parteigenossen gäbe, die zu Gewalttaten drängen, so dürfen wir von dieser Erklärung mit Befriedigung Notiz nehmen.

Die Partei treibe keine Politik der Erbitterung und Furchteinflößung, sie dränge nicht Zuständen entgegen, wo es nur noch eine große Entscheidung giebt.

hinfällig, denn er bedeutet doch nichts weiter wie die Jurisdiktion des angeblichen Drängens zu Gewalttaten. Wollte er nur sagen, daß gewalttätige Ereignisse als Folge unseres rastlosen Vordringens nicht notwendig eintreten müssen, so besteht insofern keinerlei Differenz, als die abstrakte Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung auf dem Wege der Reform in Frage kommt.

Partei-Nachrichten.

An den Reichstags-Präsidenten hat Genosse Storch in Stettin unterm 17. März folgendes Schreiben gerichtet: Hochgeehrter Herr Präsident!

Wie ich aus den Reichstagsberichten ersehe, hat Herr Reichstags-Abgeordneter Pauli-Potsdam in der Sitzung des deutschen Reichstages vom 16. d. M. in Bezug auf den Abg. Fr. Herbert-Stettin behauptet:

„In Stettin habe der Abg. Herbert jede Woche von jedem Arbeiter 5 Pf. erhalten, also insgesamt 200 M. pro Woche.“

Als langjähriger Leiter der socialdemokratischen Organisation Stettins erkläre ich diese Behauptung für unwahr. Innerhalb des Wahlkreises Stettins erhalten die Vortragenden, wozu auch unser Abg. Herbert gehört, für ihre Vorträge nicht einen Pfennig, nicht einmal die barem Auslagen werden ersetzt.

Zur Steuer der Wahrheit bitte ich Sie, hochverehrter Herr Präsident, um Verlesung dieses Briefes im hohen deutschen Reichstags.

Die Erkrankung des Genossen Reichhaus hat sich erfreulicherweise zum Bessern gewandt, so daß Reichhaus auf Genesung hoffen kann.

Die niederländische Socialdemokratie im Jahre 1903. Aus Anlaß des bevorstehenden Parteitagess veröffentlichte dieser Tage der Sekretär der Socialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, Genosse Van Ruijschhof, seinen Bericht über das Jahr 1903.

Die niederländische Socialdemokratie im Jahre 1903. Aus Anlaß des bevorstehenden Parteitagess veröffentlichte dieser Tage der Sekretär der Socialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, Genosse Van Ruijschhof, seinen Bericht über das Jahr 1903.

Die niederländische Socialdemokratie im Jahre 1903. Aus Anlaß des bevorstehenden Parteitagess veröffentlichte dieser Tage der Sekretär der Socialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, Genosse Van Ruijschhof, seinen Bericht über das Jahr 1903.

Die niederländische Socialdemokratie im Jahre 1903. Aus Anlaß des bevorstehenden Parteitagess veröffentlichte dieser Tage der Sekretär der Socialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, Genosse Van Ruijschhof, seinen Bericht über das Jahr 1903.

Die niederländische Socialdemokratie im Jahre 1903. Aus Anlaß des bevorstehenden Parteitagess veröffentlichte dieser Tage der Sekretär der Socialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, Genosse Van Ruijschhof, seinen Bericht über das Jahr 1903.

Die niederländische Socialdemokratie im Jahre 1903. Aus Anlaß des bevorstehenden Parteitagess veröffentlichte dieser Tage der Sekretär der Socialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, Genosse Van Ruijschhof, seinen Bericht über das Jahr 1903.

Die niederländische Socialdemokratie im Jahre 1903. Aus Anlaß des bevorstehenden Parteitagess veröffentlichte dieser Tage der Sekretär der Socialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, Genosse Van Ruijschhof, seinen Bericht über das Jahr 1903.

eine Steigerung der socialdemokratischen Stimmzahl stattgefunden.

Die örtlichen Abteilungen der Partei haben selbstverständlich lebhaften Anteil an der Bewegung gegen die Zwangsgeetze genommen. Nach Beendigung des Kampfes hat der Parteisekretär eine Anfrage über die Folgen an die Abteilungsleiter gerichtet. Die Antworten fielen sehr verschieden aus, doch zeigte sich auch hier, daß von einer dauernden Schwächung der Organisation nicht die Rede sein kann. Einige Abteilungsleiter glauben sogar eine vorteilhafte Wirkung konstatieren zu können. So heißt es in einer der Antworten: „Es ist meine feste Meinung, daß diese Bewegung vorteilhafte Folgen in der nächsten Zukunft für uns haben wird. Jetzt bereits war die Stimmzahl bei der Gemeinderatswahl unter ungünstigen Umständen größer als das vorige Mal unter günstigen. Die Mitgliederzahl der Abteilung nahm zu und ebenso auch die Abstimmentzahl von „Het Volk“. Wir kamen in den Apriltagen mit Menschen in Berührung, die warm für unsre Partei waren und die wir dann nicht mehr losließen. Wir lernten unsre entschiedenen Gegner kennen und fanden neue Anknüpfungspunkte, wo wir sie am allerwenigsten erwarteten. Die Haltung unsrer Gegner wurde entschiedener, doch auch das ist ein Vorteil für uns.“

Bekanntlich wurde nach der Niederlage in den Apriltagen gegen die socialdemokratische Partei der schwere Vorwurf erhoben, die Arbeiterpartei verraten zu haben, und eine Kommission eingesetzt, die diese Behauptung untersuchen sollte. Hier stellte es sich heraus, daß es sich um nichts anderes als grundlose Behauptungen handelte. Wenn uns die ganze Bewegung von 1903 etwas gelehrt hat, sagt der Parteisekretär mit Bezugnahme auf diese Behauptungen, „so ist es sicherlich dies, daß die Socialdemokratie auf keinen Fall mehr mit Feinden der modernen Arbeiterbewegung zusammenarbeiten darf.“ — Dieselbe Ueberzeugung spricht auch aus folgendem vom Parteivorstand am 4. Juli gefaßten Beschluß:

Der Parteivorstand erklärt es für wünschenswert, daß Parteigenossen in keinem Fall mehr mit Anarchisten oder sogenannten freien Socialisten auf irgend eine Weise zusammenarbeiten, noch auf Versammlungen, welcher Art auch, mit, oder unter Vorhitz solcher Leute auftreten. Ausgenommen hiervon müssen Parteigenossen werden, die in ihren Gewerkschaften mit anarchistischen Mitgliedern zusammenarbeiten müssen, doch auch nur dann, wenn es sich um die Gewerkschaften ihres eignen Berufes handelt, und nicht in andern und nicht für andre Gewerkschaften.

Für Unterstützung der Opfer des Generalstreiks wurden vom Parteivorstand 22 016,32 Gulden an das für diesen Zweck gebildete Landeskomitee abgeliefert. Mit Befriedigung erwähnt der Bericht die Beiträge der deutschen Partei von 6000 und 3000 Mark.

Eine bemerkenswerte Veränderung ist im verflohenen Jahr in der Redaktion von „Het Volk“ eingetreten, indem der bisherige Hauptredakteur Genosse Troelska sein Amt aus familiär-rückwärts und wegen Veränderung seines Wohnortes niederlegte und statt seiner Genosse P. L. La die Leitung des Blattes übernahm.

Der Kassenbericht der Partei für das Jahr 1903 weist eine Bilanzsumme von 30 703,40 Gulden auf. Einschließlich der Aufwände betrug der Bestand am Jahresabschluss 1761,23 Gulden. Der größte Ausgabenposten ist selbstverständlich die bereits erwähnte Unterstützungssumme für die Gemahregelten des Generalstreiks.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Wahlrechtspläne des Dr. Giesebrecht haben dem verantwortlichen Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, Genossen Niem in Dresden, eine Geldstrafe von 600 M. eingetragen. Niem hatte sich in seinem Blatte mit der Firma Diebold u. Söhne in Meissen beschäftigt, die auf Giesebrechts Liste eine Summe gezahlt hatte. In Bezug darauf hatte er gesagt, die gezahlte Summe werde wohl aus den Löhnen der Arbeiter wieder herausgeschunden werden. Deshalb wurde er vom Schöffengericht Meissen, das über die Verleumdungslage der Firma zu verhandeln hatte, zu der genannten Strafe verurteilt.

Dr. Giesebrecht war als Zeuge iudicialiter benommen worden. Aus seinen Aussagen ist als besonders wichtig hervorzuheben folgendes: Ich habe das genannte Circular nicht aus eigenem Antriebe, sondern auf Veranlassung von verschiedenen Herren verfaßt und versandt, welche seit langen Jahren mit mir in Verbindung stehen und von der Verbreitung der grundlegenden Ideen der Schriften einen Umschwung der öffentlichen Meinung über das gleiche Wahlrecht erwarten. Das Wesen der erstrebten Reform ist die Ersetzung der Wahlgleichheit durch ein Pluralwahlrecht, abgestuft nach dem Stande der Bildung, dem Lebensalter und der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Wahlberechtigten.

Aus Industrie und Handel.

„Helios“. Belästigende Enthüllungen über allerlei Gründungspraktiken der Helios-Electricitäts-Aktiengesellschaft sind, wie unser kleinerer Bruderblatt, die „Rheinische Zeitung“, erfährt, in Kürze zu erwarten. „Ein Profurist von der Berliner Bank“, so meldet sie, „gab am vergangenen Sonnabend in Köln vor dem Untersuchungsrichter in Gegenwart des Staatsanwalts Erklärungen betreffend die Versammlung einer Tochtergesellschaft des „Helios“ mit der Firma Singer zu Berlin ab, die dazu führten, daß bei einem hiesigen Rechtsanwalt am vergangenen Sonnabendnachmittag durch die Kriminalpolizei Akten, die sich auf einen Prozeß in Sachen „Helios“ beziehen, beschlagnahmt wurden. Wie es heißt, hat der Profurist, dem die Stelle eines Direktors des „Helios“ zugesichert war, jedoch diese Stelle nicht angenommen hatte, Einsicht in die Geheimakten und Briefe der Berliner Bank gehabt und davon teilweise Abschrift genommen. Der Inhalt dieser Briefe, die von der Hand eines hiesigen Großbankiers stammen und die erwähnte Versammlung betreffen, ist für den Herrn Bankier äußerst belästigend. Das muß dieser Finanzmann wohl selber gefühlt haben, denn in einem dieser Briefe dankt er dem Schicksal, daß sich die Staatsanwaltschaft bisher noch nicht mit jener Versammlung beschäftigt hat, er hofft, es möge noch weiter „gut gehen“. Wir glauben jedoch, daß die Staatsanwaltschaft nunmehr Anlaß nehmen wird, die Gründung des „Helios“ etwas eingehender zu untersuchen. Wir gratulieren den schwergeprüften Aktionären des „Helios“ wenn auch nicht zu einem pekuniären, so doch wenigstens zu einem moralischen Erfolge. Es ist Aussicht vorhanden, daß endlich auch beim „Helios“ Licht wird!“

Differenzen im Stahlwerks-Verband. Kaum ist der Stahlwerks-Verband gegründet und schon werden allerlei Segensätze zwischen den fünf leitenden Vorstandsmitgliedern gemeldet. Vor einigen Tagen verkündete bereits, daß Direktor Lob vom Eisen- und Stahlwerk Höchst, der zum Leiter der Vorstands- und Verbandsdingungen erwählt worden war, aus dem Vorstande wieder auszuscheiden beabsichtige. Als Grund für dieses Vorgehen wird jetzt von Eisen aus berichtet, daß Direktor Lob für eine stärkere Centralisation der Geschäftsführung des Verbandes eingetreten sei, als die Mehrheit der dem Verbande beigetretenen Werke für angebracht halte. Unter den früheren Teilverbänden standen nämlich die Werke in direktem Geschäftsverkehr mit ihrer Kundschaft; sie führten ihre Rechnungen darüber mit ihren speziellen Bankverbindungen aus. Durch die Begründung des Stahlverbandes sind Träger, Halbzeug- und Schienenverband in ersterem ausgegangen. Im Gegenzug zu der Praxis unter den alten Verbänden sollte nun der Stahlverband den Werken gegenüber als Käufer ihrer Produktion auftreten und die letztere an die Kundschaft absetzen. Entsprechend dieser Centralisation des Geschäfts wollte Lob auch eine Centralisation des Bankverkehrs für den Stahlverband, offenbar zu Gunsten bestimmter Bankgruppen. Damit aber sind die Werke nicht einverstanden; sie halten an ihren alten Bankverbindungen fest — vielfach wohl gewohnheitsmäßig, da sie sich bedeutende finanzielle Verpflichtungen aufgeladen haben. Deshalb hat in letzter Sitzung der Beirat beschlossen, vorläufig mit 20 Banken weiterzuarbeiten.

Indes handelt es sich, wie uns schon vor einigen Tagen gemeldet wurde, nicht nur um solche sachlichen Differenzen, sondern auch um allerlei persönliche Rivalitätsstreitigkeiten, vornehmlich zwischen Lob und dem Geheimrat Kirdorf-Nachen.

Rohisenproduktion im Februar. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Rohisenproduktion des Deutschen Reichs (einschließlich Luxemburgs) im Monat Februar 1904 auf 780 460 Tonnen, darunter Gießerei-Rohisen 136 885 Tonnen, Bessemer-Rohisen 38 574 Tonnen, Thomas-Rohisen 496 521 Tonnen, Stahl- und Spiegeleisen 37 828 Tonnen und Puddel-Rohisen 71 152 Tonnen. Die Produktion im Februar 1903 belief sich auf 744 835 Tonnen. Vom 1. Januar bis 29. Februar 1904 wurden produziert 1 611 513 Tonnen gegen 1 536 888 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Oberschlesisches Rohisen-Syndikat. Die Lage des oberchlesischen Rohisenmarktes hat sich in letzter Zeit recht günstig gestaltet. Die Aufträge wegen Lieferung von Rohisen für das zweite Quartal gehen, wie der „Breslauer Generalanzeiger“ meldet, ununterbrochen ein. Die oberchlesischen Hochofenwerke haben aber sowohl die Bestände, als auch die Produktion des zweiten Quartals vollständig anverkauft. Ende dieser Woche findet deshalb eine Sitzung des Syndikats statt, in der der noch vorhandene Bedarf, besonders an Gießereirohisen, festgestellt werden und je nach dem Resultat dieser Feststellung eventl. beschloffen werden wird, auf Weichen-Falshütte noch einen Hochofen anzubauen. Auf Donnerstagsnachmittag wird unabhängig hiervon in diesen Tagen schon der dritte Hochofen angeblasen, es wird aber der alte der beiden jetzt im Feuer stehenden Ofen nur noch so lange mitbetrieben, als es die hiesige Beschaffenheit des Betr. Ofens gestattet. Auf der Julienhütte der oberchlesischen Eisenindustrie-Aktiengesellschaft endlich wird im Juni der siebente Hochofen angeblasen, dessen Produktion gilt aber dem eignen Bedarf der Werke und es ist fraglich, ob die oberchlesische Eisenindustrie überhaupt in diesem Jahre noch Rohisen zum Verkauf beim Syndikat anmelden wird.

Die Donnerstags-Hütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerk-Aktiengesellschaft in Zabrze, hat im Geschäftsjahre 1903 einen Bruttogewinn von 3 624 850,31 M. erzielt. Der Aufsichtsrat setzte in seiner heutigen Sitzung auf Antrag der Direktion die Abschreibungen auf 1 950 800 M. fest und schlägt der für den 16. Mai nach Zabrze einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 14 Proz. vor. Der Reservefonds I wird mit 30 295 M. dotiert und erreicht hiermit die statutenmäßige Höhe von 10 Proz.

Die Generalversammlung der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik, die vorgestern in Düsseldorf stattfand, hat nicht zu den erregten Debatten geführt, die man erwartet hatte. Wenige Minuten genügten zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. In der Hoffnung, daß die Heeresverwaltung sich nun doch endlich zu größeren Bestellungen auf das Rohrdrücklaufgeschütz verheißt werden, gingen die Aktionäre über die bedeutende Unterbilanz hinweg und erteilten einstimmig der Geschäftsführung die nachgesuchte Entlastung. Dann gab noch die Direktion einige Erklärungen über die Geschäftsaussichten, die sich dahin zusammenfassen lassen, daß im laufenden Geschäftsjahre größere Aufträge eingelaufen seien als im letzten Jahr, so daß zur Zeit die Fabrik für ca. 1 Million Mark mehr Aufträge in der Hand habe als im März des Jahres 1903; doch seien die Preise, zu welchen hätte abgeschlossen werden müssen, noch immer unbefriedigend. „Unstre Stellung auf dem Kriegsmaterialien-Markt“, meinte darauf der Vorsitzende, „ist bezüglich des Inlandes durch die Verhandlungen über den Militärvertrag in der Budgetkommission wesentlich gelindert und wir dürfen aus diesen Verhandlungen die Hoffnung heilen, daß wir bei Schaffung des Rohrdrücklauf-Geldgeschützes in einem unsern Verdiensten und den von uns gebrauchten Opfern entsprechenden Umfange bei Vergabe der Arbeiten beschäftigt werden. Wir wollen hier nochmals konstatieren, daß wir in Deutschland die ersten waren, welche ein kriegsbrauchbares Rohrdrücklauf-Geldgeschütz konstruierten und bis jetzt die einzigen sind, die diesen Geschütz in Massenlieferung zur vollkommenen Zufriedenheit unsrer Auftraggeber zur Ablieferung brachten. Wir würden heute in Artilleriematerial bereits überbeschäftigt sein, wenn nicht die bekannten Eingriffe in unsre unter schweren Opfern geschaffene Konstruktion stattgefunden hätte.“

Die Northern Securities Company, die kürzlich durch die Entscheidung des höchsten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten von Amerika für ungesetzlich erklärt worden ist, zieht sich von der Bildung zurück, aber in einer Weise, die erkennen läßt, daß sie keineswegs gesunken, einfach das Spiel aufzugeben. Der Verwaltungsrat macht nämlich, wie telegraphisch gemeldet wird, in einer Mitteilung den Aktionären den Vorschlag, das Kapital in der Weise zu reduzieren, daß 99 Proz. des Kapitals zurückgezogen und gegen jede der zurückgegebenen Aktien 39,27 Dollar Aktien der Northern Pacific Railway und 30,17 Dollar der Great Northern Railway gegeben werden. Für jede Teillatte sollen entsprechende Beträge gezahlt werden.

Ingleich hat der Präsident der Great Northern Railway Company zum 21. April eine Versammlung der Aktionäre der Northern Securities Company einberufen, um eine Verteilung der Aktien der Northern Pacific Railway und der Great Northern Railway sowie sonstigen Besitzes der Northern Securities Company, hauptsächlich in Aktien der Chicago, Burlington and Quincy Railroad bestehend, zu genehmigen. Die Kohlengebiete der Northern Pacific Railway werden im Besitz der Northern Securities Company bleiben, da sie Erträge abwerfen und in keiner Weise in den jüngsten Prozeß hineingezogen worden waren.

Australische Industrieprämien. Der Minister für Handel und Zölle, Sir William Lyne, hat im Bundesparlament einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Regierung ermächtigt wird, Prämien im Betrage von 324 000 Pfund Sterling für Eisen-erzeugnisse zu gewähren. Die Zahlungen sollen sich auf eine bestimmte Anzahl von Jahren verteilen. Den englischen Imperialisten und Befürwortern der Chamberlainschen Pläne dürften diese Maßnahmen zur Peranzung einer einheimischen australischen Eisenindustrie wenig angenehm sein, ist doch England heute der bedeutendste Lieferant Australiens in Eisenwaren.

Gewerkchaftliches.

Eine revolutionäre Erfindung.

Wie der „Confektionär“ berichtet, hat in Sonthofen im bayerischen Allgäu die Hämische Patentgesellschaft, G. m. b. H., sich gebildet, um die Hämischen Patente gewerblich auszunutzen. Diese Erfindung hat im Webstoffgewerbe schon bei Erfindern großes Aufsehen erregt; denn sie bezweckt nichts Geringeres, als daß ein Weber statt zwei bis drei Webstühle leicht deren sechs bis acht und mehr bedienen kann, wobei zudem an dessen Arbeitskraft weit weniger Ansprüche gestellt werden. Der Hauptvorteil der Erfindung soll darin bestehen, daß diese Einrichtung an jedem bisherigen Stuhl sich anbringen läßt. Wenn die andern Verfahren in Deutschland nicht über Versuche hinausliefen, so liegt dies darin, daß dieselben einestheils zu verwickelt waren und andernteils deren Erwerb gleichbedeutend ist mit vollständiger Neuanlage einer Weberei. Das Hämische Verfahren soll, wie schon bemerkt, unschwer und mit weit geringeren Kosten in jeder bestehenden Weberei vollständig sich durchführen lassen.

Auch in hygienischer Beziehung sollen mit dem Hämischen Patent große Vorteile verbunden sein; denn das lästige Einziehen des Fadens in den Webstühlen mit dem Mund fällt vollständig weg, und die bisherige Gefahr, daß tuberkulöse Frauen ander anstecken, ist dadurch beseitigt. Die zahlreichen Nachfragen seitens der größten Werke nicht nur Deutschlands, sondern auch des Auslandes

bekunden das größte Interesse an dieser Erfindung. Zunächst werden die Stühle in der Weberei der Bayerischen Baumwoll-Industrie in Sonthofen mit diesen Patentvorrichtungen adjustiert; in weiteren größeren Webereien wird das Hämische Verfahren demnächst durchgeführt werden. —

In einer vernünftig geleiteten Gesellschaft würde man jede solche arbeitssparende Maschine mit Freuden begrüßen. Ihre Benutzung würde den Produzenten und Konsumenten gleichmäßig zu gute kommen. Heute erfährt jede neue derartige Erfindung die Arbeiterpartei mit Schrecken. Größere Produktivität bedeutet nicht Verbesserung der Lebenslage, sondern Verschlechterung derselben, Arbeitslosigkeit für die „überflüssigen Hände“, Druck auf den Arbeitsmarkt, Zurückgang, nicht Erhöhung der Löhne etc. Es giebt ein Mittel, diese schlimmen Wirkungen auch in der gegenwärtigen Gesellschaft in etwas abzumildern: die Verkürzung der Arbeitszeit. Aber gerade gegen diese Maßnahme das organisierte Textil-Unternehmertum sich principiell. Der noch nicht lange beendete Ausstand in Crimmitschau hat die Textilbarone allerorten veranlaßt, sich enger als je gegen die Arbeiterpartei zusammenzuschließen zu dem einzigen Zwecke, die Arbeitszeit möglichst lang, den Arbeitslohn möglichst niedrig zu erhalten. Was kümmert es die Herren, daß durch dies Prinzip in Verbindung mit Erfindungen, wie die obige eine ist, die Verhältnisse eine Zuspitzung erfahren, die unweigerlich zu einer gesellschaftlichen Katastrophe führt. Sie schöpfen erst einmal für sich das Fett von solchen Erfindungen ab. Gegen die Arbeiterpartei aber, die sich durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wenigstens einen geringen Vorteil aus den Hämischen Fortschritten der modernen Technik sichern will, ruft man die Staatsgewalt „an die Gewehre“ und „auf die Säbgen“; die Führer der Arbeiterpartei im friedlichen Gewerkschaftskampf aber citiert man vor den Richter wegen — Aufreizung zum Klassenhaß!

Berlin und Umgegend.

Die im Holzarbeiter-Verbande organisierten Parkettleger bereiten eine Lohnbewegung vor. In der Versammlung derselben, die sich Dienstagabend im Gewerkschaftshause mit der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigte, waren mehrere Anträge eingegangen: „Verhandlungen mit den Unternehmern anzubahnen zwecks Verlängerung des geltenden Vertrags bis zum 1. April 1905“. Dieser Antrag fand nicht die Zustimmung der Versammlung; dagegen gelangte der folgende zur Annahme: „Die Kommission wird beauftragt, einen neuen erhöhten Lohnstarif auszuarbeiten, der der nächsten Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.“ Dieser Tarif wird dann bei einsetzender Konjunktur, den 1. bezw. 15. Mai den Arbeitgebern zur Annahme unterbreitet.

Die hiesige Filiale des Glaser-Verbandes beschloß, zu der Arbeitslosen-Unterstützung einen Vorkaufschlag von 3 Mark pro Woche zu zahlen. Der Zuschuß soll von Beginn der zweiten Woche an auf die Dauer von vorläufig vier Wochen gezahlt werden. Der Beitrag wurde dieserhalb auf 60 Pfennig pro Woche erhöht.

Die Kupferschmiede haben mit ihren Arbeitgebern gegenwärtig einen neuen Lohnstarif vereinbart. Festgesetzt sind die zehnstündige Arbeitszeit und ein Minimallohn von 50 Pf. pro Stunde vom 1. April d. J. ab. Für Ueberstunden werden 25 Proz., für Sonntagsarbeit 50 Proz. und für Nachtarbeit 100 Proz. Zuschlag gezahlt; bei Stadtmontagen beträgt der Zuschlag 10 Pf. pro Stunde. — Vorstehende Normen entsprechen dem Angebot, daß der Unternehmerverband der Kupferschmiedereien den organisierten Kupferschmieden auf deren Forderungen gemäß hat. Gefordert wurde ursprünglich die neunstündige Arbeitszeit und die Erhöhung des Minimallohnes von 47 1/2 auf 55 Pf. Diese Forderungen lehnten die Unternehmer jedoch ab. Sie erklärten, sich auf eine Verkürzung der Arbeitszeit unter keinen Umständen einlassen zu können, weil der Verband der Metallindustriellen dagegen sei; eine Erhöhung des Minimallohnes um 2 1/2 Pf. pro Stunde würden sie aber bewilligen. Unter sachlicher Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände acceptierte die Versammlung der Berliner Kupferschmiede am Sonnabend das Angebot der Unternehmer. Der Lohnkommission wurde in dessen der Auftrag erteilt, noch einmal dahin zu wirken, daß für die Ausgelernten im zweiten Jahre nach der Lehre ein Minimallohn von 45 Pf. festgesetzt werde und die Entlohnung dieser Gruppe nur im ersten Jahre der freien Vereinbarung überlassen bleibe. Den Ausgelernten in Kopenhagen und den streikenden Danziger Kollegen haben die Berliner Kupferschmiede eine laufende Unterstützung von 25 M. die Woche bewilligt. Ferner beschloffen sie, den Filialbeitrag von der 14. Woche ab auf 0,25 M. zu erhöhen, bis die Differenzen in Kopenhagen und Danzig beigelegt und der am 1. April c. für Berlin und Umgegend in Kraft tretende neue Lohnstarif zur Durchführung gelangt ist. Als Funktionäre für den paritätischen Arbeitsnachweis wurden J. Bartel, Paetz, Winkler und A. Hoffmann gewählt.

Achtung, Kartonarbeiter und Kartonnierer! Die gemeinsame Tarifkommission (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) hat beschlossen, über die Kartonnfabrik von Rosenheim u. Kaufmann, Bindstraße Nr. 62/63, die Sperre zu verhängen, weil diese Firma den Rietartariff nicht innehält und Sonderabmachungen getroffen hat.

Das Schiedsgericht Ordnungsbewahrung des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Wegen drohender Differenzen ist Zuzug von Arbeitern nach der Chemischen Fabrik von Landschöff u. Neher in Grünau fernzuzugeln.

Deutsches Reich.

Achtung, Tischler!

In den Ostseebädern Swinemünde, Ahlbeck, Heringsdorf, Vansin und dem Orte Neuhoff ist infolge Nichtbewilligung des neuen Tarifs ein Streik ausgebrochen und bitten wir jeden Kollegen, Zuzug nach hier meiden zu wollen. Die Meister haben sich verpflichtet, 50 M. Konventionalstrafe für jedes zur Zeit hier anwesende Verbandsmitglied zu zahlen, das von ihnen innerhalb drei Jahren beschäftigt werden sollte.

Alle arbeitertreudlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Bezirksstelle Swinemünde.

Die Raser sind in Magdeburg und in Heidelberg in einen Streik eingetreten. — In Magdeburg streiken 195 Mann; 17 Geschäfte mit 77 Gehilfen haben bewilligt. — In Plauen beträgt die Zahl der Streikenden im ganzen bis jetzt etwa 300. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 91. Eine große Zahl der Ausständigen hat den Ort verlassen, so daß nur etwa 120 zu unterstehen sind.

33 Gusspumper der Körtingischen Maschinenfabrik in Hannover haben wegen Ablehnung einer Lohnerhöhung die Arbeit niedergelegt.

Zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen die Breslauer Streikartelle

gestaltete sich eine Versammlung der Ortsgruppe Breslau des „Vereins für soziale Reform“, in welcher der Eminister Verleppsch über das Koalitionsrecht der Arbeiter referierte. Zu der Versammlung, die wegen Ueberfüllung abgesperrt werden mußte, hatten sich außer den städtischen und königlichen Verwaltungsbehörden bis hinauf zum Oberpräsidenten von Schlesien hunderte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter eingefunden. Rauer Widma, Väder Rache, Haushälter Zimmer und Schiffbauer Wamont, zum Teil selbst mit Gefängnisstrafen belegte Gewerkschaftler, schilderten die Praxis von Polizei und Gerichten gegen die Arbeitervereine. Auch Unternehmer sprachen sich für die Arbeiterkoalition aus. Die katholischen und evangelischen Arbeitervereine, die ausreichend zum Wort kamen, erhoben keinerlei Vorwürfe gegen die freien Gewerkschaften wegen deren angeblichen Terrorismus. Die Polizei- und Gerichtspraxis zitiert eine empfindliche moralische Niederlage.

Die Zimmererbewegung in Elberfeld hat durch Abschluß eines Lohnvertrages ihr Ende gefunden. Der Vertrag sieht eine zehnstündige Arbeitszeit vor. Als Mindestlohn wurde vereinbart für Gefellen von 1. April 1904 ab 51 Pf. pro Stunde, vom 1. Juli 1904 ab 53 Pf. und vom 1. April 1905 ab 55 Pf.; Junggefellern (das sind solche, die noch keine zwei Jahre die Lehre beendet haben) erhalten als Mindestlohn von 1. April 1904 ab 48 Pf. pro Stunde, vom 1. Juli 1904 ab 50 Pf. und vom 1. April 1905 ab 52 Pf. Bei denjenigen Gefellen, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer Leistungsfähigkeit sind, beruht die Lohnfestsetzung auf freier Vereinbarung. Es wird dann durch den Vertrag die Frage der Lohnzuschlag für auswärtige Arbeiten geregelt. Das Hochbefördern der Balkenlagen oder Dachhölzer an Baustellen hat von infll. der zweiten Etage ab möglichst mit Aufzugsvorrichtung zu erfolgen. Auf jedem Zimmerer muß ein Verbandelasten vorhanden sein. Auch ist für eine wetterdichte, heizbare Bude, sowie für frisches Trinkwasser nach Möglichkeit Sorge zu tragen. Die Kündigungsfrist ist ausgedehnt. Der Vertrag hat vom 1. April 1904 bis zum 1. Juli 1906 Gültigkeit; wird er nicht drei Monate vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt, dann läuft er ohne weiteres ein Jahr weiter. Zur Schlichtung von Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter wird eine Kommission, bestehend aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern, gebildet, welche innerhalb acht Tagen über die Differenzpunkte eine Entscheidung treffen muß.

Ausland.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

Die Vorstände der Amsterdamer Diamantarbeiter-Organisationen hatten schon am Freitag beschloffen, die Intervention des Ministers des Innern anzunehmen. Die Juweliervereinigungen besaßen sich am Montag in einer starkbesuchten Versammlung mit der Angelegenheit. Ein erster Vorschlag des Vorstandes, die angebotene Intervention ohne weiteres mit Dank anzunehmen, wurde mit großer Mehrheit verworfen, dann jedoch eine ebenfalls vom Vorstand vorgeschlagene längere Resolution angenommen, die im letzten Satz das selbe besagt, wie der erste Vorschlag und sich nur dadurch unterscheidet, daß eine Erklärung des Inhalts vorausgeht, daß die Forderungen der Juweliervereinigungen an die Arbeiterorganisationen aus der Ueberzeugung hervorgegangen seien, daß der Zustand der Diamantindustrie davon abhängt, ob die Forderungen bewilligt würden, und daß bei der Entscheidung nicht das augenblickliche Interesse der streitenden Parteien, sondern das Interesse der Industrie maßgebend sein solle. — In der Versammlung wurde auch folgendes Telegramm der Antwerpener Fabrikantenvereinigung verlesen: „Offiziell arbeiten 439 Wäfler, insgesamt 550 Arbeiter, zu den Arbeitsbedingungen; voraussichtlich große Anzahl Ende dieser Woche. Position günstig für Arbeitgeber.“ Dies ist, wie „Het Volk“ bemerkt, eine starke Probe von der unmoralischen Art, wie die Arbeitgeber diesen Kampf führen. Die Mitteilung ist durchweg erlogen. Die „Nieuwe Gazet“, ein Antwerpener liberales Blatt, schrieb am Montagabend: „Tatsächlich gingen beinahe keine Hilfen an die Arbeit.“ Ähnlich berichten die Antwerpener Korrespondenten holländischer bürgerlicher Blätter, so zum Beispiel der des „Telegraaf“: „Nun ist es jedoch wahr, daß sich sozusagen keine Arbeiter angeboten hatten. Fast überall mußten die Meister allein an die Arbeit gehen. Zwei Fabriken wurden sogar nach einer Stunde wieder geschlossen.“ Außerdem erhielt auch der Niederländische Diamantarbeiter-Verband aus Antwerpen die Mitteilung, daß das Telegramm der Arbeitgeber ganz und gar auf Erfindung beruht und seit Montagmorgen keine wesentliche Veränderung der Verhältnisse eingetreten ist. Ebenso bestätigte auch der Antwerpener Korrespondent von „Het Volk“, daß die Angaben der Unternehmer Schwindel sind.

Zur Aussperrung der Kupferschmiede in Kopenhagen bei der Aktiengesellschaft Burmeister u. Wain wird gemeldet, daß am Freitag der Ingenieur R. d. a. v. D. u. s. D. u. s. mit vier deutschen Kupferschmiedem anlangte; als jedoch den Kupferschmiedem bekannt wurde, wie die Verhältnisse liegen, gingen sie, statt an die Arbeit, nach dem Verbandslokal ihrer Kollegen. Von drei der Deutschen hatte die Gesellschaft die Legitimationspapiere in Händen; der Direktor weigerte sich am Sonnabend, die Papiere anzuliefern. — In den letzten Tagen haben wiederum Verhandlungen mit der Firma stattgefunden, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Die ganze Lohn Differenz, um die es sich handelt, würde bei den Herstellungskosten eines Schiffes nur ca. 100—150 Kronen ausmachen.

Der Prozeß Ganswindt.

Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II, die im kleinen Schwurgerichtssaal tagt, begannen gestern die Verhandlungen in der Verleumdungsklage gegen den Erfinder Ganswindt und zwei Genossen. Angeklagt sind: der Fabrikant Hermann Ganswindt in Schöneberg, Schriftsteller Richard Dost in Halensee (Schwager von Ganswindt) und Forstaceffist August Schröder in Berlin. Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Paufer, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Rittig. Die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Schwindt, Arndt und Ulrich. Als Sachverständige sind geladen: Fabrikbesitzer V. r. Lieutenant Zimmermann von der Luftschifferabteilung, Dipl.-Ing. de Stouh, Prof. Hartmann von der Technischen Hochschule, Fabrikant Jacobson, Direktor Hausbrandt, Ingenieur Ersterer. — Der Angeklagte Ganswindt wird beschuldigt, durch drei selbständige Handlungen den früheren Polizeipräsidenten Hammacher in Schöneberg, jetzt in Sachsen, die übrigen Angeklagten durch je eine Handlung denselben Herrn beziehungsweise den Kriminalkommissar Ruds, der seiner Zeit die Untersuchung gegen Ganswindt geführt hat, beleidigt zu haben. Es sind etwa 20 Zeugen geladen, darunter die Frau und die drei Töchter des Angeklagten Ganswindt, Frau Leins Freya, Holde und Erda Ganswindt, Excellenz Graf v. Schlieffen, Geh. Regierungsrat v. Rüdiger, Oberst v. Cordier, Landrichter Reuter, Polizeihauptmann Vogel. — Nach Feststellung der Personalien erhebt der Angell. Ganswindt Einspruch gegen die Sachverständigen Hausbrandt und Professor Hartmann und beantragt, sie wegen

Befangenheit abzulehnen.

Er bemerkt hierzu: Im Publikum herrscht große Befangenheit gegen mich, da das „Tageblatt“ und verschiedene andere Zeitungen Artikel gegen mich gebracht haben, die sehr geeignet sind, mein Renommee und mein ganzes Unternehmen zu schädigen. Speziell das „Tageblatt“ hat mich als Antisemiten, der ich nicht bin, zu verdächtigen gesucht. Ich muß unter diesen Umständen einen Herrn semitischer Abstammung als Gutachter ablehnen und glaube, daß Herr Hausbrandt semitischer Abstammung ist. Professor Hartmann muß ich ablehnen, weil ich mit ihm in früheren Jahren in Streit gekommen bin, weil er meine Erfindungen verurteilt hat, ohne sie gesehen zu haben. — Sachverst. Hausbrandt erklärt demgegenüber, daß er Christ sei und, so weit er in seiner Familiengeschichte zurückgehen könne, nur Christen in derselben vorhanden seien. Sein Urteil stehe auf Grund seiner Beobachtungen, die er über die Erfindungen des G. gemacht, fest. — Prof. Hartmann bestreitet gleichfalls jede Befangenheit. Daß er seiner Zeit eine Einladung des G. zur Befestigung seiner Erfindungen abgelehnt und bei Gelegenheit der Gewerbe-Ausstellung einen nicht freundlichen Briefwechsel mit dem Angeklagten gehabt, einflüsse sein Urteil in keiner Beziehung. — Nach kurzer Beratung lehnt der Gerichtshof den Ablehnungsantrag des Angell. G. ab, da die beanstandeten Sachverständigen sich selbst nicht für befangen erklärt haben und die vom Angeklagten geltend gemachten Gründe hinwiegend sind. Es werden sodann die unter Anklage gestellten

Flugblätter

verlesen. Drei davon rühren von Ganswindt, die beiden andern von den Mitangeklagten her.

Angell. Ganswindt bemerkt hierzu im allgemeinen, daß er auf Grund des Beschlusses des Kriminalkommissars Ruds seiner Zeit in eine Untersuchung wegen Betruges gezogen sei und acht Wochen

unschuldig in Haft gefessen habe. Dieser Bericht sei ihm bei Gelegenheit seiner Privatklage gegen Rudolf Rösse bekannt geworden und nach dem Schlusse der Untersuchung, die mit der Einstellung des Verfahrens endete, habe er es für seine Aufgabe gehalten, in Flugblättern sein eignes Verhalten und das des Kriminalkommissars Ruds klarzustellen. Die Flugblätter seien an seine Teilhaber, an die Presse und hervorragende Persönlichkeiten gegangen.

Das erste Flugblatt ist aus Paris vom 22. November 1902 datiert. Ganswindt giebt seinen Teilnehmern kund, daß er kurze Zeit in Paris sich aufgehalten und unter andern auch die Flugmaschine von Santos Dumont sich angesehen habe. Er macht dann Vergleiche zwischen den Erfindungen, die man in Paris solchen Erfindern entgegenbringt, und den Berliner analogen Verhältnissen, wo ein gewissenhaft strebender Mann als Verbrecher hingestellt und ins Gefängnis gesteckt wird. Er wendet sich dann gegen Einzelheiten des Berichts des Kriminalkommissars Ruds, namentlich auch gegen dessen Behauptung, daß jeder Schloffer die Ganswindtsche Flugmaschine für höchstens 500 M. herstellen könne und die G. Erfindungen Schwindel seien und nachgewiesen werden könne, daß die G. s. e. Flugmaschine nie fliegen könne. In dem Flugblatt wird hierzu u. a. gesagt: Solches wagt ein Beamter des Staats zu behaupten angesichts der Tatsache, daß viele hervorragende Leute sich die Erfindungen wiederholt angesehen und von dem Werte derselben sich überzeugt haben. Es wird in dem Flugblatt weiter gesagt, daß sich Herr Ruds in seinem Bericht an den Staatsanwalt als großer Fachmann aufspiele, es sei aber zum Wäfler, wenn man so etwas lese. Es sei erstaunlich, wie man einen so gemeingefährlichen Menschen noch im Amte belassen kann. Nebenbei wird auch einem Vertreter des Kriegsministeriums ein Tadel verleiht.

Das zweite Flugblatt vom 7. März 1903 beschäftigt sich eingehend mit dem Bericht des Kriminalkommissars Ruds und dessen technischen Einzelheiten, die dieser zu den verschiedensten Ganswindtschen Erfindungen gegeben hat, um zu dem Schlusse zu kommen, daß Ganswindt „ein ganz raffinierter Betrüger und es die höchste Zeit sei, seinem gemeingefährlichen Treiben ein Ende zu machen“. Der Bericht sei durch eingehende Kritik der Ganswindtschen Erfindungen nachzuweisen, daß jetzt Material genug vorliege, um Ganswindt

Betrug nachzuweisen.

Ganswindt vertrete in seinen Berichten an seine Teilhaber nur Urteile von Zeitungen, nicht aber von Fachmännern; die Zeitungen, die seine Berichte nicht anerkennen, beschimpfe er und erzähle, daß die Zeitungen, die ihn bekämpften, dies nur thun, weil sie keine Inzerate von ihm erhielten. Die Flugmaschine werde von Fachmännern als „regulärer Wöblinn“ bezeichnet und Ganswindt müsse selbst davon überzeugt sein u. c.

In dem unter Anklage gestellten Flugblatt wird der Rudsche Bericht, der sehr umfangreich ist und in alle technischen Details einght, wörtlich abgedruckt und abteilungsweise mit Randbemerkungen versehen, die die volle technische Unferntrentheit des Kommissars Ruds nachweisen sollen und viele persönliche Ausfälle gegen ihn enthalten. Die Darlegungen des Herrn Ruds werden als „unwahr“, „der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlagend“, „wider besseres Wissen abgegeben“, „regulärer Wöblinn“ usw. bezeichnet. Es wird bemerkt, die ganzen, wäflig unzutreffenden Behauptungen des Herrn Ruds ließen deutlich ein Zusammenarbeiten der Schöneberger Kriminalpolizei mit dem „Berliner Tageblatt“ erkennen.

In dem Bericht des Kriminalkommissars wird u. a. erwähnt, daß Ganswindt dem französischen Kriegsministerium seine Erfindung für 30 Mill. Mark angeboten habe, daß dagegen ein Beamter des preussischen Kriegsministeriums durch die Pläne angezogen habe, daß G. nicht ganz zurechnungsfähig sein dürfte. — Darauf wird in dem Flugblatt u. a. erwidert, daß dies absolut unwahr sei. Nicht er, Ganswindt, sondern einer seiner Teilhaber, der Forstaceffist Schröder, der das Recht zur Verwertung der erteilten französischen Patente sich ausbedungen, habe sich mit dem französischen Kriegsministerium seiner Zeit in Verbindung gesetzt. Wenn ein Beamter des preussischen Kriegsministeriums angezogen habe, daß er nicht ganz zurechnungsfähig sein dürfte, so habe er zu bemerken, daß der betreffende Beamte weder geistig noch moralisch zurechnungsfähig sein dürfte. Im Kriegsministerium habe man es ihm übel genommen, daß er

20 Millionen

für seine Erfindung der Luftschraube gefordert habe.

Auch die Behauptung des Kommissars Ruds, daß Ganswindt noch heute auf demselben Standpunkte stehe wie vor 18 Jahren, wo er die „welterstatternde Erfindung des Verfestigungssystems“ gemacht, wird lebhaft bekämpft und dem p. Ruds Unkenntnis und falsche Darstellung zum Vorwurf gemacht. Was da gesagt werde, sei „regulärer Wöblinn“, und es sei empörend, daß darauf hin er, Ganswindt, als technisch gebildeter Mann und Vater von sieben unversorgten und wohlzuzugenden Kindern in Untersuchungshaft genommen werden konnte.

In dem Rudschen Bericht wird zum Schluß ausgeführt, daß in rechtlicher Beziehung unzweifelhaft wiederholter Betrug zur Erlangung eines rechtswidrigen Vermögensborteils vorliege. Nachdem G. „vergeblich Jura studiert“, habe er sich auf Erfinden gelegt. Diese Erfindungen seien zum Teil zwar patentiert aber in der Praxis nicht brauchbar. G. habe dabei sein kleines Vermögen zugezogen und von diesem Moment ab beginne der Schwindel. Ganswindt wolle weiter und gut leben und lebe von dem Gelde, das ihm die auf seine Prospekte anheißenden „Teilhaber“ zahlten. Er habe auf dem Mariendorfer Wege ein Grundstück erworben und der „gottbegnadete Erfinder“, wie er sich nenne, lebe dort in einem sehr schmutzigen Heim. Im Oktober 1901 sei Ganswindts Geld wieder alle geweien; er habe mehr haben müssen, habe eine Anzahl von Personen, darunter auch Offiziere, zur Befestigung seiner verbollkommenen Luftschraube eingeladen und gleich darauf wieder einen verführerischen Aufzug erlassen, durch den das Publikum getäuscht werden mußte, als ob das Problem nun schon verwirklicht wäre. In der Abbildung

fliegen die Mädchen

ganz beschaulich in der Luft herum und winken den auf der Erde zurückgebliebenen Menschen mit ihren Taschentüchern zu. (Weiterkeit.) Man müsse staunen über die Unerschämtheit, mit welcher Ganswindt seine Zwecke verfolge. Er habe seine Interessenten seit einer langen Reihe von Jahren mit Versprechungen hingehalten, so daß er seinen „Rumpst“ nicht mehr weiter treiben könne. Wenn er genügend Geld beisammen habe, werde er zweifellos das Weite suchen. Seine Frau werde schon genügend Geld hinter sich haben. G. sei schlau und raffiniert. Er scheine, wenn die Sache zum Klappen komme, die Sache dahin dirigieren zu wollen, daß man ihn für verrückt erkläre; er bereite sich offenbar schon darauf vor, denn die Prospekte seien so abgefaßt, daß man annehmen könnte, sie rührten von einem nicht ganz normalen Menschen her, G. sei aber ganz gesund. Er sei von seiner Studienzeit her an Wohlleben gewöhnt, um das gute Leben weiter führen zu können, habe er seinen Schwindel in Scene gesetzt, er könne nun auch nicht stehen bleiben, sondern müsse weiter schwindeln. Das Treiben sei gemeingefährlich, viele Leute würden in ihrem Vermögen geschädigt, die Post bringe ihm täglich mehr als 1000 M. zu und es sei bringend zu raten, ihn in Haft zu nehmen, da er sonst verschwinden würde.

Auch gegen diesen Teil des Rudschen Berichts wird in dem Flugblatt in gehässigen Randbemerkungen angelämpft und dessen Unwahrheit und gänzliche Unhaltbarkeit nachzuweisen versucht.

Es wird u. a. darauf hingewiesen, daß Herr Ruds seinen Arbeitsplan niemals in Begleitung sachverständiger Männer, sondern nur in Begleitung eines Kriminalhauptmanns befestigt habe. Bezüglich der Unterhandlungen mit dem französischen Kriegsministerium wird u. a. angedeutet, daß ein diese Verhandlungen betreffendes, nach Paris gesandtes Paket abhanden gekommen sei; es sei nicht ausgeschlossen, daß ein

Spion der deutschen Heeresverwaltung

dieses Paket aufgegriffen habe. Die Diebe verfolge die Kriminalpolizei nicht, dagegen halte man es für ratsam, ihn als unbedingtesten Mann in Haft zu nehmen. — Er habe niemals „vergeblich Jura studiert“, aber ein Werk „Das jüngste Gericht“ verfaßt, welches dem Kaiser von Rußland gewidmet war und von diesem an-

genommen worden sei. Er stehe keineswegs noch auf dem Standpunkte wie vor 18 Jahren, vielmehr seien seine Erfindungen bezüglich der Luftschraube von vielen sachverständigen Männern geprüft und für gut befunden. Er habe außerdem über 100 Erfindungsmodelle aus der Theorie in die Praxis übergeführt und sogar seine Luftschraube sei doch schon, mit Männern belastet, in die Höhe geflogen, was seit Erfindung der Welt noch nicht da gewesen sei. Im übrigen werden sämtliche Einzelbehauptungen des Kommissars Ruds als haltlose Verdächtigungen und zum Teil als Behauptungen „wider besseres Wissen“ gekennzeichnet.

Hieran reihte sich die Verlesung der drei übrigen unter Anklage stehenden Flugblätter.

Auch das vom Angeklagten Dost unterzeichnete, im Auftrage des Schulomitees verfaßte und vom Angeklagten D. verbreitete Flugblatt enthält scharfe Angriffe gegen Herrn Ruds. Dessen Maßnahmen werden darin als „unverantwortlich“ bezeichnet und ihm in einer abgedruckten Rundgebung des Herrn Ganswindt direkt Mißbrauch der Amtsgewalt vorgeworfen, die ihn eigentlich vor den Strafrichter führen müßte. Es wird ferner darüber geklagt, daß Ganswindt von seinen verbündeten Gegnern beschimpft und beduelt und dadurch ein folgenschweres Martyrium über ihn heraufbeschworen worden sei. Die Gegner werden „verkommenes Gefindel“ genannt, und die Perspektive eröffnet, daß schließlich „einer der bedeutendsten Männer seiner Zeit“ das Opfer nichtswürdiger Schandbuben werden könnte. Das letzte Flugblatt ist vom Angeklagten Schröder unterzeichnet. Dieser machte Herrn Ruds zunächst lächerlich, weil angeblich auf dessen Verleihen er vom „Forstaceffist“ zum „Forstaceffisten“ degradiert worden sei, klagt ihn an, daß er in Bezug auf die Aufklärung des Diebstahls an den nach Paris gesandten Wertpapeten seine Schuldigkeit nicht gethan, sondern sich darauf beschränkt habe, bei der Post anzufragen. Kommissar Ruds stellte Behauptungen auf Grund von Nachrichten auf, die er bei einer Anzahl alter Weiber ausbaldowert habe, er scheue nicht vor Angaben zurück, von deren Unwahrheit er selbst überzeugt sein müsse u.

Nach Verlesung der Schriftstücke erklärt der Vorsitzende, daß das Gericht im Verein mit dem Staatsanwalt, den Angeklagten, den Sachverständigen und den Verteidigern einen

Befestigungstermin an Ort und Stelle

in Schöneberg abhalten und sich die Ganswindtschen Apparate vorführen lassen werde, um sich selbst ein Bild von ihnen machen zu können.

Infolge dessen wurde die Verhandlung abgedrochen und auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

Ein Mitglied der Redaktion des „Leipziger Tageblattes“ hatte vor einigen Tagen in Sachen des Kreisärztes in Interview mit dem Kreisvorsitzenden Dr. v. Ehrenstein. Die wichtigsten Stellen aus dessen Aussprache sind folgende: Die Verordnung wegen eines Verstoßes mit dem Distriktsarzt-System mußte ich erlassen. Sie war nicht ein Produkt meiner persönlichen Auffassung und ganz gewiß keine Parteimahne — sie war die klare Uebersetzung der Aufsichts-Paragrafen in die behördliche Praxis. Nicht leichten Herzens, nicht ohne vorher alle Schritte gethan zu haben, um die absolute Sicherheit für die Nichtigkeit der Auslegung der mir zustehenden Rechte und Pflichten zu machen, ist die Veröffentlichung erfolgt. Die Erörterung hat mir keinen Zweifel darüber gelassen, daß die freie Arztwahl nicht erzwingen werden kann, und daß kein Grund vorliegt, das Distriktsarzt-System zu verbieten. Uebrigens habe ich mich auch in Berlin überzeugt, daß zu einem Einschreiten der Gesetzgebung keine Aussicht vorhanden ist. Ich habe alles gethan, um eine Einigung herbeizuführen. Ich habe die Engagements der Kasse geprüft und auf strenge Auswahl der Ärzte gebrungen. Als die jetzt aufgestellte Zahl 75 erreicht war, habe ich die Kasse aufgefordert, mit der Anstellung auszuhalten, um für unsre Leipziger Ärzte Raum zu lassen. Der Kassenvorstand ist sofort darauf eingegangen. Nun muß weiteres abgewartet werden. Die Mitglieder des ärztlichen Bezirksvereins müssen von ihren eingegangenen Verpflichtungen entbunden werden. Wer will denn die Verantwortung für die 250 Gefährdeten übernehmen? Ich fürchte, daß von diesen fast die Hälfte zusammenbricht.

Wie sich die Leipziger Ärzte dazu stellen, zeigt folgende Mitteilung der „Leipziger Neuesten Nachrichten“:

Die am 21. März im Saale des Hotel Palmbaum versammelten Ärzte erklärten einstimmig, daß ihrer Uebersetzung nach die der Orts-Krankenkasse am 1. April voraussichtlich zur Verfügung stehenden Ärzte weder der Zahl noch der Beschaffenheit nach genügen werden, das an sich verwerfliche neue Arztsystem durchzuführen. Die Leipziger Ärzte sind nach wie vor einig und lehnen es auf das Bestimmteste ab, ihrerseits auch nur das Geringste zur Durchführung dieses Systems beizutragen.

Am 25. hält die Kasse eine Generalversammlung ab.

In Magdeburg hatten die Ärzte im weiteren Verlaufe des Streites gefordert, daß die Kassen in den Dienstvertrag der Kassenangehörten Vorschriften über das Verhalten der Angestellten gegen die Ärzte aufnehmen müssen. Das hatte zu langen erregten Verhandlungen unter den Beteiligten geführt. Am vergangenen Sonntag haben nun die Kassenvorstände der Ärzteforderung in der gegen die erste Fassung abgeschwächten Form zugestimmt, daß in den Beiträgen gesagt wird:

„Der Vorstand macht den Angestellten ein angemessenes Verhalten zur Pflicht.“

Die Honorarforderungen der Ärzte sind insoweit bewilligt worden, daß ein Pauschale von 4 M. und bei Mehrleistungen eine Ueberschüttung von 50 Prozent gezahlt wird.

Die Generalversammlung des Verbandes der Orts-Krankenkassen im Großherzogtum Oldenburg hat eine Protestresolution gegen die Ausführungen des Dr. Rugdam im Reichstage angenommen.

Die Ärzte in Braunschweig fordern von den dortigen Ortskassen die Einführung der freien Arztwahl zum 1. Oktober.

Gegen die Gewerbegerichts-Beisitzer in Neumünster aus dem Stande der Arbeitnehmer, mit Ausnahme der zuletzt gewählten drei jüngsten, ist aus § 21 des Gewerbegerichts-Gesetzes die Anklage wegen großer Amtsverletzung erhoben worden. Die Gesetzesüberlegung wird darin gefunden, daß seit einer Reihe von Jahren in hiesigen Wirtschaften Anschläge ausgehen, welche die Namen und Wohnungen der Gewerbegerichts-Beisitzer enthalten und in denen die Arbeiter aufgefordert werden, sich, bevor sie eine Klage beim Gewerbegericht anhängig machen, bei einem der Beisitzer zu erkundigen.

Der Heimarbeiterkongress im österreichischen Abgeordnetenhaus. Die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Abgeordnetenhauses hat dem Ministerpräsidenten eine Interpellation eingereicht, in der über den Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung in Oesterreich Klage geführt und eine strengere Handhabung der bestehenden Arbeiterchutz-Bestimmungen gefordert wird. In dem Schriftsate wird auch des Berliner Heimarbeiterkongress-Kongresses gedacht, und zwar sprechen die Interpellanten ihren Tadel darüber aus, daß der Vertreter, den das österreichische Handelsministerium zu diesem Kongress angekündigt hatte, in letzter Minute zurückgezogen wurde. Dieser Vorgang, der um so überraschender sei, als die österreichische Regierung seit Jahren Erhebungen über die Heimarbeiter in Oesterreich anstellen lasse, bedeute weiter nichts als ein ganz unzulässiges Entgegenkommen der preussischen Regierung gegenüber.

Für den geschehenen eifrigen Arbeitstag in der Textilindustrie hat sich der belgische Höhere Arbeiterrat, der bekanntlich paritätisch aus Unternehmern und Arbeitern zusammengefaßt ist, mit 28 Stimmen bei 2 Enthaltungen ausgesprochen. In der Resolution heißt es, daß später, sobald die Unternehmer die nötigen technischen Verbesserungen durchgeführt haben, weitere Verbesserungen der Arbeitszeit folgen müßten.

Extra-Preise A. Wertheim

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

soweit der Vorrat reicht

Lebensmittel

Schoten $\frac{1}{2}$ Dose 38 Pf.	Delikatessheringe $\frac{1}{2}$ Dose 78 Pf. $\frac{1}{2}$ Dose 50 Pf.	Pflaumen Dose 48 Pf.
Junge Schoten „ 48 Pf.	Appetit-Sild Dose 32 Pf.	Reineclauden $\frac{1}{2}$ Dose 85 Pf. $\frac{1}{2}$ Dose 48 Pf.
Schoten I „ 75 Pf.	Anchovis „ 38 Pf.	Erdbeeren „ 1.15 „ 65 Pf.
Kaiserschoten 1.15, $\frac{1}{2}$ Dose 63 Pf.	Rollmops „ 40 Pf.	Melangefrüchte 1 Mk. „ 55 Pf.
Schoten u. Karotten $\frac{1}{2}$ Dose 55 Pf.	Sardinen Glas 24 Pf.	Preisselbeeren 60 Pf. $\frac{1}{2}$ Dose ca. 10 Pf. 2.75
Karotten I ganz Frucht $\frac{1}{2}$ Dose 60 Pf. $\frac{1}{2}$ Dose 35 Pf.	Anchovis „ 24 Pf.	Rheinisch Kraut Dose 45 Pf.
Karotten „ 50 Pf. „ 30 Pf.	Sardinen in Öl Dose 42 Pf. 60 Pf. 1.15	Diverse Gelées Glas 40, Ia. 65 Pf.
Kohlrabi „ 26 Pf. „ 18 Pf.	Bratheringe Dose 45 Pf.	
Spinat „ 55 Pf. „ 32 Pf.	Bismarckheringe „ 45 Pf.	Weizenmehl in Beuteln von 5 und 10 Pfd. 5 Pfd. 68 Pf.
Stangensparg. II 1.20 „ 65 Pf.	Deutsche Mixedpickles $\frac{1}{2}$ Glas 60 Pf. $\frac{1}{2}$ Glas 35 Pf.	Kaiserauszugmehl „ „ 80 Pf.
Stangensparg. I ^a 1.40 „ 75 Pf.		Echt Budapester Mehl 1 Mk.
Stangensp. extra-stark 1.70 „ 90 Pf.		Sultana-Rosinen Pfd. 35 u. 55 Pf.
Bruchspargel I 85 Pf. „ 50 Pf.		Elema-Rosinen „ 40 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe 60 Pf.		Korinthen „ 30 Pf.
		Mandeln „ 75 u. 95 Pf.
		Citronat „ 65 Pf.
Champignons I ^a $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{3}{4}$ 1 Dose 1.60 90 50 35 Pf.		

Gebrannt. Perlkaffee

Pfd. 1.10 Mk.

Ziehung 14., 15. und 16. April
Marienburg

Lose à 3 Mk. Porto u. Liste 50 Pf. extra
500 000 Lose. 2540 Geldgewinne,
zahlbar ohne Abzug mit Mark

355,000

Hauptgewinn ohne Abzug: Mark

60,000

50,000

40,000

30,000

20,000

10,000

4 à 2500 = 10 000

10 à 1000 = 10 000

20 à 500 = 10 000

100 à 100 = 10 000

200 à 50 = 10 000

1000 à 20 = 20 000

7500 à 10 = 75 000

Ferner empf. die beliebtesten (11 St.)
Stettin-Pferde-Lose I. A. (10 à 4)

Lud. Müller & Co.

in Berlin, Breitestr. 5,
Wannburg, gr. Johannistr. 21.

Telegr.-Adr.: Blickmüller.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Hindenstr. 69.

Nieder mit den Sozialdemokraten

von Wilhelm Brade

ist ferdien in neuer Uebersetzung
herausgegeben.

Preis 10 Fig. Part. 3 Fig.

„Nieder mit den Sozialdemokraten“ ist eine der ältesten, aber noch immer wirkungsvollen Agitationsbroschüren für die ländliche Bevölkerung. Brade hat die landläufigsten Vermirrungen, die gegen unsere Partei erhoben werden, in volkstümlicher, allgemein verständlicher Weise widerlegt. Die Wärschen vom „Teilen“, von der „Verfälschung der Familie und Religion“, die auch heute noch in entlegenen Gegenden von unsern Gegnern kolportiert werden, sind in überzeugenden Worten zurückgewiesen.

Teppiche

halbhare Qualität 130/200 3.10, 7.50, 170/250 5.60, 13.50 W.

Volours und andre prima Qualitäten, auch Salongröße bis 3,50 x 4,50 groß, von 17.50 - 72.00, sonstiger Preis 10 Proz. teurer.

Gardinen

weiß und crème 12, 200, 2,50, 4,00, 6,50, 12,00.

Stores auch in Spachtel u. Gestalt. 12, 1,50 - 9,50. Portieren in Tuch, Bild u. Welle 1,75, 3,50, 8,50 bis 12,50. Plüsch-Tischdecken 12, 5,00, bestickte 12, 8,50. Stoppdecken, Seide, Welle und Seiden-Satin 12, 4,50, 6,00, 7,50 - 12,50. 45692*

Ein grosser Posten Läuferstoffe, Reste von 3, 4, 5 - 10 Meter lang für die Hälfte des Preises.

A. Rosenberg, Landsbergerstr. 82.

Herren-Moden

eleg. Ausführung, geringe Teilzahlungen.

J. Kurzberg, Neue Königsstr. 47.

direkt am Alexanderplatz.

Sporthaus Müggelheim

Fernsprecher: Amt Köpenick 186.
Den geehrten Vereinen sowie Fabriken zur Kenntnis, daß ich mein Lokal durch Bau eines großen Saales so erweitert habe, daß ich den größten Gesellschaften zu Dampfer- sowie Landpartien Platz bieten kann. - Verpflegung wie Bedienung in bekannter Güte. 40112*

W. Troppens.

Restaurant „Forsthaus“

Hernsdorf an der Nordbahn, rechter Bahnaufgang. Inhaber: Karl Dinske. 44822*

herrlicher Garten und Saal, Regelmäßig, Aufspannung, Station für Radfahrer. Familien-Kasche. - Für gute Speisen u. Getränke wird bestens gesorgt. Fernsprecher: Amt Tegel Nr. 162.

Nieder-Schöneweide. Restaurant „Kleiner Kyffhäuser“

Empfehle mein herrlich gelegenes Lokal zu den bevorstehenden Partien. Familien können Kaffee trinken. Gut gepflegte Bier. Gute Küche. Billige Preise. 46102*

Um geneigten Ausdruck bitten
Julius Fischer.

Personen-Dampfer

vermietet sehr billig für Restaurant und Seebad Müggelheimer mit Wiberbusch bei Rahnsdorf und Umgebung. Abfahrt Michaelbrücke. Reddigs Reederei: Restaur. Karl Brandt, Alexanderstr. 13, und August Hoppe, an der Michaelbrücke, Ecke Holzmarktstrasse. 45842*

NESTLE'S Kinder-mehl

Unübertroffen bei Brechdurchfall Diarrhoe Darmkatarrh Vorrätig in Apotheken, Drogerien, Colonialw.

Die höchste Temperatur

gibt **MERKUR**

Vorzügliche Dauerbrand- Kessel- und Feuerung. Billigstes Heizmaterial

MERKUR gibt die höchste Temperatur!

Alleinverkauf für Berlin und Provinz Brandenburg durch: **Dahlmann & Co., Berlin NW., Holsteiner Ufer 8.**

Marienburg Geld-Lotterie

Ziehung schon 14., 15. u. 16. April. 8940 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar, im Betrage von Mark

355 000

Hauptgewinn:

60 000 M.

Lose à 3 M. (Porto u. Liste 50 Pf.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H. Bank-Geschäft Berlin W., Friedrichstr. 181.

Filialen: NW. Wilsnackerstr. 63, O. Andreasstr. 44 a., 80. Oranienstr. 177.

Leihhaus

verkauft täglich zu enorm billigen, festen Preisen

Herren-Anzüge 8,50 - 30 M. - feine Qualität -

Paletots 7,50 - 25 M. prima

Hosen 2 - 9 M. prima

Kellner-Anzüge 11 M.

Leihhaus Friedrichstr. 131d

1. Etage, Ecke Karlstrasse, Eingang nur Friedrichstr.

NB. Beleihung und Ankauf jeder Wertsache.

Inventur-Restverkauf

Nur noch wenige Tage!

Reichgestickte

Portieren

abgepasste

Die komplette Dekoration (bestehend aus 2 Flügeln und 1 Querhang)

in Plüsch 9⁵⁰ (Wert 16,00)

in schwerer Wollserge 6²⁵ (Wert 10,50)

in Victoriatuch 8²⁵ (Wert 13,50)

Eine Partie Wollportieren mit allerliebster Blumenkante per Shawl 2 M.

Teppich-Special-Haus

Emil Lefèvre, Berlin Oranienstr. 158.

Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur-Extralistel gratis u. Katalog mit ca. 600 Illustration. und franco.

Allen Freunden und Bekannten teile ich mit, daß ich das Lokal von Herrn Fritz Preuss, Bellealliance-Strasse 74a, in Vertretung übernommen habe und erlaube, daß mir in meinem früheren Geschäft Raunig-Strasse 6 entgegengebrachte Verkäufe auch hier übertragen zu sollen. 46182*

Wilhelm Krüger Bellealliance-Strasse 74a.



Knaben- und Jünglings-Garderobe
1. d. Alter v. 2-12 Jahre. in reichhaltiger Auswahl am billigsten und schnellsten direkt in der Fabrik von **Karl Bustädt** O., Kopenstr. 85, pt. 2 Rln. v. Schief. Bahnh. Herren-Garderobe nach Maß. Großes Lager in- und ausländischer Stoffe.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Am Sonntagmorgen 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt; die Parteigenossen des ganzen Kreises werden ersucht, sich pünktlich bei Weichardt, Grünstr. 21 und bei Hahn, Stralauerstr. 48, einzufinden.

Die Vertrauensleute. Spandau. Morgen Freitagabend 8 1/2 Uhr findet im Saale der „Flora“, Fischelbörgerstr. 39, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Genosse Steinbach-Hamburg referiert über das Thema: „Unsre Waffen im Befreiungskampfe der Arbeiter.“ Arbeiter! Agitiert für recht guten Besuch!

Ober-Schöneweide. Eine Flugblattverbreitung findet heute abend 7 Uhr von den bekannten Stellen aus statt. Niemand darf bei der Verbreitung fehlen. An den Gemeindevahlen am Freitag beteiligen unsere Parteigenossen sich nicht, da keine Grundbesitzer als Kandidaten vorhanden sind.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Beratung des städtischen Etats wurde auch durch die gestrige Sitzung, trotz ihrer später endlosen Dauer, nicht viel gefördert. Der Hochbau-Etat wurde wider Erwarten ohne jede Debatte angenommen und Stadtbaurat Hoffmann blieb diesmal ungerufen. Aber dann kam der Etat des Obdachs heran, und hier gedachte man einen anderen Hoffmann, den sozialdemokratischen Stadtverordneten, um so gründlicher zu zerzausen. Der Verlauf mihlang vollständig, aber er führte zu einem ungemein heftigen Zusammenstoß zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und dem Magistrat und zu einem Redekampf, der allein 4 1/2 Stunden in Anspruch nahm.

Die mihlichen Verhältnisse des städtischen Obdachs sind bekannt. In der Stadtverordneten-Versammlung sind sie oft genug von unseren Parteigenossen zur Sprache gebracht worden, und der „Vorwärts“ hat manches schlimme Vorkommnis aus dieser Stätte des Elends veröffentlicht. Um wenigstens dem Platzmangel im Obdach ein Ende zu machen, ist wiederholt vorgeschlagen worden, die dort untergebrachte Station für Geschlechtskranke aus der Anstalt zu entfernen und die frei werdenden Räume zur Belegung mit Obdachlosen herzurichten. Auch in der gestrigen Sitzung lag zum Obdach-Etat ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor, der diese Maßregel empfahl. Genosse Hoffmann begründete den Antrag in durchaus sachlicher Rede mit einer eingehenden Schilderung der in der Anstalt herrschenden Mhstände. Am Magistratsstisch lächelte man dazu, in den Reihen der freisinnigen Stadtverordneten wurden Mihe gerissen, und durch Zwischenrufe aller Art beludeten die Herren ihre Ungebild. Sie wollten keine sachliche Erörterung, sie gierten nur nach dem einen, was in ihren Kreisen für diese Sitzung erwartet wurde: nach Nadau.

Mabau versprach man sich von der Erörterung einer Maßregel, die der für das Obdach und das Arbeitshaus verantwortliche Magistrats-Dezernent Stadtrat Fischbeck in der letzten Sitzung des Stadtverordnetens gegen zwei in dieser Verwaltungsdeputation sitzende Stadtverordnete, unsere Genossen Hoffmann und Augustin, verhängt hat. Herr Fischbeck hat beiden den ferneren Zutritt zu den genannten Anstalten untersagt. Hoffmann hat, wie man weiß, zusammen mit Augustin einen ungewöhnlichen Eifer entfaltet, Verbesserungen im Obdach herbeizuführen, aber er ist bei der Verwaltung auf Widerstand gestoßen. Was beide bei wiederholten Besuchen des Obdachs beobachtet, haben sie dem Kuratorium unterbreitet, und es ist danach im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Als das alles nichts half, haben sie sich schließlich unter Umgehung des Kuratoriums direkt an die Öffentlichkeit gewandt, indem sie die skandalösen Ergebnisse einer von ihnen angeführten erneuten Obdach-Revision sofort durch den „Vorwärts“ bekannt gaben. Die Antwort des Herrn Fischbeck war das Zutrittsverbot. Trotz Herrn Fischbecks Abneigung dagegen, daß Vorgänge im Obdach und Verhandlungen des Kuratoriums durch den „Vorwärts“ veröffentlicht werden, war über das Zutrittsverbot eine Mitteilung in die freisinnige Presse hineingelockert worden, in der unsere Parteigenossen pflichtwidriges Verhalten dargelegt und ihrer Verteidigung mit Spannung entgegengesehen wurde.

Hoffmann hat den Freisinnigen nicht den Gefallen, auf den Ton einzugehen, den sie in ihren Zwischenrufen anschlugen. Er blieb sachlich bis an das Ende seiner fünfviertelstündigen Rede, aber Herr Fischbeck wies es ihm nicht danken. Die „Verteidigung“, auf die man sich gefreut hatte, wurde zu einer wuchtigen Anklage gegen die selbstherrliche Ueberhebung des Herrn Fischbeck und gegen die ihm zustimmende Haltung der ihr eignes Recht preisgebenden Stadtverordneten-Mehrheit. Herr Fischbeck suchte seine Maßregel zu rechtfertigen, aber da er hiermit wenig Glück hatte, so griff er dreist zu persönlichen Verunglimpfungen. Den sozialdemokratischen Stadtverordneten warf er vor, daß sie mit ihrer Kritik gerade des Obdachs nicht dem Interesse der Stadt dienen, sondern nur nach außen hin agitatorisch wirken wollen. Der Vorsitzende fand für diese Kampfesweise eines Magistratsmitgliedes kein Wort des Tadels. Als aber aus den Reihen der Sozialdemokraten dem Angreifer der Ruf „Unverschämte!“ entgegengeschleudert wurde, gab es einen Ordnungsruf — natürlich nicht für Fischbeck. Herr Fischbeck schimpfte dann auch auf den „Vorwärts“, der die städtische Verwaltung ohne Grund angreife. Er führte einen vom „Vorwärts“ veröffentlichten Fall an, einen einzigen, und widerlegte dann nicht die Sache, sondern höhnte, daß die Person, um die es sich gehandelt habe, ein Jubhälter sei. Das war Herrn Fischbecks Triumph. Als er geendet hatte, lobten die Freisinnigen Weisfall — er hatte ihn in dieser Stärke wohl selber kaum erwartet.

Augustin übernahm es, ihm zu antworten; er zeigte, daß sozialdemokratische Stadtverordnete allerdings die unangenehme Eigenschaft haben, bei ihren Revisionen des Obdachs mehr und Schlimmeres zu finden als Herr Fischbeck und seine Leute. Dann ergriff Herr Oberbürgermeister Kirchner das Wort, um in juristischen und verwaltungstechnischen Ausführungen zu beweisen, daß ein Stadtverordneter als Mitglied einer Verwaltungsdeputation eine komplette Kull ist. Nach seiner Rede wollte man rasch Schluß machen. Singer protestierte energisch gegen diesen Versuch, den Angegriffenen das Wort zur Erweiterung abzuschneiden. Der Schlußantrag wurde abgelehnt, und Singer geistelte dann in einer großen Sallagerede, die für Fischbeck geradezu vernichtend war, das anmaßende Gebahren dieses Herrn im Obdachkuratorium wie in der Versammlung. Zur rechtlichen Lage der Sache wies Singer nach, daß das genaue Gegenteil von dem, was Kirchner gesagt hatte, richtig ist, aber Herr Kirchner blieb bei seiner Auffassung.

Eine förmliche Abschlichtung Fischbecks nahm Stadthagen vor. Im weiteren Verlauf der Debatte stellte sich auch Herr Nathan (Soz.-Fortschr.) auf die Seite der gemäßigteren sozial-

demokratischen Stadtverordneten, während Herr Vamberger im Auftrag der Alten Linken dem Stadtrat Fischbeck vollstes Vertrauen aussprach. Nach 7 1/2 Uhr ergriff noch Genosse Liebsch das Wort, um das Fischbeck'sche Zutrittsverbot als eine Entrechtung, ein Ausnahmefolge gegen die sozialdemokratischen Mitglieder des Kuratoriums zu kennzeichnen. Damit schloß die Debatte, und der Antrag unserer Fraktion wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Abbruch der Heiliggeistkirche. Eines der ältesten Bauwerke Berlins ist die Heiliggeistkirche in der Spandauerstraße 29, Ecke Heiliggeiststraße, deren Abbruch nahe bevorsteht. Diese in dem bekannten märkischen Backsteinstil im 16. Jahrhundert ausgeführte kleine Kirche ist wegen ihres Sternengewölbes und ihres Weibels an der Spandauerstraße in Fachkreisen bekannt. Das Innere der Kirche ist wegen des auf Holz gemalten Eßlins aus der biblischen Geschichte, der sich um die Emporen zieht, beachtenswert. Die Kirche gehört dem Hospital zum Heiligkreuz. Dieses hat vor ungefähr zwölf Jahren den Grund und Boden an die Korporation der Berliner Kaufmannschaft veräußert. Letztere will nun dort die von ihr geplante Handelshochschule errichten und verlangt deshalb den Abbruch der Kirche. Der Magistrat von Berlin als Patron der Kirche und des Hospitals hat ein Interesse an derselben und die Mitglieder des Magistrats beschäftigen deshalb gestern die Kirche. Die Frage, was aus der Kirche, die dem Hospital zum Heiligkreuz noch gehört, wird, ist noch nicht entschieden. Möglicherweise erhält die Garnison-Kirche das Grabmal ihres Predigers und das Märkische Provinzial-Museum die übrigen Altertümer, falls ein Wiederaufbau im neueren Stile, wie es mit dem Buserhäuserer Park und der Gerichtshalle geschehen ist, nicht opportun erscheint.

Vom Gesellschaftsfinn der Polizei. Gestern sprach das Schöffengericht abermals drei Metallarbeiter frei, die sich anlässlich des Gürtler- und Dräckerstreiks als Streikposten gegen die Streikordnung vergangen haben sollten. Auch diese Verhandlung entrollte wieder in gewohnter Reihenfolge dieselben alten Vorgänge: Fortweigerung, Weigerung, Siftierung, Strafmandat und Freispruch. Nach dem Ergebnis der Vernehmung in Duzenden von ähnlichen Fällen sieht es bereits gerichtsnotorisch fest, daß während der ganzen Dauer des Streiks nicht das mindeste vorgefallen ist, was die Polizei irgend einen berechtigten Anlaß zum Einschreiten gegen die Streikposten hätte geben können; vielmehr folgten die Polizeibeamten lediglich einer generellen Anweisung ihrer Vorgesetzten, das Streikpostensystem überhaupt nicht zu dulden, ganz unbefürchtet darum, ob damit ein rechtswidriger Eingriff in das Koalitionsrecht begangen würde oder nicht.

Die fortgesetzten Freisprechungen scheinen auf die Berliner Polizeibehörde auch nicht den allergeringsten Eindruck zu machen, andernfalls bliebe es einfach unverständlich, wie sie die Masse der noch nicht gerichtlich erledigten Strafmandate überhaupt noch aufrecht erhalten kann. Das Vernünftigste wäre doch, diese Strafmandate wieder zurückzuziehen, noch ehe sich die Gerichte damit beschäftigen müssen. Es würden dann den betreffenden Arbeitern die unmäßigen Laufereien und Verdienstverluste, den Gerichten aber die ewigen zeitaubenden Streichklaxieren und dem Staate die Gerichtskosten erspart. Doch all dieses scheint der Polizeibehörde herzlich gleichgültig zu sein. Nun, was die Arbeiter anbelangt, so halten sie es in dieser Hinsicht schon mit der Polizeibehörde aus; sie werden nach wie vor alle gesetzlichen Mittel in Anwendung bringen, um jeden rechtswidrigen Eingriff der Polizei-Organe in das Koalitionsrecht zurückzuweisen — trotz der persönlichen Scherereien und der damit verbundenen Unkosten.

Am Regierungstisch aber, wo man nicht genug darüber klagen kann, daß der Sinn für Gerechtigkeit in der Bevölkerung immer mehr schwinde, sollte man sich doch endlich einmal darüber klar werden, daß es geradezu von verheerender Wirkung sein muß, wenn die Organe des Staates selber in dieser Hinsicht das allerschlechtesten Beispiel geben.

Die öffentlichen höheren Schulen der Vororte Berlins erfahren zu Beginn des Sommerhalbjahres 1904 wieder eine Vermehrung. In Wilmersdorf wird eine neue höhere Mädchenschule eröffnet, in Steglitz gleichfalls eine höhere Mädchenschule und in Neu-Weißensee eine Reformschule (Realschule) neben Realschule. Die Vorortgemeinden Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Grunewald, Friedenau, Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zehlendorf, Nixdorf, Vohagen-Dammelsburg, Neu-Weißensee, Pantow, Tegel werden dann im Schuljahr 1904/05 zusammen 84 öffentliche höhere Lehranstalten haben, wobei das königl. Joachimsthalsche Gymnasium zu Wilmersdorf und das königl. Prinz-Heinrichs-Gymnasium zu Schöneberg gezählt ist. Unter diesen Lehranstalten sind 9 Gymnasien, 5 Realschulen, 1 Real-Programm, 3 Ober-Realschulen, 5 Realschulen, 5 Reformschulen (Realschule oder Ober-Realschule neben Gymnasium oder Realschule), 6 höhere Mädchenschulen (davon zwei mit Realschulabteilung). Berlin hat gegenwärtig 46 öffentliche höhere Lehranstalten, nämlich 15 Gymnasien, 8 Realschulen, 2 Ober-Realschulen, 13 Realschulen, 8 höhere Mädchenschulen. Reformschulen giebt es in Berlin nicht. Hiernach wird Groß-Berlin im kommenden Schuljahr 80 öffentliche höhere Lehranstalten haben und 1 höhere Mädchenschule hinzugekommen, dagegen sind in den oben genannten Vororten in demselben Zeitraum genau 25 Anstalten neu eröffnet worden.

Zu der Heilsanfalt Berlin haben die Patienten am verflohenen Sonntag ein frühlingssfest gefeiert, das den zahlreichen Besuchern eine anregende Unterhaltung bot. Auf dem reichgeschmückten Zummelplatz wechselten Gesangsvoorträge mit verschiedenen Spielen ab; am Abend erfolgte ein Fackelzug durch die mit Lampions geschmückten Gänge des Waldes die schöne Veranstaltung.

Die „Kreuz-Zeitung“ leitet eine Lokalnotiz, die auch wir gestern brachten, in wunderlicher Weise ein. Sie schreibt: „Die dem „Vorwärts“ und dem „Berliner Tageblatt“ so unangenehme verschärfte Beaufichtigung der Stadtbahn hat schon mancherlei Kräfte getragen, aber die Auspflünderung schlafender Reisender nimmt kein Ende.“ Vielleiht ist die „Kreuz-Zeitung“ so freundlich, uns zu sagen, warum eine verschärfte Beaufichtigung der Stadtbahn und unangenehm ist. Wir sind ja gewiß große Sinder vor dem Herrn und wollen gern bekennen, daß Kartoffelkäule, starker Wottenschlag und andre Himmelsplagen wesentlich unserm Konto zuzuschreiben sind. Aber die Diebe in der Stadtbahn haben wir, wie eine Durchsicht unrer Geheimakten ergibt, wirklich nicht unter unrer Botmäßigkeit.

Wegen Strafenraubes ist ein mehrfach bestraffter Mann Namens Karl Richter festgenommen worden. Ein Maurer aus der Provinz kam nach Berlin und hoffte bei der regen Bauhätigkeit hier Arbeit zu finden. Auf dem Lehter Bahnhof trat ein Mann an ihn heran und erbot sich, ihm Unterlunt zu verschaffen und den Koffer zu tragen. Als der Maurer erklärte, daß er willens sei, sich selbst ein Duzettier zu suchen, entriß ihm der „fliegende Gepädträger“, der ein Stück Weges neben ihm hergegangen war, plötzlich den Koffer, schlug ihn mit der Wasserröhre, die darauf lag, über den Kopf und eilte davon. Obwohl sich der Geschlagene bald erholtte und ihm nachsah, entkam der Räuber doch, indem er seinen Vorsprung ausnutzte, eine Ladetreppe an der Alkenbrücke hinunterstief und am Spreeufer verschwand. Auf der Flucht aber verlor er einen Entlassungsschein,

den er nach Verbüßung seiner letzten Gefängnisstrafe erhalten hatte und immer noch bei sich trug. Polizeibeamte, denen der Verabte sein Leid klage und die ihm schleunigst eine Streife veranlaßten, fanden den Schein und wußten jetzt, daß sie es mit Richter zu thun hatten. Dieser wurde bald ermittelt und festgenommen, wo er aber den Koffer gelassen hat, weih man noch nicht. Der Verlust ist für den Maurer um so empfindlicher, als der geraubte Koffer alle seine Werkzeuge und Kleidungsstücke enthält. Vielleiht hat jemand gesehen, daß der Räuber ihn irgendwo weggeworfen hat, auf einen Kahn oder auch in die Spree.

Der Prozeß Kube. Der vor der Strafkammer des Landgerichts I für nächsten Freitag angelegte Termin zur Hauptverhandlung in der Strafsache Kube und Genossen erregt in medizinischen Kreisen großes Interesse, so daß die Besuche um Eintrittskarten zahlreich eingegangen sind. Die auf Körperverletzung und fahrlässige Tötung lautende Anklage richtet sich gegen Fräulein Minna Kube in Charlottenburg, den in der Vesselfstraße in Berlin wohnhaften praktischen Arzt Dr. Adolf Schlesinger und den praktischen Arzt Dr. Fred Colemann in Charlottenburg. Die Verhandlung wird im großen Schwurgerichtssaale stattfinden. Fräulein Kube ist Leiterin der „Elektrischen Lichtanstalt“ und des Naturheilbades „Ophtha“ in Charlottenburg, Berlinerstr. 128. Eine Zeittang war Dr. Schlesinger und nach ihm Dr. Colemann daselbst als dirigierender Arzt thätig. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, bei zwei Frauen, die sich wegen Unterleibsleidens in die Behandlung der Anstalt begeben hatten, durch falsche Diagnose, unangebrachte gynäkologische Massage und durch schwere Kunstfehler höchst unglückliche Komplikationen hervorgerufen und sie dadurch in ihrer Gesundheit geschädigt zu haben. In einem dritten Falle werden sie unter denselben Voraussetzungen für den Tod einer Patientin verantwortlich gemacht. Den Vorsitz im Gerichtshofe wird Landgerichts-Direktor Hoffeinz führen, die Verteidigung haben die Justizräte Bronner und Dr. Sello und Rechtsanwalt Dr. Werthauer übernommen. Als Sachverständige sind Dr. med. Speyer, Professor Dr. Landau, Professor Dr. Dähren, Sanitätsrat Dr. Grochmann und die praktischen Ärzte Dr. Koefler, Dr. Weyl, Dr. Lehmann, Dr. Wedelind geladen.

Eine Reform des Pfandwehwens soll durch eine Petition der verschiedenen Organisationen des Kleinwerbes angeregt werden. Auf Grund eingehender Erhebungen über die Mhstände in den Leihhäusern, insbesondere über die damit verknüpfte Schädigung des Kleinhandwerbes und Kleinwerbes werden folgende Reformen vorgeschlagen:

1. Der öffentlichen Leihhäusern soll das ihnen jetzt zustehende Recht der Verweigerung kostenloser Herausgabe gestohlener Wertfachen entzogen werden.
2. Allen Leihhäusern soll streng unterlagt werden, größere Posten neuer Waren zu beliehen, sobald nicht der Nachweis erbracht wird, daß sie tatsächlich Eigentum des Entleiheres sind. Im letzteren Falle soll jedoch dem Verpänder die Möglichkeit geboten werden, kleinere Posten des verletzten Gutes wieder einzulösen, da auf diese Weise der Zusammenbruch mancher kleinen Geschäftsmannes verhütet werden könnte.
3. Die Verletzung größerer Warenmengen von auswärts muß verboten werden.
4. Der Handel mit Pfandfcheinen ist unter Strafe zu stellen.
5. Die Leihhaus-Auktionen sollen thumschäftlich eingeschränkt, insbesondere die Ringbildungen von Händlern und Trödlern unterdrückt werden.
6. Die Zahl der öffentlichen Leihhäuser soll vermehrt, die der Privatpfandheihen möglichst eingeschränkt werden.

Mittelalter. Ein ehliches Begräbnis ist nachträglich der mutmaßlich ermordeten Ehefrau des Barbiers und Photographen Walter zu teil geworden. Als ihr Leichnam, der mittels eines Strides an einem Baum gebunden war, in der Nähe des Döberiger Paradenlagers gefunden wurde, nahm man zuerst Selbstmord als Todesursache an, und die Tote wurde in der „Selbstmörderdecke“ des Dallgotter Kirchhofs begraben. Nachdem später der dringende Verdacht entstanden, daß die Frau ermordet worden, ist die Leiche wieder ausgegraben und in der ordentlichen Reihe der andern Grabstellen des Dorfkirchhofs beigesetzt worden.

Vielleicht bisher leidlich kirchensläubige Menschen mögen dadurch, daß die Kirche unglückliche Selbstmörder noch im Tode straft, zum Nachdenken gebracht werden und zu dem Entschluß kommen, daß sie am besten thun, einem Hort der Intoleranz den Rücken zu kehren?

Mit Chantali vergiftet hat sich heute morgen der Volontär Edmund Spanier, der bei dem Wässhennacher Gähler in der Friedrichstraße 28 ein möbliertes Zimmer bewohnte. Der junge Mann ist der Sohn eines hohen Eisenbahnbeamten in Holland. Er kam vor drei Jahren hierher, um bei einem Zahnarzt als Volontär einzutreten und war dort auch jetzt noch. In der letzten Zeit war er niedergeschlagen, ließ sich aber über die Ursache nicht aus. Man vermutet, daß es sich um ein heimliches Liebesverhältnis handelt. Als seine Dirin ihm heute morgen den Kaffee bringen wollte, fand sie ihn tot im Bette liegen. Auf dem Tische stand ein Gefäß mit einem Rest von Chantali.

Der Rettenbruch des eisernen Vorhangs, welcher am Sonntag im Metropol-Theater die Vorstellung der neuen großen Ausstattungs-Revue „Ein tolles Jahr“ eine halbe Stunde zu früh zum Abbruch brachte, ist sofort von den Schmiedearbeitern wieder repariert worden. Der Vorhang funktioniert, wie die Direktion mitteilt, gegenwärtig in der alten ordnungsmäßigen Juberlässigkeit. Es sei noch bemerkt, daß die Eisen-Courtime im Gewicht von 5000 Kilo sowohl bei der Nachmittags-Aufführung der Freien Volkshöhne wie bei der Abend-Vorstellung unter der feuerpolizeilichen Vorkontrolle sich tadellos behauptet hatte. Somit solle auch jede Verantwortlichkeit für den plötzlichen Abbruch der Vorstellung sowohl bei der Bühnenleitung wie bei der polizeilichen Kontrolle weg.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstagnachmittag in den Daimler-Motoren-Werken zu Marienfelde. In der Dreherei des Meisters S. war ein Revolververbreher bemüht, einen Riemen auf eine Scheibe der Transmission aufzulegen. Dabei rutschte der Riemen über die Scheibe hinweg nach der andren Seite hinunter; weil die nächste Riemen-scheibe aber in fahrlässiger Weise näher an die erste Scheibe angebracht war als weil der Riemen breit war, klemmte der Riemen sich in diesem Spalt fest, verwickelte sich durch die Umwindungen der Transmission und zerbrach dadurch das zugehörige Vorgelege. Dessen Lagerböde schlugen einem untenstehenden Schlosser mit solcher Gewalt gegen den Kopf, daß es ein Wunder ist, daß der Betreffende nicht sofort den Geist aufgab. An dem Aufkommen des Verletzten wird gezweifelt. Charakteristisch ist, daß nachdem das Unglück geschehen war, sofort Mah zu neuen Riemen-scheiben genommen wurde, die eng aneinander stoßen sollen, damit kein Riemen mehr dazwischen geraten kann. In der ganzen Abteilung sind bis jetzt die Scheiben leichtsinnig angebracht. — Wenn das Kind in den Brunnen gefallen, dealt man ihn zu. Wo ist der Gewerbe-Inspektor?

Festgenommen wurde die wiederholt vorbestrafte Sprachlehrerin und verehelichte Laura Whitten, am 30. Juli 1886 zu Amiens geboren. Sie hat gewerbsmäßig in Hotels und Pensionaten, wo sie wohnte und lebte, Schwindelscheine verübt, indem sie ohne Zahlung zu leisten verschwand. Die Whitten hat ferner Personen, die bei ihr Sprachunterricht nehmen wollten, vorher das Unterrichts-geld abgenommen und dann nichts mehr von sich hören lassen. Da anzunehmen ist, daß die Whitten noch in andren, bisher nicht bekannten Fällen, solche oder ähnliche Schwindelscheine begangen hat, so werden Personen, die von der Whitten betrügerisch geschädigt sind, aber Anzeige noch nicht erstattet haben, ersucht, sich baldigst bei einem der Polizeiviertel oder der Berliner Kriminalpolizei im Dienstgebäude am Alexanderplatz zu melden.

Die hygienischen Vorträge der Centralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte werden auch in diesem Jahre in den Aulen der städtischen Gemeindefschulen abgehalten. Die Vorträge beginnen abends 8 Uhr. Das Thema für Donnerstag, den 24. d. M., lautet für Berlin: „Ursache und Verhütung der Schwindsucht“ und wird in folgenden Schulen gehalten werden: Drangelstr. 128, Reibstr. 31/32, Luisenstr. 115 (Eingang auch Stephanstr. 27) und Schönhauser Allee 106a. Ferner wird das Thema: „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“ in Lichtenberg bei Berlin, Kronprinzenstr. 10, besprochen. In Neu-Weichensee bei Berlin lautet das Thema: „Körperbeschaffenheit und Berufswahl“ und wird gehalten in der Aula der Gemeindefschule, Langhansstr. 120. — Für Freitag lautet das Thema für Berlin: „Körperbeschaffenheit und Berufswahl“ und wird in folgenden Schulen gehalten: Gneisenaustraße 7, Tüftlerstr. 4/5, Pankestr. 8. In Pankow, Schmidtstr. 11, lautet das Thema: „Ueber Ernährung und Abkürzung“. — Sämtliche Vorträge sind unentgeltlich.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania finden heute und Sonnabend Wiederholungen des dekorativ und wissenschaftlich ausgestatteten Vortrages „Das Land Tirol, Berg- und Thalsoveränderungen“ statt. Am Freitagabend wird der mit zahlreichen farbigen Bildern und Wandpanoramen ausgestattete Vortrag „Frühlingstage an der Riviera“ gehalten. Sonnabendnachmittag spricht Herr Dr. Schwan über: „Gletscher und Eiszeit“. Im Vorlaufe wird heute Herr Professor Müller einen Vortrag: „Die niederen Lebensformen“ halten. Es ist dies der erste Vortrag eines Gynasiums von vier Vorträgen: „Der Kampf ums Leben in Tier- und Pflanzenwelt“. Der Vortrag: „Radium“ wird von Herrn Dr. Donath voraussichtlich zum letztmal in der Urania-Steruware in der Invalidenstrasse am Freitagabend 8 Uhr gehalten werden.

Aus den Nachbarorten.

Der Stadtverordneten-Vorsteher Gustav Müller in Schöneberg, der am Sonnabend im schwersten Zustande aus Monte Carlo zurückgekehrt ist, ist Dienstagabend im Alter von 58 Jahren gestorben. Müller war, nachdem er den deutsch-französischen Krieg mitgemacht hatte, Inspektor auf dem dem Prinzen Friedrich Karl gehörigen Gute Düppel gewesen. Ende der siebziger Jahre siedelte er nach Schöneberg über, gründete hier ein Feuragegeschäft, das er später verkaufte und widmete sich der kommunalpolitischen Thätigkeit. Als Schöneberg im Jahre 1898 die Stadtrechte erhielt, wurde Müller, der bis dahin Gemeindefürsorge war, zum Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung gewählt.

In Wilmersdorf finden die Wahlen zur Gemeindevertretung für die dritte Abteilung heute, Donnerstag, den 24., Freitag, den 25., und Sonnabend, den 26. März, je von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 4 bis 8 Uhr nachmittags im Victoriagarten, Wilhelmstraße 114, statt. Der Wahlmodus ist insoweit etwas verändert, als die bei den Wahlen von 1902 gemachten Korrekturen zu vermeiden sind und daher jeder Wähler bei der Abgabe seiner Stimme noch besonders zu bemerken hat, für welche Kategorie der einzelnen auscheidenden Gemeindevertreter er jeden seiner Kandidaten gewählt sehen will. Zu wählen sind in der 3. Abteilung sechs Gemeindevertreter. Es sind von sozialdemokratischer Seite aufgestellt 1. zur Wahl auf sechs Jahre als Ergänzung a) für die turnusmäßig auscheidenden Gemeindevertreter: Apotheker Oskar Adler und Gastwirt August Katuski, b) für die ausgetretenen Gemeindevertreter: Stukkateur Max Giesler und Gastwirt Paul Hilpert; 2. auf vier Jahre als Ersatz: Drechsler Emil Riefer, 3. auf vier Jahre zur Vermehrung: Redakteur Wilhelm Schröder. Es ist erforderlich, daß die Kandidaten am Wahltag genau in der Reihenfolge gelesen werden, in der sie hier und auf den Wahllokal verzeichneten Stimmzetteln verzeichnet stehen. Die Parteigenossen in Berlin werden ersucht, ihre dort arbeitenden Kollegen aus Wilmersdorf an ihre Wahlpflicht zu erinnern.

Johannisthal. Von einem Streit des Gemeinde-Rassendankenden Minad und des Gemeindefürsorge Kluge in Nieder-Schöne-weide wußten Berliner Blätter zu berichten. Ursache des Streits sei die Kürzung der Gehälter von 400 auf 375 M. und von 800 auf 600 M. gewesen. Das Gehalt Gemeindevorsteher Theitge sollte ebenfalls von 2400 auf 1800 M. reduziert worden sein, doch habe dieser Mann sich eine Erklärung darüber, ob er sich mit den beiden Streitenden solidarisch erklären werde, vorbehalten. — Die Angelegenheit liegt wesentlich anders. Die Gemeinden Grünau, Adlershof, Alt-Glienide, Nieder-Schöne-weide, Johannisthal und Rudow haben einen Zweierverband zur Durchführung einer gemeinsamen Kanalisation gegründet. Zum Vorsitzenden dieses Verbandes wurde der Gemeindevorsteher Theitge Nieder-Schöne-weide gewählt. Das Amt wird ehrenamtlich verwaltet, doch wurde von den Delegierten als Entschädigung der Betrag von 2400 Mark pro Jahr festgesetzt. Außerdem wurde der Gemeindefürsorge Minad in Nieder-Schöne-weide mit den Kassengeschäften betraut; seine Entschädigung für diese Nebenarbeit wurde auf 400 Mark bemessen. Der Gemeindefürsorge Kluge in Nieder-Schöne-weide hatte die schriftlichen Arbeiten zu verrichten und erhielt dafür 800 Mark, außerdem wurde noch eine Summe von 500 Mark für Schreibhülfe festgesetzt. Theitge erhält als Gemeindevorsteher ein Gehalt von 4000 Mark und freie Wohnung, Minad als Gemeindefürsorge über 3000 Mark und Kluge als Gemeindefürsorge rund 2500 Mark, so daß dieser ehrenamtliche Nebenverdienst eine ganz willkommene Zulage zu dem ohnehin nicht zu lärglichen Gehalt darstellt, zumal die meiste Arbeit doch in den einzelnen Gemeinden ausgeführt wird. Schon bei der vorjährigen Festsetzung des Ehren-Nebenverdienstes für den Gemeindevorsteher Theitge machte sich eine starke Opposition geltend, da die einzelnen Gemeinden durch die Ausführung der Kanalisation bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden und außerdem die wirkliche Arbeit von den beiden Unterbeamten, denen außerdem noch der Betrag von 800 M. für Schreibhülfe zur Verfügung stand, verrichtet wurde. Daß Herr Theitge außer seiner mit 4000 M. bezahlten Arbeit als Gemeindevorsteher noch ein weiteres Arbeitspensum für 2400 M. leisten konnte, wurde damals schon bezweifelt. Aus diesem Grunde scheint sich auch Herr Theitge seinen Entschluß, ob er sich mit den beiden Streitenden solidarisch erklären oder in die Reduzierung seines Ehrengehälts von 2400 auf 1800 M. willigen werde, vorbehalten zu haben. Zur diesjährigen Etatsberatung im Zweierverband war den Delegierten aus Johannisthal nun auf einstimmigen Beschluß der Gemeindevertretung der Auftrag gegeben, dafür einzutreten, daß das Gehalt des Vorsitzenden auf 1000 M. festgesetzt werde. Dieser Anregung sind jedoch die Delegierten aus den anderen Orten nicht nachgekommen, sondern haben in gemeinsamer Sitzung das Gehalt auf 1800 M. festgesetzt und bei den Entschädigungen für die beiden Unterbeamten ebenfalls, allerdings wohl nur, um nicht den Vorsteher allein zu bedenken, Abstriche vorgenommen. Eine erfolgreiche Lösung dieses Streites dürfte sich nur dadurch ermöglichen lassen, daß die ehrenamtliche Verwaltung beseitigt und eine besondere Stelle geschaffen wird.

Treptow-Dammshulweg. In der ersten Wählerklasse ist der Kommerzienrat Weermann wiederernannt worden und zwar mit drei Stimmen. In der zweiten Klasse kamen die Kandidaten Woodorf und Göbe mit 16 und 15 Stimmen ins Ortsparlament. — Im Planterwald werden in diesem Jahre die Promenadenwege weiter vermehrt. Ebenso soll ein großer Spielplatz zwischen Dammweg und Eichwischweg angelegt werden. Allerdings wird dies nicht so schnell gehen; die auf dem Gelände stehenden Bäume und Sträucher sollen für die Parkanlagen Berlins verwendet werden. Die Spreeweg-Promenade von der Baumshulwegstraße bis zum Fierzhauschen soll mit einem eisernen Schutzgitter versehen werden.

Lichtenberg. Die Etatskommission hat ihre Arbeiten zum Abschluß gebracht und schlägt nur unwesentliche Änderungen vor. Das Grundgehalt der Lehrertinnen soll von 1000 auf 1100 M. er-

höht, die Alterszulage für alle Lehrer 225 statt 200 M. betragen und der Mietzuschuß für die Wittoren auf 700 M. statt auf 600 M. bemessen werden. Die Petitionen der Gemeindebeamten wurden insoweit berücksichtigt, daß man 13 000 M. zur Erhöhung der Anfangsgehälter einsetzte. Den Laternenwärttern sollen im ganzen 150 M. als Zulage gewährt werden; die Anträge der im Bauwesen, in der Gasanstalt und im Wasserwerk beschäftigten Gemeinde-Angestellten werden weiter erwogen werden. Die Gemeinde-Arbeiter sind wieder damit vertröstet worden, daß ihren Wünschen eine besondere Prüfung zugebracht werde. Die Arbeiter verlangen Arbeiterauschüsse, Abschaffung der 24 Stunden währenden Beschießung bei den Gasofenarbeitern und Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld im Falle der Erkrankung. Eine Stimmung dafür, den Privatunternehmern durch Gewährung dieser Forderungen ein schlechtes Beispiel zu geben, ist nicht vorhanden. Mehr Glück hatten die armen Grundbesitzer. Die Herren bewilligten sich selbst die Abstriche von den vorgeschlagenen Gehaltserhöhungen insoweit als sie einen Erlaß von einem Zehntel Prozent der Grundwert-Steuer beschloffen, nachdem sie vorher schon ein halb Prozent der Kanalisationsabgabe weniger eingezogen hatten. Dies leuchtende Beispiel von Bescheidenheit und Selbstlosigkeit wurde mit der immer entfehliger werdenden Notlage des Grundbesitzes gerechtfertigt.

Nowawes. Die Vorarbeiten zur Kanalisation unseres Ortes scheinen nun doch endlich in etwas regeren Fluß zu kommen. Die Gemeindevertretung hatte beschloffen, am 1. April 1905 mit der Ausführung zu beginnen und zwar auf der Basis eines vor mehreren Jahren ausgearbeiteten Projektes, wonach die Kanalisation mit der Gemeinde-Neuendorf gemeinschaftlich ausgeführt werden soll, obwohl die Vertretung des letzteren Ortes bezüglich des Beginnes der Arbeiten denselben Beschluß gefaßt hatte wie Nowawes, wollte man von einer gemeinschaftlichen Kanalisation dort nichts wissen. In den gemeinsamen Sitzungen, welche die beiderseitigen Kommissionen hatten, konnte keine Einigung erzielt werden, da sich die Neuendorfer auf den Standpunkt stellten, mit Nowawes in dieser Sache nichts zu thun haben zu wollen. So wäre es für beide Orte wohl kaum möglich gewesen, ihre Beschlüsse auszuführen, da ein anderes Projekt schwerlich genehmigt worden wäre. Nun hat kürzlich wieder eine gemeinsame Kommissionierung unter Teilnahme des Direktors Hammann vom Landratsamte stattgefunden, in welcher nach einer außerordentlich heftigen Debatte eine Unterkommission gewählt wurde. Landesbaurat Tesow, der ihr als technischer Beirat angehört, soll sich mit der Potsdamer Verwaltung in Verbindung setzen behufs Anschluß von Nowawes-Neuendorf an das dortige Netz. Falls Potsdam gewillt ist, eine solche Verbindung einzugehen, soll ein Projekt ausgearbeitet und den Gemeindevertretungen zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Gerichts-Zeitung.

Eine Privatbeleidigungsklage, die der Reichstags-Abgeordnete, früherer Prediger Krösel gegen den Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“, Professor Dr. Kropatschek angestrengt hatte, gelangte gestern vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Anfang Juli v. J. erschien in der „Kreuz-Zeitung“ ein Artikel, worin die Frage erörtert wurde, wie es möglich geworden war, daß der Wahlkreis Phryg, der seit vielen Jahren im Besitze der Konservativen gewesen war, diesen hatte entrisen werden können. Es wurde ausgeführt, daß dies an der Agitation des antisemitischen Kandidaten, des Pfarrers Krösel gelegen habe. Es wurde behauptet, daß Krösel die Agitation in schamloser, hegeirischer Weise betrieben, dem Volke Versprechungen gemacht habe, an deren Erfüllung nicht zu denken sei, selbst mit den Sozialdemokraten gesiebelängelt, ihnen die Hand gedrückt habe u. s. w. Auf Grund dieser Behauptungen strengte Pfarrer Krösel die Beleidigungsklage an. Er führte im Termine seine Sache selbst, während der Beklagte, der vom persönlichen Erscheinen entbunden war, sich durch den Rechtsanwalt Mackell vertreten ließ. Kläger führte zur Begründung seiner Klage aus, daß er den Beweis dafür antreten könne, daß sämtliche, seine Wahlagitator betreffende Behauptungen unwahr seien. Der ganze Artikel sei in der Form beleidigend und lasse auch die beleidigende Absicht nicht verkennen. Er habe schwere Nachteile durch den Artikel gehabt, viele ehemalige Freunde hätten sich von ihm abgewandt. Von Wahrnehmung berechtigter Interessen könne nicht die Rede sein, denn ein Wahlkreis gehöre nicht einer bestimmten Partei, und wenn sie ihn noch so lange in ihrem Besitze gehabt, sondern lediglich den Wählern. Er werde in dem Artikel als ein gewissenloser Agitator hingestellt, der mit seinen Reden das Volk vergifte, und das sei schwer beleidigend. Der Vertreter des Beklagten führte aus, daß dieser sich als Leiter des Organes der konservativen Partei in Wahrnehmung freiergeprochener Interessen befunden habe und schon aus diesem Grunde freigesprochen werden müsse. Der Gerichtshof hielt die Ausdrücke „schamlose Hegeirie“ und „wüste Agitation“ für beleidigend und ebenfalls die beleidigende Absicht für vorliegend. Er verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 300 M. und sprach dem Kläger einmalige Publikationsbefugnis in der „Kreuz-Zeitung“ zu.

Aus der Frauenbewegung.

Eine harmlose Dame ist das Fräulein Dr. jur. Anita Augspurg. In einem Artikel in der „Berliner Zeitung“ erörtert sie den in Wagdeburg den Staatsbeamten ausgehenden Austritt aus dem dortigen Konsumverein. Als Mittel dagegen empfiehlt sie, die Ehefrauen der maßgebenden Beamten sollten an Stelle ihrer Ehemänner die Mitgliedschaft erwerben, und erhofft davon das Scheitern der Gewaltakte. Die gute Dame glaubt also wirklich, die preussischen starken Männer werden den Ehefrauen ihrer Staatsklaven gestatten, was sie diesen selbst verweigern. Dabei haben wir es in Sachen schon erlebt, daß sogar den Ehefrauen der Kriegereinsitzer unter Drohung des Ausschlusses des Mannes aus dem Kriegereinsitzer der Austritt aus dem Konsumverein aufgegeben worden ist. Fräulein Dr. jur. kann uns glauben: vor einigen Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches macht preussische Staatskunst nicht Halt. Ob alles so ganz genau stimmt, so wurde ja erst kürzlich von preussischen Ministern erklärt, darauf komme es nicht an.

Versammlungen.

Eine öffentliche Protestversammlung der Schlächtergesellen tagte am 2. März im „Englischen Garten“. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage des Genossen Vortels über „Das Koalitionsrecht der Schlächtergesellen und was ist Streik und Boykott?“ schritt man zum zweiten Punkt: „Allgemeiner Protest gegen die Denkschrift des Deutschen Fleischer- (Meister-)Verbandes an den Beirat für Arbeiterparität betreffs Nichtaufhebung eines Maximal-Arbeitstages“. Hierzu hatte der Verbandsvorsitzende Hensel das Referat übernommen. Die Denkschrift sei freilich wider Willen der Verfasser gutes Material für den Beirat für Arbeiterparität, da in derselben an verschiedenen Stellen vom Vorstand des Deutschen Fleischer-Verbandes zugegeben wird, daß wirklich schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Fleischergewerbe existieren. Die Denkschrift gibt auch zu, daß durch das Eingreifen gesetzlicher Maßnahmen so mancher Mißstand beseitigt werden könnte, macht sich aber großen Kummer, daß die Gesellen und Lehrlinge durch die Auflösung der häuslichen Gemeinschaft in „Kathedralen“ (11) schlechte Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse hineingedrückt werden könnten. Diejenigen Fleischergesellen, welche sich gezwungen fühlen, mit Anträgen betreffs Abschaffung der miserablen Arbeitsverhältnisse an die Regierung heranzutreten, bezeichnet die Denkschrift als solche, die die „Verelendung der Massen“ (1) als Mittel zum Zweck betreiben. Der Referent ermahnt alle Kollegen, sich von ihrem

Streben nach Organisation durchaus nicht abbringen zu lassen, wenn auch in der Denkschrift angeführt wird, es liege keine Veranlassung vor, die Arbeitszeit im Fleischergewerbe gesetzlich zu regeln. Vom Deutschen Fleischer-Verband könne man nichts weiter als fortgesetzte Unterdrückung der Gesellen und Lehrlinge erwarten. Beweise, daß derselbe wirklich schon etwas zur Kürzung der Arbeitszeit gethan habe, könne derselbe nicht liefern. Im Gegenteile will man den Bundesrat durch eine weitere „Denkschrift“ erjuchten, die Sonn- und Feiertagsarbeit noch weiter auszu dehnen, als dies bisher der Fall sei. Gegen derartige Maßnahmen muß Protest erhoben werden, wenn die Fleischergesellen in ihrer sozialen Stellung nicht noch tiefer herabgedrückt werden sollen. Hensel verweist schließlich auf die in der letzten Versammlung gefaßte Resolution, ermahnte zum festen Zusammenhalt und schloß unter Brausendem Beifall. Die Diskussion war eine überaus lebhafte und hielt sich im Rahmen des Referates. Unter Verschiedenem wurde festgestellt, daß von den über 200 Briefen, die Einladungen zur Versammlung erhielten, viele die Gesellen nicht erreichten. Da dieselben nicht an den Absender retour kamen, wurde angenommen, daß sie von den Arbeitgebern unterschlagen sind, was um so leichter der Fall sein kann, da die Briefe offen als Druckfachen zum Versand kamen. Der Vorstand des Centralverbandes wird nunmehr probeweise derartige Einladungen weiter verschicken, um feststellen zu können, wer dieselben unterschlägt. Alsdann soll gerichtlich vorgegangen werden. Es schlossen sich wiederum eine Anzahl Kollegen dem Verbands an.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. In der Branchenversammlung der Bürsten- und Pinselmacher gab Wiese den Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission und konnte konstatieren, daß die Zahl der im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisierten Kollegen im Steigen begriffen ist. Im Anschluß hieran wurden Rahn, Schleif und Sorge in die Werkstatt-Kontrollkommission gewählt. Werkstatt-differenzen sollen dem Obmann Wiese, Neu-Weichensee, Sedanstraße 34 oder Franz Bauer, Swinemünderstraße 49 gemeldet werden.

Vermischtes.

Tod eines Stierkämpfers. Ein berühmter spanischer Matador, Antonio Fernandez, wurde in Ciudad Juarez, einer Stadt an dem mexikanischen Ufer des Rio Grande, das Opfer seines Berufes. Die Nachricht, daß der berühmte Stierkämpfer auftreten werde, hatte eine gewaltige, zum großen Teil aus Mexikanern bestehende Volksmenge angezogen, zu der sich aber auch etwa 1000 Amerikaner gesellten, um dem scheinlichen Schauspiel beizuwohnen. Nachdem zunächst einige weniger bekannte Stierkämpfer minderwertige Tiere in roher Weise abgeschlachtet hatten, stellte sich der lebhaftem Beifall Antonio Fernandez einem jungen Stier entgegen, den man dadurch wütend gemacht hatte, daß man ihm Stachel-draht in den Leib bohrte! Der Stierkämpfer entkam mit großer Gewandtheit immer in dem letzten Augenblick den wütenden Angriffen des Tieres. Dieses wendete sich aber plötzlich ab und gegen einen Toreador, der verloren gewesen wäre, wenn nicht Fernandez mit großer Gewandtheit die Aufmerksamkeit des Stieres wieder auf sich gelenkt hätte. Die Zuschauer jubelten, aber noch war der Jubel nicht verklungen, als der Kämpfer ausglitt. Im nächsten Augenblick riß der wütende Stier dem gefallenen Gegner die Eingeweide aus dem Leibe, spielte den verbluteten Körper dann auf seine Hörner und trug ihn so vor den Augen der entsetzten Zuschauer in der Arena umher.

Als eine neue Auflage des spanischen Schachschwindels kann man am Ende folgende Meldung aus Rio de Janeiro auffassen. Der vergraben große Schach der Zukas, nach welchem seit Jahrhunderten gesucht wurde, ist bolivianischen und peruanischen Zeitungen zufolge in Bolivien gefunden worden. Der Wert der vergrabenen Kostbarkeiten, die von einer Abteilung englischer und amerikanischer Ingenieure bei Chayaltaya gefunden wurden, wird auf 70 Millionen Mark geschätzt. Unter den Eingebornen der Gegend herrscht große Aufregung, da unter ihnen der Glaube verbreitet ist, daß noch weitere Schätze im Werte von über 100 Millionen Mark in der Nähe der Fundstelle vergraben sind.

Auf den Kosten wütete fünf Tage lang ein überaus heftiges Sturm, der große Verkehrsstörungen verursachte. Zahlreiche Boote sind verloren oder beschädigt. Mehrere Menschen haben das Leben eingebüßt.

Briefkasten der Redaktion.

Senfent. Wir bitten um schnelle Angabe Ihrer Adresse. — **R. N. 111.** 1. Auskunft durch Herrn Schubert, Bureau: Bülowstr. 21, Hof 1. 2. Dienztage drei Jahre, Hermitage oder Jahre. — **R. N. 33.** Versuchen Sie es bei einer beliebigen Fabrik. Orientieren Sie sich nach dem Adreßbuch II. Band Teil IV, S. 221. — **R. N. 31.** Bistam nicht gelapert.

Juristische Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gebühren: 1 M. — **R. N. 2.** Nur wenn der Wert vor dem ersten pünktlichen Mietzahlung verlangt hat. — **R. N. 3.** Waden. 1. Ja. 2. Nein. 3. 30 Jahre. — **R. N. 4.** Sie müssen die Strafe und die Kosten zahlen, Antrag auf gerichtliche Entscheidung hätte keine Aussicht auf Erfolg. — **R. N. 34.** Sie können mit Rücksicht auf Erfolg für sich und für das Kind um Alimente (etwa 10 bis 15 M. wöchentlich) gegen Ihren Mann klagen. — **R. N. 345.** Nein. — **R. N. 26.** Die Dame kann denjenigen, der die Sache verbreitet hat, wegen Beleidigung verklagen. — **R. N. 3.** Sie können Dispens von dem Verbot der Eheheubung wegen Ehebruchs beim Landgericht nachsuchen. Ohne diesen Dispens ist eine Heirat mit der Betreffenden unzulässig. — **R. N. 10.** Die Polizei ist nicht verpflichtet, solche Nachfragen zu beantworten. Eher erhalten Sie Auskunft aus dem Vormundschaftsgericht. — **R. N. 45.** Auf Eingabe kann die Kauff Katenzahlung bewilligen und ist es in der Regel. — **R. N. 30.** Bei der Polizei und beim Registral hat die Anmeldung zu erfolgen. — **R. N. 7.** Nein.

Marktpreise von Berlin am 22. März 1904

nach Ermittlungen des h. V. Polizeipräsidiums.		Kartoffeln, neue D.-Gr.		Kartoffeln, alte D.-Gr.	
Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis
*Weizen, gut D.-Gr.	17,40	17,39	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20
- mittel	17,38	17,37	do. Bauch	1,40	1,10
- gering	17,30	17,35	do. Schmalz	1,60	1,00
*Roggen, gut	12,90	—	Schmalz, weiß	1,80	1,20
- mittel	—	—	Dammelfleisch	1,80	1,20
- gering	—	—	Butter	2,60	2,00
†Gerste, gut	14,20	13,20	Eier	60 Stück	4,00 2,80
- mittel	13,10	12,10	Karpfen	1 kg	2,40 1,20
- gering	12,00	11,00	Kale	—	3,00 1,40
†Hafer, gut	15,10	14,20	Hamber	—	3,00 1,20
- mittel	14,10	13,20	Hechte	—	2,20 1,20
- gering	13,10	12,20	Hechte	—	2,00 0,80
Nichtkorn	3,82	3,32	Schleie	—	3,00 1,40
Heu	6,80	4,60	Bleie	—	1,40 0,80
Erbsen	40,00	28,00	Stroh	per Schof	15,00 3,00
Erdbeerkorn	50,00	28,00			
Linjen	60,00	25,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 23. März 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes man)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer (hohes man)	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Swinemünde	761,30	SO	1	bedeckt	Daprun	757,00	SO	2	wolkenlos
Hamburg	759,00	SW	2	bedeckt	Bretterburg	765,00	SW	1	bedeckt
Berlin	760,00	SW	1	bedeckt	Corf	—	—	—	—
Kranz a. M.	760,00	SW	2	bedeckt	Aberdeen	—	—	—	—
Rügen	760,00	SW	6	bedeckt	Paris	768,00	N	4	wolkenlos
Wien	760,00	N	1	bedeckt					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 24. März 1904. Ein wenig kühler, zeitweise heiter, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 24. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Die Walküre. (Anfang 7 Uhr.)
Schauspielhaus. Viel Lärm um Nichts.
Neues Königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Ora et labora. Das Wunder des heiligen Antonius.
Berliner. Wasserläufer.
Bessing. Japhetreich.
Westen. Das Glöckchen des Eremiten.
Neues. Schwester Beatrice. Kammerlänger.
Residenz. Der kausche Casimir. Vorher: Die Empfehlung.
Central. Das Schwalbennest.
Belle-Alliance. Götterweiber.
Thalia. Resemanns Rheinfahrt.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater). Kollege Crampton.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater). Lumpacivagabundus.
Kleines. Nachtschl.
Luffen. Kean.
Trionon. Das elfte Gebot. — Der Dieb.
Carl Weiss. Ein Mädchen aus dem Balle.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n hohen Teich.
Casino. Balduin-Gastspiel. Raub der Sabinerinnen.
Gehr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht.
Winter-Garten. Hohe Guibert.
Constantine Bernhart. Spezialitäten.
Apollo. Frühlingluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Reichshallen. Steintiner Sängers.
Passage-Theater. Caicedo. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Das Land Tirol.
Hörspiel. 8 Uhr: Prof. Müller: „Die niedersten Lebensformen.“
Invalidenstr. 57/62.
Afrika in Berlin!!!
Tunesen-Truppe. Grosse Völkerschau. Die schönen Harems-Damen in Tunis.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Schwester Beatrix.
Vorher: Der Kammersänger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.
Central-Theater.
Heute: Jubiläumsvorstellung.
Zum 75. Male:
Jede Dame erhält ein elegantes Souvenir!
Nur noch fünf Aufführungen.
Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Morgen Freitag: Die Goisha.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Kean.
Freitag: Das Schloss am Meer.
Sonnabend: Uriel Acosta.
Sonnagnachm.: Egmont.
Abends: Das Schloss am Meer.
Montag: Egmont.

Residenz-Theater
Direktion S. Lautensberg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
Abends 8 Uhr:
Der kausche Casimir.

HEUTE: 212.
AUFFÜHRUNG.
Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30.
Deutsch-Amerikanisches THEATER
Königsplatzstrasse 67.
Jeden Abend:
Gaestp. Ad. Philipp
Übern
GROSSEN TEICH.

Apollo-Theater.
8 Uhr: Frühlingluft mit dem Blütenhochzeit.
9 1/2-11 Uhr: Das grosse Spezialitäten-Programm.
Mad Dersy, Les Brunin, Tom Hearn, Robert Steidl, Heinrich Blank, Boston Ball Tanz-Ensemble.
Sonntag, den 27. März, nachm. 3 Uhr: Frühlingluft und Spezialitäten.

Casino-Theater.
Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
Der Raub der Sabinerinnen.
Schauf. Max Walden a. G. Kaiserl. u. Hofschauk. fr. Mitglied des Schiller-Theaters.
Vorher: Das Brill. März-Programm. Die beste Dress-Rummel: Der Weltfriede. Sonnagnachm. 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: **College Crampton.** Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Freitagabend 8 Uhr: **Uriel Acosta.**
Sonnabendabend 8 Uhr: **Die Kinder der Exzellenz.**
Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Anf. IV 4440. Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kraus. Heute und folgende Tage:
Resemanns Rheinfahrt. Schwan in 3 Akten. Sonnagnachmittag 3 Uhr: **Charleys Tante.**
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: **Lumpacivagabundus.** Zauberposse mit Gesang in 3 Aufzügen von Johann Kestner.
Freitagabend 8 Uhr: **Die Wildente.**
Sonnabendabend 8 Uhr: **Ferriol.**
Belle-Alliance-Theater.
Belle-Allianzestr. 7/8. Anf. VI 283. Heute und folgende Tage:
Götterweiber. Musikant-Posse mit Gesang und Tanz. Sonnagnachm. 3 Uhr bei H. Pfeifen: **Deborah.**

Der Cirkus bleibt nur noch kurze Zeit!
Cirkus Schumann.
Heute Donnerstag, den 24. März 1904, abends 7 1/2 Uhr:
Große Wohlthätigkeits-Vorstellung
zum Besten des unter dem Protektorat Ihrer Majestät der Kaiserin stehenden Vereins zur Beförderung der Klein-Kinder-Bewehrungs-Anstalten in Berlin.
Gala-Sport-Programm.
Frères Skremka, die vorzüglichsten Künstler.
Herr Jul. Seeth mit seinen **25 Löwen.**
Babel. Große Ausstattungs-Pantomime.
Sonnagnachmittag: **Robert und Bertram.** Höchste komische Pantomime. Ein Kind frei.

Urania. Kleines Theater.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Das Land Tirol.
Hörspiel 8 Uhr: Prof. Müller: „Die niedersten Lebensformen.“
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Afrika in Berlin!!!
Tunesen-Truppe. Grosse Völkerschau. Die schönen Harems-Damen in Tunis.

Metropol-Theater
Zum 11. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.
Anfang Sonnt. 3. Wechontags 5 Uhr. Anfang 4. Abendvorstellung 8 Uhr.
Das Publikum schreit vor Lachen bei dem Redestreit der beiden feindlichen Improvisatoren
Holländer u. Steinitz.
Nur noch drei Tage:
Caicedo
der berühmte Drahtseilkönig.
14 erstklassige Nummern.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Extra-Elite-Vorstellung.
Auf vielseitigen Wunsch:
Eva.
Schauspiel von A. Hof.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Neue Welt
Hasenheide 108/114.
(Arnold Scholz.)
Jeden Donnerstag:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Heute: 4602L
Auf eigenen Füßen.
Nach dem Konzert:
Familienkränzchen.
Tanz frei.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Vorzugskarten gelten.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Am Palmen-Sonntag:
Grosse Extra-Vorstellung.
Karburger Sängers.
Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Montag: **Goethe-Ensemble.**
Grosser Theaterabend.

Herrnsfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Heute und folgende Tage
das Herrnsfeldische Entlassungsstück
Nur eine Nacht!
Jewel Alte aus einer Ehe.
Vorher: **Künstler-Teil**
und **Bendix** und **Edl Stadler.**
In Vorbereitung:
Am andern Morgen!
Nachspiel zu „Nur eine Nacht.“
Komödie von H. und D. Herrnsfeld.

Steidl-Theater
Linienstrasse 132. Oranienburger Thor.
Letzte Woche!
vor der Abreise nach Russland.
Wittwoch, den 20. März:
Abschieds-Vorstellung.
6
Mehrere hundert Parzellen, bis 10 W. p. [] Aute, mit und ohne Wald, neue Villenkolonie, 24. Reihe vom Centrum Berlins, H. Boden, verl. Schulz, Rigdorf, Renaustr. 12.

Achtung! Vergolder. Achtung!
Filiale Berlin.
Freitag, den 25. März, abends präcise 8 Uhr, in der **Alhambra, Wallnertheaterstraße 15:**
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Streit bei der Firma Methlow u. Co. und Stellungnahme der Vergolder Berlins. 2. Verschiedenes.
Bücht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. — Der Vorsitzende der Fabrikantenvereinigung ist zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Vorstand.

Zweites Arbeiter-Sportfest.
Freitag, den 25. März, abends 9 Uhr, bei **Merkowski, Andreasstr. 26:**
Delegierten-Versammlung.
Freie Volksbühne.
Sonntag, den 27. März, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater. 15/16. Abteilung: **Medea.**
Lessing-Theater. 2/3. Abteilung: **Zapfenstreich.**

Generalversammlung: Donnerstag, 31. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Dr. Max Osborn über Meunier (mit Lichtbildern).
2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, der Revisoren.
3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Karte gestattet.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Cirkus Busch.
Große internationale **Ringkampf-Konkurrenz**
um die Weltmeisterschaft. — Die 24 besten Ringer der Welt.
Es treten in Konkurrenz:
1. **Witt** (Berlin) gegen **Sauerer** (München).
2. **Theo Lemmer** (Ulfah-Lotbringen) gegen **Omer de Bouillon** (Belgien).
3. **Paul Belling** (Berlin) gegen **C. Evertsen** (Schweden).
4. **Jakob Koch** (Deutschland) gegen **Bernard** (Schweiz).
Der Ringkampf beginnt um 9 Uhr.
Das letzte Wort!!! Miss **Schleite** und **Todessprung** in einem Tempo.
Der Bär als Kunststreiter, vorgeführt von **Herrn Batty.**
Bemerkenswert:
Zum 92. Mal: **Aus den Alpen.** **Der Automobilsturz.**

Das beste Husten-Mittel
sind die allbewährten, echten **Spitzweggerichsft-Bonbons,**
vorräthlich im Geschmack, sicher in der Wirkung und billig im Gebrauch. Nur allein echt zu haben bei **Gustav Behm, Trautfurter Allee 120; Rixdorf, Hermannstraße 46.** 46122*

WINTERGARTEN
Keine erhöhten Preise!
Yvette Guilbert
Paulon u. Doley Komische Radfahrer Karnevals-Golster-Tanz-Divertissement.
Imro Fox
Zauberkünstler.
Leo Billward Komischer Jongleur.
Madeleine Nocé Sängerin.
Prosper-Truppe Akrobaten.
Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler.
Elastisch-äquillibr. Akt.
The Seldoms Plast. Darstellungen.
Biograph.

Reichshallen
Stettiner Sängers
Zum Schluss: **Neu!**
Cirkus Benz und **Cirkus Busch.**
Anfang 8 Uhr.
Sonnagnachm. 7 Uhr.

Sanssouci.
Kottbuscher Thor — Stat. der Hochbahn.
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sängers
und **Tanzkränzchen.**
Sonntag:
Extra-Vorstellung.
Das hemooste Haupt
Schauspiel in 4 Akten.

Königstadt-Rasino
Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Franz Sobanski.
Die März-Spezialitäten.
Zum Schluss:
Rufite auf Sommerwohnung.
Poffe mit Gesang.
Nach der Vorstellung: **Wittmoos,**
Sonnabend u. Sonntag: **Tanz.**

Dr. Simmel,
Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für **17/16**
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Die Frauen
* und die Politik *
Von **Ely Braun.**
Preis 50 Pf.
Agitations-Ausgabe 20 Pf.
In warmen zu Herzen dringenden Worten fordert die Verfasserin die deutschen Frauen auf zu längerer Mitarbeit bei den Organisations- und Betriebsarbeiten der Arbeiter. Die Revolution der Maschine hat die Frau der Ausbeutung des Kapitalismus überantwortet; die Maschine ebnet aber auch den Weg zur Befreiung der Frau aus den ökonomischen, rechtlichen und sittlichen Fesseln, in die vergangene Zeiten sie geschlagen haben. Die Verfasserin zeigt, wie dieses Ziel erreicht werden kann.
Vorwärts Buchhandlung
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Künstl. Zähne
fadellose Ausführung
von **3.- Mk. Plomben y 2.- Mk. an.**
Max Guckel, Lausitzer
Vorzeiger dieses erhält 4 Mk. Ermässigung bei Auftrag y 20.- Mk., unter 20.- 2 Mk. Teilzahlung gestattet.

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.
Ziehung: 23. — 26. März.
Gewinn: 100 000, 40 000, 20 000, 10 000 Mk. usw.
Loose: 3,30 Porto und Liste 30 Pf.
J. Rador, Haupt-Kollektor, Mainz.

Landparzellen (Baustellen), Vorortverkehr, Bahnhof bequem gelegen, landschaftlich hervorragende Gegend, Angeliegenheit, steigende Grundpreise in schnell aufblühender Kolonie, in jeder Preislage und Größe zu verk. Solv. Käufer gewähre zwecks Bau auskömm. Hypoth. Offerten unter G. E. 408 bef. Rud. Mosse, Berlin, Leipzigerstr. 103.

Socialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Nachruf.
Am 20. d. M. verstarb unser Mitglied, der Tischler
Johann Sengutta
(Bismarckstr. 23)
und wurde gestern, Wittmoos, beerdigt. 246/15
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Vereinigung
der **Malers, Lackierer zc.**
Am 18. März starb unser Mitglied
Adolf Zimmerling
Belle-Allianzestr. 35.
Die Beerdigung findet Freitag, den 25. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
124/7 **Die Ortsverwaltung.**

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 21. März unser treues und langjähriges Mitglied
Ferdinand Leskow
Kirchhofstraße 18, nach schwerem Krankenlager im Alter von 55 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, 25. März, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Kirchhofs in Lankwitz aus statt.
Um rege Beteiligung der Kollegen bittet
137/12
Die Verbandsleitung.

Danksagung.
Für die rege Teilnahme an der Begräbnisfeier meines lieben Mannes sage allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein Linde meinen innigsten Dank.
28935
Elise Gossiau nebst Sohn.

Bekanntmachung.
Orts-Krankenkasse
der **Dachdecker Berlins.**
Die erste Abänderung unres. Statuts §§ 12 und 17 treten am **Montag, den 28. März cr. in Kraft.**
Der Vorstand.
H. Salgmann, 1. Vorsitzender.

Gewerkschaftshaus, Ufer 15.
Sonntag, 27. März, abends 7 Uhr:
Vortrags-Abend
von **Maria Holgers.**
Eintrittskarten und Programme zu 30 Pf. in der Cigarrenhandlung **Horsch** im Gewerkschaftshaus u. abends an der Kasse.

Meier's Schweizerhof
N.W. Emdenerstr.
40/41
Beste frei Küche für Berlin u. Vororte
Sollmilch i. plomb. Flasch. 1 Lit. 20 Pf.
3 54

Kindermilch 1 Liter 35 Pf.
Beste 1 50
Prof. Gaertners Säuglingsmilch, trinkfertig, je nach Alter des Kindes
Feinste Butter,
1 Pfd. 1.20 — 1.10. 83/14
Schlagsahne u. Milch
für Konditoreien, Hotels, Bäckereien, Cafés u. Restaurants zu Vorzugspreis.

Wer - Stoff - hat.
Nette Anzug 20 W., feinste Reibwaren, 2 Anprob., für guten Sitz gold. Redaille.
Ludwig Engel Preislaunerstr. 23 11
Alexanderplatz. Begr. 1892. 119/17

Höheres technisches Institut
Berlin NW. 6, Marienstr. 24.
Ausbildung von Ingenieuren, Technikern u. Werkmeistern.
Tages- u. Abendkurse.
Semesteranfang: 12. April.
Für Laubenbauer
Breiter, Latzen, Stiele, Dachpappe, Spalckleiten billig. 44214
Charlottenburg, Bismarckstr. 89.
Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrienenstrasse 1a.
Kranze mit Widmungs-Blättern, Arrang. zu Festlichkeiten, Bouquets, Topfgehäusen jeder Art zc. preiswert.
Empfehle den Genossen meine
Kranz- und Blumenbinderei
Speziell Vereinskranze
21628* **E. Ebel,** Uferstr. 35.

